

PUBLIC SECTOR FINANCE
REAL ESTATE FINANCE

pbb

DEUTSCHE
PFANDBRIEFBANK

Geschäftsbericht 2014

der Deutschen Pfandbriefbank AG

Inhaltsverzeichnis

BERICHT DES AUFSICHTSRATS	3
LAGEBERICHT	8
Grundlagen der Bank.....	8
Wirtschaftsbericht.....	20
Nachtragsbericht.....	31
Risikobericht.....	32
Prognosebericht.....	74
JAHRESABSCHLUSS DER DEUTSCHEN PFANDBRIEFBANK AG 2014.....	82
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2014	83
Bilanz zum 31.12.2014	84
Anhang	87
Entsprechenserklärung zum Public-Corporate-Governance-Kodex des Bundes	118
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	119
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	120

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat der Deutschen Pfandbriefbank AG (pbb) berichtet nachfolgend über die Schwerpunkte seiner Überwachungs- und Beratungstätigkeit im Geschäftsjahr 2014.

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld war wie im Vorjahr durch eine Stabilisierung der Weltkonjunktur und die Abschwächung der Euro-Krise geprägt. Dadurch konnte sich die pbb verstärkt dem Neugeschäft, insbesondere im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierung und der öffentlichen Investitionsfinanzierung, widmen. Diese Entwicklung hat auch die Aufsichts- und Beratungstätigkeit des Aufsichtsrats dominiert.

Darüber hinaus war die Vorbereitung der Privatisierung sowie die Fortentwicklung der Vertriebsstärke und die Steigerung der Ertragskraft der pbb regelmäßig Gegenstand der Beratungen. Des Weiteren beriet und entschied der Aufsichtsrat wichtige Personalveränderungen im Vorstand der pbb.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat hat auch im Geschäftsjahr 2014 den Vorstand kontinuierlich überwacht und diesen bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig beraten.

Er konnte sich dabei stets von der Recht-, Zweck- und Ordnungsmäßigkeit der vom Vorstand ergriffenen Geschäftsleitungsmaßnahmen überzeugen. Der Vorstand ist seinen Informationspflichten nachgekommen und hat den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend in schriftlicher und mündlicher Form über die für das Unternehmen relevanten Vorkommnisse und Maßnahmen unterrichtet. Dies beinhaltete auch Informationen über Abweichungen des Geschäftsverlaufs von der Planung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats hatten stets ausreichend Gelegenheit, sich in den Ausschüssen und im Plenum mit den vorgelegten Berichten und Beschlussvorschlägen des Vorstands kritisch auseinanderzusetzen und eigene Anregungen einzubringen.

Insbesondere hat der Aufsichtsrat alle für das Unternehmen bedeutsamen Geschäftsvorgänge auf Basis schriftlicher und mündlicher Vorstandsberichte intensiv erörtert und auf Plausibilität überprüft.

Am 05. März 2015 beschloss der Aufsichtsrat erneut die Entsprechenserklärung zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes, die im Internet auf der Seite der pbb (www.pfandbriefbank.com) veröffentlicht ist. Ferner sei an dieser Stelle auf den Vergütungsbericht des Konzerns, abgedruckt in diesem Geschäftsbericht und ebenfalls auf der Internetseite der pbb veröffentlicht, verwiesen. Hinsichtlich der Anforderung des Public Corporate Governance Kodex des Bundes zur Darstellung des Anteils von Frauen in Überwachungsorganen sei auf die Tabelle zur Zusammensetzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse verwiesen.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Jahr 2014 hielt der Aufsichtsrat der pbb zehn Sitzungen ab, davon drei Sitzungen in Form von Telefonkonferenzen, und fasste außerhalb von Sitzungen fünf Umlaufbeschlüsse.

Gegenstand aller ordentlichen Sitzungen war die aktuelle Geschäftslage des pbb Teilkonzerns, die jeweils ausführlich mit dem Vorstand erörtert wurde. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat regelmäßig und zeitnah über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der pbb. In den ordentlichen Sitzungen wurde auch über die Risikolage, das Risikomanagement, das Neugeschäft im Teilkonzern Deutsche Pfandbriefbank AG, die Liquiditätsstrategie sowie über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind, berichtet.

In der ordentlichen Sitzung am 26. Februar 2014 wurde neben den bereits genannten regelmäßigen Themen schwerpunktmäßig die Geschäfts- und Risikostrategie der pbb erörtert und die Einrichtung eines Präsidial- und Nominierungsausschusses sowie eines Vergütungskontrollausschusses beschlossen. Darüber hinaus erörterte der Aufsichtsrat den aktuellen Stand zur IT des pbb Konzerns sowie den Sanierungsplan gemäß KWG / MaSan und beschloss die Mehrjahresplanung der pbb sowie die Durchführung einer Prü-

fung der Effizienz der Tätigkeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse. Der Aufsichtsrat bestellte Andreas Schenk mit Wirkung vom 01. März 2014 zum Vorstand der pbb und verlängerte die Bestellung von Wolfgang Groth. Am 07. März 2014 bestellte er Andreas Arndt mit Wirkung vom 15. April 2014 zum Mitglied des Vorstands der pbb. In der Bilanzsitzung am 02. April 2014 wurde der Konzernabschluss des Jahres 2013 gebilligt und der Jahresabschluss festgestellt. Darüber hinaus wurde die Hauptversammlung vorbereitet und der Vergütungsbericht 2014 erörtert sowie der Corporate Governance Bericht beschlossen.

Die Sitzung am 28. Mai 2014 war von der Berichterstattung über das erste Quartal 2014, den Stand zum Comprehensive Assessment seitens EZB sowie der Reprivatisierungsvorbereitung der pbb geprägt. In der Telefonkonferenz am 03. Juni 2014 entsprach der Aufsichtsrat der Bitte von Manuela Better ihre Vorstandsmandate mit Ablauf des 03. Juni 2014 niederzulegen. Den Zwischenbericht zum 30. Juni 2014 diskutierte der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 13. August 2014. Hier wurde der Aufsichtsrat auch über den Status zu den Genussscheinklagen sowie über weitere Vorbereitungen zur Reprivatisierung der pbb informiert. Des Weiteren bestellte der Aufsichtsrat Dr. Bernhard Scholz erneut mit Wirkung vom 01. September 2014 zum Mitglied des Vorstands der pbb.

In seiner Sitzung am 26. August 2014 im Wege einer Telefonkonferenz erfolgten die Nachwahlen des neuen Vorsitzenden sowie der Mitglieder und Vorsitzenden der Ausschüsse des Aufsichtsrats.

Am 12. September 2014 bestellte der Aufsichtsrat Thomas Köntgen zum Mitglied des Vorstands der pbb mit Wirkung ab dem 01. Oktober 2014. Darüber hinaus ernannte er Andreas Arndt und Thomas Köntgen zu Co-Vorstandsvorsitzenden. In dieser außerordentlichen Sitzung erörterte der Aufsichtsrat zudem erste Anforderungen an eine personelle Entflechtung der HRE Holding und pbb. In der Telefonkonferenz am 24. Oktober 2014 berichtete der Vorstand über den aktuellen Stand des Comprehensive Assessment.

Am 13. November 2014 wurde neben dem Quartalsabschluss insbesondere die pbb Reprivatisierungsstrategie im Hinblick auf die Neugeschäftsplanung der Segmente Real Estate Finance und Public Investment Finance erörtert. Zudem wurde die aus der Februarsitzung überprüfte und angepasste Mehrjahresplanung der pbb und die Umsetzung der Anforderungen von § 25d Abs. 11 KWG beschlossen.

Der Aufsichtsrat prüfte die erforderliche Unabhängigkeit des Abschlussprüfers der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG), erteilte ihm den Prüfungsauftrag und vereinbarte mit ihm sein Honorar.

Die Vorstandsvorsitzende bzw. die Co-Vorstandsvorsitzenden standen mit den jeweiligen Aufsichtsratsvorsitzenden laufend über wichtige Entwicklungen in Kontakt.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

In der Zeit vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 hatte der Aufsichtsrat der pbb einen Prüfungsausschuss und einen Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss (RLA). Ab 26. Februar 2014 bis 31. Dezember 2014 bestanden zudem ein Präsidial- und Nominierungsausschuss sowie ein Vergütungskontrollausschuss. In dieser Zeit setzten sich die Ausschüsse wie folgt zusammen:

Der **Präsidial- und Nominierungsausschuss** hielt fünf Sitzungen ab und befasste mit strategischen und aktuellen Konzernthemen sowie mit Vorstandsangelegenheiten, zu denen er dem Aufsichtsratsplenum entsprechende Vorschläge unterbreitete. Insbesondere beriet er die o.g. Vorstandsbestellungen und beschloss entsprechende Empfehlungen für das Plenum. Zudem bereitete er die Evaluierung von Vorstand und Aufsichtsrat vor. Er war mit Dr. Bernd Thiemann (Vorsitzender bis 26. August 2014), Dr. Günther Bräunig (Mitglied bis 26. August 2014, Vorsitzender ab 26. August 2014), Dagmar Kollmann sowie Joachim Plesser (Mitglied ab 26. August 2014) besetzt.

Der **Prüfungsausschuss** hielt insgesamt sieben Sitzungen ab und war mit Dagmar Kollmann (Vorsitzende), Dr. Günther Bräunig, Joachim Plesser (Mitglied ab 26. August 2014), Dr. Bernd Thiemann (Mitglied bis 26. August 2014) und Dr. Hedda von Wedel besetzt.

Gegenstand der Sitzungen waren die Prüfung und Erörterung des Jahres- und Konzernabschlusses 2013, die Zwischenberichte sowie die Berichte der internen Revision und des Abschlussprüfers KPMG zu den internen und externen Prüfungsfeststellungen. Zudem erörterte der Prüfungsausschuss mit dem Vorstand

die Auswirkungen aktueller regulatorischer Themen und wurde über die Entwicklung laufender Prüfungen, wie dem Comprehensive Assessment unterrichtet. Des Weiteren befasste sich der Prüfungsausschuss mit dem Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers und dem Prüfungsplan für das Geschäftsjahr 2014 sowie den Auswirkungen der aktuellen regulatorischen Entwicklungen auf die Bank und wurde durch den Vorstand der pbb bzw. KPMG im Hinblick auf verschiedene Einzelthemen wie die gesetzlichen Anforderungen für die Bestellung des Wirtschaftsprüfers sowie einer umfangreichen Analyse zum Zinsergebnis unterrichtet. Darüber hinaus wurde regelmäßig über das interne Kontrollsystem und die Überwachung der eingerichteten Schlüsselkontrollen, bestehende Rechtsstreitigkeiten, Compliance-relevante Themen sowie die Prüfungsplanung der internen Revision und deren Umsetzung berichtet.

Der **Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss** (RLA) hielt vier reguläre Sitzungen ab und erörterte zusätzlich – in der Regel in monatlichen Telefonkonferenzen – Kreditengagements. Er war mit Dr. Günther Bräunig (Vorsitzender bis 26. August 2014, Mitglied ab 26. August 2014), Joachim Plesser (Vorsitzender ab 26. August 2014), Dagmar Kollmann, Dr. Bernd Thiemann (bis 26. August 2014) und Dr. Hedda von Wedel (ab 13. November 2014) besetzt.

Der RLA unterstützte die Kontrolle des Aufsichtsrats über die Risiko- und Liquiditätssteuerung, überprüfte die Risikoberichterstattung des Vorstands und war in dem durch die Geschäftsordnung festgelegten Umfang in den Kreditgenehmigungsprozess eingebunden. Der RLA erörterte zudem regelmäßig die Neugeschäfts-, Liquiditäts- und Refinanzierungssituation. Im Jahr 2014 beschäftigte er sich auch mit den Rettungserwerben und Developmentfinanzierungen, den Einzelwertberichtigungen, der Eigenmittelmeldung gemäß SolvV, den Länderlimiten sowie der Aktiv-Passivsteuerung.

Darüber hinaus befasste sich der RLA in zahlreichen, in der Regel monatlichen Telefonkonferenzen mit einzelnen Kreditfällen. Hierbei handelte es sich, soweit im Rahmen der Geschäftsordnung des RLA vorläufig, um regelmäßige Wiedervorlagen sowie um Zustimmungen zu Änderungsanträgen und zu Neugeschäften.

Der **Vergütungskontrollausschuss** hielt zwei Sitzungen ab und war mit Dr. Bernd Thiemann (Vorsitzender bis 26. August 2014), Dr. Günther Bräunig (Mitglied bis 26. August 2014, Vorsitzender ab 26. August 2014), Dagmar Kollmann sowie Joachim Plesser (Mitglied ab 26. August 2014) besetzt. Er befasste sich mit eventuell erforderlichen Maßnahmen im Rahmen der Vorbereitung der Privatisierung der pbb, der Planung der Gehalts- und Titellrunde 2015 sowie der Risikoanalyse und Identifizierung von Risk Takern.

Der Aufsichtsrat der pbb setzte sich vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 wie folgt zusammen:

Dr. Bernd Thiemann (Vorsitzender bis 26. August 2014), Dr. Günther Bräunig (Mitglied bis 26. August 2014, Vorsitzender ab 26. August 2014), Dagmar Kollmann (stellvertretende Vorsitzende), Dr. Alexander Groß (bis 25. Februar 2014), Joachim Plesser (ab 26. August 2014) Dr. Ludger Schuknecht, Dr. Hedda von Wedel und Dr. Jeromin Zettelmeyer (ab 15. April 2014).

Aufsichtsrat der pbb

Name und Wohnsitz	Haupttätigkeit	Funktion und Sitzungsteilnahmen				
		Aufsichtsrat	Präsidial- und Nominierungsausschuss	Prüfungsausschuss	Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss	Vergütungskontrollausschuss
Dr. Bernd Thiemann Münster	Ehemaliger Vorsitzender des Vorstands der DG Bank AG	Vorsitzender bis 26.08.2014 5 von 5	Vorsitzender bis 26.08.2014 3 von 3	Mitglied bis 26.08.2014 4 von 6	Mitglied bis 26.08.2014 11 von 11	Vorsitzender bis 26.08.2014 1 von 2
Dr. Günther Bräunig Frankfurt am Main	Mitglied des Vorstands der KfW	Vorsitzender ab 26.08.2014 ¹⁾ 10 von 10	Vorsitzender ab 26.08.2014 5 von 5	Mitglied 7 von 7	Vorsitzender bis 26.08.2014 ²⁾ 18 von 18	Vorsitzender ab 26.08.2014 2 von 2
Dagmar Kollmann Wien	Unternehmerin	Stellvertretende Vorsitzende 10 von 10	Mitglied 5 von 5	Vorsitzende 7 von 7	Mitglied 18 von 18	Mitglied 2 von 2
Dr. Christian Gebauer- Rochholz Hochheim	Bankangestellter	Arbeitnehmer- vertreter 10 von 10				
Dr. Alexander Groß Teltow	Leiter der Abteilung I, Wirtschaftspolitik, im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Mitglied bis 25.02.2014 1 von 3				
Georg Kordick Poing	Bankangestellter	Arbeitnehmer- vertreter 10 von 10				
Joachim Plesser Ratingen	Ehemaliges Mitglied des Vorstands der Eurohypo AG	Mitglied ab 26.08.2014 4 von 4	Mitglied ab 26.08.2014 2 von 2	Mitglied ab 26.08.2014 1 von 1	Vorsitzender ab 26.08.2014 7 von 7	Mitglied ab 26.08.2014 1 von 1
Dr. Ludger Schuknecht Frankfurt am Main	Leiter der Abteilung Finanzpolitische und volkswirtschaftliche Grundsatzfragen; Internationale Finanz- und Währungspolitik im Bundesministerium der Finanzen	Mitglied 8 von 10				
Heike Theißing München	Bankangestellte	Arbeitnehmervertreterin 10 von 10				Mitglied 2 von 2
Dr. Hedda von Wedel Andernach	Präsidentin des Bundesrechnungshofs a. D.	Mitglied 10 von 10		Mitglied 7 von 7	Mitglied ab 13.11.2014 3 von 3	
Dr. Jeromin Zettelmeyer Berlin	Leiter der Abteilung I, Wirtschaftspolitik, im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Mitglied ab 15.04.2014 7 von 7				

¹⁾In allen Ausschüssen, in denen Dr. Bräunig seit 26.08.2014 Vorsitzender ist, war er zuvor Mitglied.

²⁾ab 26.08.2014 Mitglied

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen

Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr.

Jahresabschluss

Der von der Hauptversammlung gewählte Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer KPMG hat den Jahres- und Konzernabschluss der pbb vom 31. Dezember 2014 sowie die Lageberichte geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Abschlussunterlagen und die Prüfungsberichte wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugesandt. Der Prüfungsausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 23. März 2015 mit den Abschlussunterlagen. Die Jahres- und Konzernabschlüsse sowie

die Lage- und Prüfungsberichte wurden mit dem Vorstand und Vertretern des Abschlussprüfers ausführlich diskutiert. Der Aufsichtsrat hat nach seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen gegen das Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers erhoben. In der Bilanzsitzung hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand aufgestellten Konzernabschluss gebilligt und den Jahresabschluss festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großen Einsatz und die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit.

Das Gremium bedauert das Ausscheiden von Dr. Bernd Thiemann und Dr. Alexander Groß aus dem Aufsichtsrat sowie von Manuela Better und Alexander von Uslar aus dem Vorstand und dankt ihnen für den hohen Einsatz und die großen Verdienste, die sie sich um die pbb erworben haben. Der Aufsichtsrat wünscht Dr. Bernd Thiemann, Dr. Alexander Groß, Manuela Better und Alexander von Uslar alles Gute und weiterhin viel Erfolg.

Für den Aufsichtsrat

Dr. Günther Bräunig

Vorsitzender

Lagebericht der Deutschen Pfandbriefbank AG für das Geschäftsjahr 2014

Grundlagen der Bank

Struktur der Gesellschaft

Die Deutsche Pfandbriefbank AG (pbb) ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Hypo Real Estate Holding AG (HRE Holding). Die HRE Holding befindet sich zu 100% im Eigentum des Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS, der durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) verwaltet wird. Die FMSA ist eine Einrichtung der Bundesrepublik Deutschland. Die pbb ist an mehreren Standorten in Deutschland sowie in ihren Kernmärkten vertreten; Unternehmenssitz ist München.

Vertriebsstandorte



Geschäftsmodell und -strategie

Die pbb ist auf die gewerbliche Immobilienfinanzierung und die öffentliche Investitionsfinanzierung spezialisiert. In beiden Geschäftsfeldern ist die pbb in ausgewählten europäischen Ländern aktiv. Der Geschäftsschwerpunkt liegt in Deutschland, Großbritannien, Frankreich, den nordischen Ländern sowie in einzelnen mittel- und osteuropäischen Ländern. Das Kerngeschäft ist das mittel- bis langfristige Kreditgeschäft: hier nimmt die pbb eine wichtige Aufgabe bei der Kreditversorgung der Immobilienwirtschaft wahr und unterstützt die öffentliche Hand mit Finanzierungen für Projekte zur Bereitstellung und Verbesserung der öffent-

lichen Infrastruktur. Die pbb zielt auf primäres Kundengeschäft ab. Neben klassischen, auf den Kunden zugeschnittenen Finanzierungslösungen bietet die pbb seinen Kunden Derivateprodukte zur Absicherung von Risiken im Zusammenhang mit einem Kreditgeschäft an. Ein Handelsbuch für Wertpapier- und Derivateportfolios mit kurzfristiger Gewinnerzielungsabsicht wird nicht geführt.

Im Kreditgeschäft ist die pbb entweder als alleiniger Kreditgeber aktiv oder arbeitet – insbesondere bei großvolumigen Transaktionen – mit Finanzierungspartnern zusammen. Hier verfügt die pbb über ein breites Netzwerk aus Bankenpartnern und anderen Partnern, zum Beispiel in den Bereichen Versicherungen oder Private Equity. In diesem sogenannten Konsortialgeschäft übernimmt die pbb teilweise im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit als Konsortialführer (Arranger) zusätzlich die gesamte Koordination zwischen dem Konsortium und dem Kreditnehmer oder als Agent Aufgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung von Konsortialkrediten.

Darüber hinaus tritt sie als Underwriter auf, indem sie Finanzierungen in erster Instanz allein zur Verfügung stellt, um dann Teile dieser Darlehen an interessierte Partner im Rahmen der Syndizierung zu verkaufen.

Wettbewerbsposition

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung zählt die pbb in ihren Zielmärkten und Segmenten zu den führenden Anbietern. In ihren Kernmärkten verfügt die pbb über starke lokale Präsenz und Knowhow über die gesamte Prozesskette vom Vertrieb über Immobilienexperten, Immobilienrechtspezialisten und Finanzierungsexperten bis hin zur Betreuung der Kreditengagements. Diese lokale Expertise nutzt die pbb aktiv, um Kunden auch bei internationalen Transaktionen zu begleiten.

Strategische Portfolios

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung richtet sich das Angebot an mittel- bis langfristig orientierte, professionelle nationale und internationale Immobilieninvestoren, wie Immobilienunternehmen, institutionelle Investoren, Immobilienfonds sowie in Deutschland zusätzlich an regional orientierte Kunden. Die pbb zielt auf mittlere bis größere Finanzierungsvolumen ab. Dabei stehen Objektarten mit geringen Marktpreisschwankungen, wie Bürogebäude, Einzelhandelsimmobilien, wohnwirtschaftlich genutzte Immobilien und Logistikimmobilien, im Vordergrund. Der regionale Fokus liegt auf den pfandbrieffähigen europäischen Kernmärkten Deutschland, Großbritannien, Frankreich und den nordischen Ländern sowie ausgewählten Ländern in Mittel- und Osteuropa. Die pbb bietet hier sowohl lokale als auch länderübergreifende Finanzierungsexpertise. Der weit überwiegende Teil der ausgereichten Finanzierungen entfällt auf Investitionskredite, also Kredite für den Erwerb oder die Anschlussfinanzierung von Bestandsimmobilien mit bestehenden Cashflows; Herstellungsfinauzierungen haben eine deutlich untergeordnete Bedeutung; sie haben in der Mehrzahl nicht-spekulativen Charakter und betreffen insbesondere das Baurärgeschäft in Deutschland.

In der öffentlichen Investitionsfinanzierung finanziert die pbb mittel- bis langfristige pfandbrieffähige Projekte zur Bereitstellung und Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur. Hier liegt der Schwerpunkt auf öffentlichen Einrichtungen, kommunalem beziehungsweise sozialem Wohnungsbau, Gebäude der Ver- und Entsorgungswirtschaft, Verkehrsinfrastruktur sowie Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen. Darüber hinaus ist die pbb in der öffentlich garantierten Exportfinanzierung aktiv. Finanzierungen werden an öffentlich-rechtliche Schuldner, Unternehmen in öffentlicher oder privater Rechtsform sowie an Zweckgesellschaften mit öffentlicher Gewährleistung gegeben. Der regionale Schwerpunkt liegt auf Deutschland, Frankreich und den nordischen Ländern; daneben ist die pbb in weiteren ausgewählten europäischen Regionen tätig.

Ablaufportfolios

Neben den Portfolios der beiden strategischen Geschäftsfelder verfügt die pbb über ein nicht strategisches Portfolio. Hierbei handelt es sich nahezu vollständig um ein Bestandsportfolio von nicht konkret zweckgebundenen Finanzierungen an die öffentliche Hand (Budgetfinanzierungen). Das Portfolio ist im Wesentlichen fristenkongruent refinanziert. Es generiert Zinserträge und läuft entsprechend der zugrunde liegenden festen Fristen ab. Aktives Neugeschäft tätigt die pbb in diesem Bereich gemäß einer Auflage der Europäischen Kommission aus dem Beihilfeverfahren aus dem Jahr 2011 nicht. Zur Verwaltung der Deckungs-

stöcke oder der Liquiditätssicherung werden zulässigerweise vereinzelt Geschäftsabschlüsse vorgenommen. Im nicht strategischen Portfolio finden sich zudem im Bereich der sonstigen Portfolios noch wenige strukturierte Produkte (0,7 Mrd. € voll staatsgarantiert; 0,1 Mrd. € nicht staatsgarantiert, aber nahezu vollständig abgeschrieben) und andere nicht-strategische Finanzierungen.

Refinanzierung

Die Refinanzierung von ausgereichten Krediten erfolgt in hohem Maße fristenkongruent und zum großen Teil über den Pfandbriefmarkt; sie wird ergänzt durch ungedeckte Refinanzierung. Emissionen werden regelmäßig sowohl am internationalen Kapitalmarkt im Benchmark-Format als auch in Form von Privatplatzierungen getätigt. Privatplatzierungen gestaltet die pbb nach den Anforderungen der Investoren als Inhaber- oder Namenspapiere, das heißt Laufzeit und Zinsstruktur können hier zum Beispiel individuell verhandelt werden. Dem Kreditgeschäft entsprechend werden Emissionen in unterschiedlicher Währung mit einem Schwerpunkt auf Euro denominated.

Die pbb begibt Hypothekendarlehen und öffentliche Pfandbriefe und ist, gemessen am ausstehenden Volumen, die größte Emittentin von Pfandbriefen. Der Pfandbriefmarkt zeichnet sich durch hohe Liquidität und eine breite Investorenbasis aus. Nach dem Markt für Schuldverschreibungen der öffentlichen Hand ist er der zweitgrößte Markt für festverzinsliche Wertpapiere in Deutschland. Die ungedeckte Refinanzierung erfolgt hauptsächlich über Schuldscheindarlehen und Inhaberschuldverschreibungen.¹⁾

Investoren in Schuldtiteln sind vor allem Banken, Fonds und Versicherungen, aber auch Zentralbanken und Staatsfonds. Ein direkter Absatz von Schuldtiteln an Privatanleger erfolgt nicht.

Seit März 2013 betreibt die pbb ergänzend das Einlagengeschäft mit Privatanlegern in Deutschland. Über die Online-Plattform www.pbbdirekt.com bietet die pbb Tages- und Festgeldanlagen mit verschiedenen Laufzeiten an.

Strategische Ausrichtung

Die Strategie der pbb ist unter Verzicht auf spekulative Elemente auf nachhaltigen Geschäftserfolg ausgerichtet. Entscheidend für den Geschäftserfolg sind einerseits die Einschätzung und angemessene Bepreisung des Risikos im Kreditgeschäft und andererseits der Zugang zu den Refinanzierungsmärkten zu adäquaten Konditionen. Ein weiterer wesentlicher Erfolgsfaktor ist das Management des Bestandsportfolios mit dem Ziel, sich verändernde Risiken frühzeitig zu erkennen und durch geeignete Maßnahmen abzumildern.

Laut Beschluss der Europäischen Kommission im Beihilfeverfahren vom Juli 2011 muss die Bundesrepublik Deutschland als oberste Eigentümerin die pbb bis Ende 2015 privatisieren. Um die Privatisierungsfähigkeit zu erreichen, wurde im Jahr 2014 ein Projekt aufgesetzt.

Der Vorstand hat sich zum Ziel gesetzt, bis zur angestrebten Privatisierung die Rentabilität weiter zu steigern. Dazu sollen die Ertragsbasis durch profitableres Neugeschäft bei gleichzeitigem Wachstum der strategischen Portfolios weiter gesteigert und die operative Kostenbasis durch strikte Kostendisziplin weiter reduziert werden.

In diesem Kontext hat die pbb neben der Stärkung der Vertriebseinheiten im Sommer 2014 ein Projekt initiiert, um weitere Effizienzpotentiale in Prozessen, Produkten und Systemen zu identifizieren und zu heben. Der Fokus liegt auf der Optimierung bestehender Prozesse durch „Schließen von Lücken“ innerhalb von Arbeitsabläufen sowie bei beteiligten IT-Systemen und Schnittstellen. Mit Schaffung einer höheren Transparenz über sämtliche Prozesse soll darüber hinaus eine bessere Prozesssteuerung erreicht werden. Wesentliche Schwerpunkte liegen im Kreditprozess im Bereich der Immobilienfinanzierung sowie in ausgewählten Prozessen in den Bereichen Finance, Risikomanagement, Operations und IT. Von insgesamt 27

¹⁾ Quelle: Verband deutscher Pfandbriefbanken

identifizierten Maßnahmenbündeln, konnten bereits über die Hälfte erfolgreich umgesetzt werden. Im Jahr 2015 ist die Umsetzung weiterer Maßnahmen vorgesehen.

Steuerungssystem

Die pbb wird nicht auf der Ebene der Einzelgesellschaft gesteuert, sondern auf Konzernebene. Der pbb Konzern besteht neben dem Mutterunternehmen pbb aus einigen Tochterunternehmen von vergleichsweise geringer Bedeutung. Die Messung der Profitabilität basiert daher nicht auf den im Einzelabschluss und -lagebericht der pbb relevanten HGB-Werten, sondern auf den Werten nach International Financial Reporting Standards (IFRS) des Konzerns.

Das Wachstum in den strategischen Portfolios der gewerblichen Immobilienfinanzierung und der öffentlichen Investitionsfinanzierung wird unter anderem durch das abgeschlossene Neugeschäftsvolumen gemessen. Das Neugeschäft inklusive Prolongationen mit Laufzeit über einem Jahr, das innerhalb des pbb Konzerns nur in der pbb abgeschlossen wird, ist ein wesentlicher Einflussfaktor auf die Höhe der zinstragenden Aktiva und somit auf die zukünftige Ertragskraft. Die Neugeschäftssteuerung und -kalkulation erfolgt dabei in einem barwertigen Steuerungsansatz. Jedes Neugeschäft soll konsistent zur Gesamtbanksteuerung nach Abzug aller Kosten (Vollkostenansatz) einen positiven Wertbeitrag zum Gesamtbankerfolg liefern.

Die Risikosteuerung basiert auf der Risikotragfähigkeitsanalyse. Diese Analyse wird ebenfalls auf Ebene des pbb Konzerns vorgenommen.

Gemäß der Waiver-Regelung nach Art. 7 Capital Requirements Regulation (CRR) ist die pbb von der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Kapitalquoten auf Institutebene befreit. Die CET1 Ratio als zentrale Steuerungsgröße wird jedoch für den pbb Konzern regelmäßig auf freiwilliger Basis ermittelt. Bei der CET1 Ratio wird das Common Equity Tier 1 durch die risikogewichteten Aktiva geteilt. Im Zuge der angestrebten Privatisierung soll die pbb von der HRE Holding separiert werden. In diesem Zusammenhang wird voraussichtlich die Befreiung durch den Waiver entfallen. Somit müssen künftig die aufsichtsrechtlichen Quoten ebenfalls auf Ebene der pbb ermittelt werden. Für die Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung wird der Advanced Internal Rating Based Approach (Advanced-IRBA) für alle Portfolios, für die eine Zulassung beantragt wurde, nach Genehmigung durch die BaFin vollumfänglich angewendet.

Die pbb als Arbeitgeber

Die pbb beschäftigte Ende 2014 insgesamt 828 Mitarbeiter (2013: 836). Die bereinigte Fluktuation¹⁾ betrug in der pbb im Jahr 2014 14,3 % (2013: 12,0 %).

Mit Blick auf die Implementierung des Zielmodells einer spezialisierten europäischen Pfandbriefbank und die erforderliche Privatisierung der pbb sowie der Übertragung des Schwesterunternehmens DEPFA auf die FMS-Wertmanagement wurden im Jahr 2014 die notwendigen organisatorischen Veränderungen erfolgreich umgesetzt. Neben der Entflechtung von pbb und DEPFA wurde weiter an der Umsetzung einer schlanken Organisationsstruktur mit effizienten Prozessen gearbeitet.

Da die pbb mit Ihrem Geschäftsmodell in hohem Maße auf sehr gut qualifizierte Experten baut, sind Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen in der pbb ein integraler Bestandteil der Personalentwicklung. Daher wurde das Weiterbildungsangebot im Jahr 2014 fortgeführt und den Fortbildungsbedürfnissen der Fachbe-

¹⁾Unter bereinigter Fluktuation versteht man die Fluktuation infolge Kündigung durch Mitarbeiter oder Bank, durch Ablauf befristeter Verträge oder durch Abschluss eines Aufhebungsvertrages. Das Ausscheiden durch Tod, Pensionierung, Vorruhestand, oder Konzerntransfer ist darin nicht berücksichtigt. Im Geschäftsjahr 2013 wurde die Quote zusätzlich um den Einmaleffekt des Übergangs von Mitarbeitern auf die FMS Wertmanagement Service GmbH bereinigt.

reiche und Mitarbeiter weiter angepasst. Schwerpunkte bildeten wieder interne Führungsseminare sowie externe Schulungen in der Gutachterqualifizierung, ebenso wurden wiederum externe Schulungen und Trainings sowohl zu Fachthemen, etwa im Zusammenhang mit den regulatorischen Anforderungen und Neuerungen im Kapitalmarktrecht, Kreditrisiko und Zinsderivaten, als auch zu Anforderungen in den Bereichen Sozial- und Methodenkompetenz durchgeführt.

Für interne und externe Qualifizierungsmaßnahmen wurden für Mitarbeiter im Jahr 2014 0,8 Mio. € (2013: 0,9 Mio. €) aufgewendet.

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht folgt den Empfehlungen des deutschen Public-Corporate-Governance-Kodex und beinhaltet die Angaben nach den Maßgaben des deutschen Handelsrechts. Er gibt einen detaillierten Überblick über die einzelnen Bestandteile der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat sowie zu den Grundsätzen der Mitarbeitervergütung. Der Aufsichtsrat befasst sich regelmäßig mit der Thematik der Vorstandsvergütung und den Grundzügen der Mitarbeitervergütung. Da den Vorständen derzeit keine variable Vergütung und somit ausschließlich eine feste Vergütung in Höhe von nicht mehr als 500.000 € p.a. gezahlt wird, behandelt der Aufsichtsrat dieses Thema nur anlassbezogen. Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsmandate, die einzelne Vorstandsmitglieder innerhalb des Konzerns wahrnehmen, werden nicht gesondert vergütet. Der Vorstand der HRE Holding ist zugleich auch Vorstand der pbb. Bisher bestanden die Verträge der Vorstandsmitglieder ausschließlich bei der HRE Holding. Im Zusammenhang mit dem Verkauf der DEPFA und der geplanten Privatisierung der pbb, wurden die Verträge der Vorstandsmitglieder im Laufe des Jahres 2014 mit der pbb abgeschlossen. Bis zur Umsetzung der Entflechtung von HRE Holding und pbb erfolgt jedoch eine vollständige Kostenverrechnung der Vorstandsbezüge von der pbb zur HRE Holding.

Vorstand

Grundsatz Die Festlegung der Vergütung für die Vorstandsmitglieder der pbb soll grundsätzlich eine leistungsorientierte Bezahlung sicherstellen und richtet sich nach der internationalen Tätigkeit und Größe des Unternehmens. Dabei soll neben einem Vergleich der Vorstandsvergütung bei entsprechenden Unternehmen im In- und Ausland auch die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Unternehmens Berücksichtigung finden. Unter Berücksichtigung dieser Kriterien soll der Aufsichtsrat die Struktur und Höhe der Vergütung des Vorstands beraten. Aufgrund der Gewährung von Stabilisierungsmaßnahmen nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG) sehen die Verträge der Vorstandsmitglieder für die Dauer der Stabilisierungsmaßnahmen oder einen anderen vom Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS vorgegebenen Zeitraum eine Begrenzung der jährlichen monetären Vergütung pro Vorstandsmitglied auf maximal 500.000 € vor. Eine variable Vergütung wird für den vorstehend definierten Zeitraum nicht gezahlt. Insofern wird für diesen Zeitraum vom Grundsatz der leistungsorientierten Bezahlung abgewichen. Nach Abschluss der Sanierung der Gesellschaft, spätestens bei Beendigung des Dienstvertrages, stellt die Gesellschaft den Vorstandsmitgliedern mit Ausnahme von Wolfgang Groth grundsätzlich die Zahlung einer einmaligen Sonderzahlung in Aussicht, ohne dass hierauf ein vertraglicher Anspruch besteht. Die Dienstverträge der Vorstandsmitglieder tragen den Vorgaben des Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS Rechnung.

Vergütungsbestandteile Aus den mit den Vorstandsmitgliedern abgeschlossenen Dienstverträgen ergeben sich grundsätzlich folgende Vergütungselemente:

- Erfolgsunabhängige Vergütung (monetäre Vergütung) zuzüglich Sachbezüge
- Erfolgsbezogene variable Vergütung
- Pensionszusage

Erfolgsunabhängige Vergütung Die Festvergütung wird grundsätzlich anhand eines externen Marktvergleichs in regelmäßigen Abständen überprüft und gegebenenfalls angepasst. Eine automatische Anpassung erfolgt nicht. Derzeit erfolgt aufgrund der geltenden Begrenzung der jährlichen monetären Vergütung auf maximal 500.000 € keine regelmäßige Prüfung. Darüber hinaus gewährt die Gesellschaft den Vorstandsmitgliedern Nebenleistungen (Sachbezüge) im üblichen Rahmen. Diese Leistungen beinhalten unter

anderem die Stellung eines Dienstwagens inklusive der Übernahme aller in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten. Zusätzlich besteht für die Vorstandsmitglieder eine Gruppenunfallversicherung. Auf den geldwerten Vorteil entfallende Steuern für diese Leistungen tragen die Vorstandsmitglieder.

Variable Vergütung Aufgrund der Regelungen des FMStFG sowie des Rahmenvertrags zur Gewährung von Stabilisierungsmaßnahmen zwischen dem Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS und der HRE Holding beziehungsweise der pbb erhält der Vorstand während des Zeitraums, in dem Stabilisierungsmaßnahmen gewährt werden, keine diskretionäre variable Vergütung.

Abschluss von neuen Dienstverträgen beziehungsweise Beendigungsvereinbarungen Der Dienstvertrag von Wolfgang Groth mit der HRE Holding wurde zum 28. Februar 2014 beendet und ab 1. März 2014 neu mit der pbb für die Zeit bis 31. Dezember 2015 zu unveränderten Bedingungen abgeschlossen. Ebenfalls zum 1. März 2014 ist Andreas Schenk neu in den Vorstand der HRE Holding und der pbb eingetreten. Sein bis dahin bestehendes Arbeitsverhältnis bei der pbb wurde zum 28. Februar 2014 beendet und ein neuer Dienstvertrag mit Wirkung ab 1. März 2014 bis 28. Februar 2017 mit der pbb abgeschlossen.

Andreas Arndt ist zum 15. April 2014 neu in den Vorstand der HRE Holding und der pbb eingetreten. Der Dienstvertrag mit der pbb läuft bis 14. April 2017.

Der Dienstvertrag von Dr. Bernhard Scholz mit der HRE Holding wurde zum 31. August 2014 beendet und für die Zeit vom 1. September 2014 bis 30. April 2017 durch einen neuen Dienstvertrag mit der pbb ersetzt.

Thomas Köntgen wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 2014 in den Vorstand der HRE Holding und der pbb berufen. Der Dienstvertrag mit der pbb läuft bis 30. September 2017.

Alexander von Uslar hat sein Amt als Vorstand zum 16. Mai 2014 niedergelegt. Er hat das Unternehmen zum 30. September 2014 mit Ablauf seines Dienstvertrages verlassen. Eine einmalige Sonderzahlung, eine Abfindung oder ein Übergangsgeld wurde nicht gezahlt.

Manuela Better hat den Aufsichtsrat gebeten, sie mit Wirkung zum 3. Juni 2014 von ihren Ämtern zu entbinden. Dieser Bitte hat der Aufsichtsrat entsprochen und eine Vereinbarung zur Beendigung des Dienstvertrags mit Manuela Better abgeschlossen. Der Dienstvertrag endete nach Einbringung des Resturlaubs zum 12. August 2014 ebenfalls ohne Zahlung einer einmaligen Sonderzahlung, einer Abfindung oder eines Übergangsgeldes.

Konzernbezüge an Vorstandsmitglieder der HRE Holding AG

in Tsd. €	2014			2013		
	Monetäre Vergütung	Sachbezüge ¹⁾	Insgesamt	Monetäre Vergütung	Sachbezüge ¹⁾	Insgesamt
Andreas Arndt ²⁾ (ab 15.04.2014)	341	16	357	-	-	-
Manuela Better ²⁾ (bis 12.08.2014)	308	12	320	500	17	517
Wolfgang Groth	500	17	517	500	18	518
Thomas Köntgen ²⁾ (ab 1.10.2014)	120	9	129	-	-	-
Andreas Schenk (ab 1.03.2014)	400	18	418	-	-	-
Dr. Bernhard Scholz ²⁾	500	15	515	500	16	516
Alexander von Uslar ²⁾ (bis 30.09.2014)	375	14	389	500	23	523
Insgesamt	2.544	101	2.645	2.000	74	2.074

¹⁾ Darin enthalten: Sachaufw and für Nebenleistungen im üblichen Rahmen, die der Besteuerung unterliegen

²⁾ Darüber hinaus bestehen einzelvertragliche Zusagen auf Altersversorgung in Höhe eines Prozentsatzes der jährlichen Fixbezüge.

Pensionszusagen Die Mitglieder des Vorstands haben bis auf Wolfgang Groth und Andreas Schenk einzelvertragliche Ruhegehaltszusagen auf Altersruhegeld ab dem 60. Lebensjahr beziehungsweise ab dem 62. Lebensjahr und für den Fall des Eintritts von Berufs- und Erwerbsunfähigkeit.

Bezüglich der Höhe des Ruhegehalts der Mitglieder des Vorstands gilt für die bisher in der HRE Holding erteilten Zusagen Folgendes: Die Vorstandsmitglieder erhalten ein Ruhegehalt in Höhe von 30 % der Jahressgrundvergütung (Sockelbetrag). Für jedes vollendete Dienstjahr als Vorstandsmitglied erhöht sich das

Ruhegeld um 1 %, maximal jedoch auf 50 %. Bei ihrem Ausscheiden haben Manuela Better und Alexander von Uslar jeweils einen Prozentsatz von 35% erreicht. Die bei Vertragsbeendigung in der HRE Holding erdiente unverfallbare Anwartschaft von Dr. Bernhard Scholz beträgt 34,67%.

Für die in der pbb erteilten Zusagen gilt, dass Andreas Arndt und Thomas Köntgen pro vollendetes Dienstjahr als Vorstand ein Ruhegehalt in Höhe von 5,2% der Jahresgrundvergütung erhalten, maximal jedoch 60%. Die Ruhegehaltsansprüche werden mit Ablauf des dreijährigen Dienstvertrages unverfallbar. Dr. Bernhard Scholz erhält aufgrund der in der HRE Holding erdienten unverfallbaren Anwartschaft ein jährliches Ruhegehalt von 1% pro vollendetes Dienstjahr als Vorstand, maximal 15%. Für den Zeitraum ab dem 1. September 2016 bis zum Ablauf des Vertrags zum 30. April 2017 wird der Steigerungsprozentsatz pro rata temporis ermittelt und beträgt daher 0,67%.

Hinsichtlich der Anpassungsprüfung der Pensionsbezüge nach Eintritt in den Ruhestand gilt § 16 des Betriebsrentengesetzes.

Im Falle des Todes eines Vorstandsmitgliedes erhält dessen hinterbliebener Ehepartner 60 % der Ruhegehaltsansprüche. Darüber hinaus besteht eine Halbweisen- beziehungsweise Vollwaisensversorgung bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres der Kinder. Sofern ein Kind sich nach Vollendung des 18. Lebensjahres noch in Berufsausbildung befindet, wird das Waisengeld bis zum Abschluss der Berufsausbildung, längstens jedoch bis zum vollendeten 25. Lebensjahr gezahlt. Solange der hinterbliebene Ehegatte Hinterbliebenenbezüge erhält, dürfen die Gesamtbezüge der Halbweisen 30% der Ruhegehaltsbezüge des verstorbenen Elternteils nicht übersteigen. Vollwaisen erhalten zusammen bis zu 60% des Ruhegehalts des verstorbenen Elternteils.

Hinterbliebene Ehegatten und Kinder aus einer Ehe, die das Vorstandsmitglied nach dem Übertritt in den Ruhestand schließt, haben keinen Anspruch auf Hinterbliebenenbezug und Waisengelder.

Pensionszusagen an Vorstandsmitglieder der HRE Holding

	2014		2013
	Pensionsrückstellungen per 31.12.	Zuführungen zu Pensionsrückstellungen	Pensionsrückstellungen per 31.12.
in Tsd. €			
Andreas Arndt (ab 15.04.2014)	-	-	-
Manuela Better (bis 12.08.2014)	3.008	-152	3.160
Thomas Köntgen (ab 1.10.2014)	-	-	-
Dr. Bernhard Scholz	2.962	-13	2.975
Alexander von Uslar (bis 30.09.2014)	2.103	-391	2.494
Insgesamt	8.073	-556	8.629

Sonstige Regelungen Für den Fall der Nichtverlängerung des Dienstverhältnisses durch die Gesellschaft aus Gründen, die nicht in der Person des Vorstandsmitglieds liegen, enthalten die Dienstverträge der Mitglieder des Vorstandes mit Ausnahme von Wolfgang Groth eine Klausel, nach der sie entsprechend den SoFFin- beziehungsweise FMSA-Vergütungsgrundsätzen ein Übergangsgeld in Höhe einer halben Jahresgrundvergütung pro fünf vollendete Dienstjahre als Mitglied des Vorstandes der Gesellschaft erhalten. Dr. Bernhard Scholz erhält entsprechend seinem ursprünglichen Dienstvertrag ein Übergangsgeld in Höhe von 500.000 €. Zahlungen bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund überschreiten einschließlich Nebenleistungen nicht den Wert von zwei Jahresvergütungen (Zahlungsobergrenze) und vergüten nicht mehr als die Restlaufzeit des Dienstverhältnisses.

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der pbb erhalten gemäß § 10 Absatz 1 der Satzung eine jährliche Vergütung von 10.000 €. Die Ausschusstätigkeit wird nicht gesondert vergütet. Der Vergütungsanspruch besteht jeweils anteilig für den Zeitraum der Tätigkeit. Die Bank erstattet die Reisekosten; Sitzungsgelder werden nicht bezahlt.

Rückstellung Aufsichtsratsvergütung Deutsche Pfandbriefbank AG

in €	2014			2013
	Vergütung	Umsatz- steuer	Insgesamt	Insgesamt
Jährliche Vergütung je Mitglied	10.000	19%		
Dr. Günther Bräunig	10.000	1.900	11.900	11.900
Dr. Christian Gebauer-Rochholz ¹⁽²⁾	10.000	-	10.000	10.000
Dr. Alexander Groß ³⁾ (bis 25.2.2014)	1.534	-	1.534	10.000
Dagmar Kollmann ⁴⁾	10.000	-	10.000	10.000
Georg Kordick ¹⁾	10.000	1.900	11.900	11.900
Joachim Plessner (ab 26.08.2014)	3.507	666	4.173	-
Dr. Ludger Schuknecht ³⁾	10.000	-	10.000	10.000
Heike Theißing ¹⁽²⁾	10.000	-	10.000	11.900
Dr. Bernd Thiemann (bis 26.08.2014)	6.521	1.239	7.760	11.900
Dr. Hedda von Wedel	10.000	1.900	11.900	11.900
Dr. Jeromin Zettelmeyer ³⁾ (ab 15.04.2014)	7.151	-	7.151	-
Insgesamt	88.713	7.605	96.318	99.500

¹⁾ Arbeitnehmervertreter

²⁾ Aufgrund der sog. Kleinunternehmerregelung unterliegen die Einnahmen aus dieser Tätigkeit nicht der Umsatzsteuer.

³⁾ Die Vertreter der Ministerien nehmen die Aufsichtsratsstätigkeit auf Veranlassung ihres Dienstherrn wahr, daher unterliegen die Einnahmen aus dieser Tätigkeit nicht der Umsatzsteuer.

⁴⁾ Aufgrund des Wohnortes im Ausland keine Umsatzsteuer, stattdessen führt die Gesellschaft die Aufsichtsratssteuer ab.

Vergütung der Mitarbeiter

Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt unter Beachtung der regulatorischen und gesetzlichen Anforderungen, insbesondere des Restrukturierungsgesetzes sowie der Institutsvergütungsverordnung. Das im Geschäftsjahr 2010 eingeführte neue Vergütungssystem wurde im Rahmen der Implementierung dieser Anforderungen an die speziellen Regelungen und Anforderungen zum Verbot variabler Vergütung angepasst. Es wird als Zielsystem weiterhin aufrechterhalten, die variable Vergütung als eine Komponente dieses Systems ist aber nach wie vor suspendiert. Den unter anderem aus der Institutsvergütungsverordnung abgeleiteten regulatorischen Anforderungen im Hinblick auf zum Beispiel Langfristigkeit, Nachhaltigkeit oder aber auch an angemessene steuerungs- und verhaltensanreizbietende Wirkung konnte daher unverändert nicht vollumfänglich Rechnung getragen werden. Zur Aufrechterhaltung der operativen Handlungsfähigkeit wurde im Jahr 2011 unter Beteiligung der Arbeitnehmervertretungen eine Funktionszulage eingeführt, die jedoch hinter der ursprünglich vorgesehenen variablen Vergütung in Summe und im Einzelfall deutlich zurückbleibt. Sie ist sowohl mit dem Aufsichtsrat als auch mit dem Eigentümer abgestimmt. Vor dem Hintergrund der geplanten Privatisierung hat eine Projektgruppe eine Analyse des Vergütungssystems vorgenommen und die notwendigen Anpassungen an die regulatorischen Vorgaben identifiziert. Im Jahr 2015 werden, für die nach erfolgreicher Privatisierung mögliche Wiedereinführung einer variablen Vergütung, entsprechende Regelungen gemäß den geltenden regulatorischen Anforderungen vorbereitet.

Vergütungsausschuss und Vergütungsbeauftragter

Der Vergütungsausschuss der pbb wurde aufgrund der Änderung der Institutsvergütungsverordnung im Jahr 2014 aufgelöst. Stattdessen wurde im Aufsichtsrat ein Vergütungskontrollausschuss gebildet und ein Vergütungsbeauftragter benannt.

Risk Taker

Die vom Vergütungsausschuss der pbb im Vorjahr zugrunde gelegten Kriterien zur Identifizierung von Funktionen mit wesentlichem Einfluss auf das Risikoprofil der Bank (sogenannte Risk Taker) gemäß § 18

Institutsvergütungsverordnung wurden soweit erforderlich an die von der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) im Zusammenhang mit der Durchführung des Konsultationsverfahrens zu den Regulatory Technical Standards (EBA/CP/2013/11) veröffentlichten Kriterien angepasst. In Summe sind neben dem Vorstand 127 Mitarbeiter (2013: 124 Mitarbeiter) als Inhaber risikobegründender Funktionen identifiziert worden.

Nachhaltigkeit

Unternehmen tragen für ihr Handeln Verantwortung gegenüber dem Umfeld, in dem sie agieren: ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ihren Kunden, ihren Investoren sowie der Gesellschaft und der Umwelt. Diese Verantwortung fasst die pbb unter Corporate Responsibility zusammen.

Leitgedanke der Corporate Responsibility in der pbb ist das Prinzip der Nachhaltigkeit, das heißt langfristig orientiertes verantwortungsvolles Handeln unter Berücksichtigung der Folgen für alle Stakeholder des Unternehmens sowie für die Umwelt.

Die pbb ist davon überzeugt, dass nachhaltige und verantwortungsbewusste Geschäftspraktiken einen Beitrag zur Zukunftssicherung und Wertsteigerung des Unternehmens leisten.

Compliance

Transparentes, faires, verantwortungsbewusstes und ehrliches Verhalten mit dem erforderlichen Grad an Können, Professionalität und Integrität im Verhalten untereinander und im Verhältnis zu Kunden und Geschäftspartnern, Wettbewerbern und der Öffentlichkeit bilden die Grundlage für den Geschäftserfolg der pbb. Dieses Vertrauen basiert nicht zuletzt auf der Umsetzung und Einhaltung der relevanten gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen sowie internen Vorschriften und sonstigen einschlägigen Gesetze und Regeln.

Neben der Einhaltung der rechtlichen und regulatorischen Anforderungen legt der Verhaltenskodex der pbb intern den ethisch-rechtlichen Rahmen fest. Der Verhaltenskodex ist auf der Homepage der Deutschen Pfandbriefbank AG öffentlich hinterlegt und umfasst die unverzichtbaren Anforderungen, die die pbb an alle Mitarbeiter stellt.

Darüber hinaus hat der Vorstand für die pbb als ein mittelbar vollständig im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland stehendes Unternehmen die Anwendung des Public-Corporate-Governance-Kodex des Bundes mit der Maßgabe des Grundsatzes »comply or explain« beschlossen. Der Public-Corporate-Governance-Kodex des Bundes reflektiert die aktuellen internationalen Entwicklungen und Standards einer guten Unternehmensführung.

Zusätzlich existieren Vorkehrungen zur Einhaltung von Datenschutzbestimmungen sowie zur Prävention von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen (Fraud) sowie von Insiderhandel. Die Mitarbeiter der pbb werden zudem regelmäßig zur Verhinderung von Geldwäsche und sonstigen strafbaren Handlungen (Fraud) sowie zu allgemeinen Compliance-Themen geschult. Inhalt und Durchführung der Schulungen werden regelmäßig durch die interne und externe Revision geprüft.

Mitarbeiter

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wichtiger Erfolgsfaktor der Bank. Die pbb beschäftigt Frauen und Männer aus vielen verschiedenen Nationalitäten und mit unterschiedlichem fachlichen Hintergrund. Es wird besonderer Wert auf Vielfalt gelegt. Seit dem Jahr 2010 ist die pbb Unterzeichner der „Charta der Vielfalt“ und bekennt sich damit grundlegend zum wirtschaftlichen Nutzen von Vielfalt, Toleranz und Fairness von Menschen in einem Unternehmen sowie deren Kunden und Geschäftspartner. Sie verpflichtet zur Herstellung eines Arbeitsumfeldes frei von Vorurteilen und Ausgrenzung und soll eine offene Unternehmenskultur etablieren, die auf gegenseitigen Respekt und Einbeziehung der Beteiligten basiert. Die unterschiedlichen Fähigkeiten und Talente der Mitarbeiter werden bewusst genutzt, um die Märkte optimal zu bedienen und wirtschaftlich erfolgreich zu sein.

Diese Vielfalt bei den Mitarbeitern bietet ein großes Potenzial, und entsprechend fördert die pbb gezielt die fachliche, berufliche und persönliche Entwicklung seiner Mitarbeiter. Hierfür bietet die pbb vielfältige interne Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen an.

Stützpfiler des Aus- und Weiterbildungsprogramms der Bank sind innerbetriebliche Seminarreihen. Mit fest definierten Firmenprogrammen unterstützt und fördert die pbb die langfristig ausgelegte Weiterbildung seiner Mitarbeiter. Schwerpunkte werden dabei sowohl auf die fachliche Qualifizierung als auch auf den Ausbau der Führungskompetenz zur besseren Wahrnehmung der aktiven Führungsrolle im Managementalltag oder in der Projektlandschaft gelegt. Neben den ständigen Seminarreihen bietet die Bank ein sich kontinuierlich erweiterndes Spektrum an innerbetrieblichen Seminaren zur fachlichen Weiterbildung und Qualifizierung im Bereich der Sozial- und Methodenkompetenz sowie Sprachtrainings an. Darüber hinausgehender Bedarf an Qualifizierungsmaßnahmen wird über externe Anbieter gedeckt.

Ein wichtiges strategisches Steuerungsinstrument, um die Aktivitäten und Prioritäten der Mitarbeiter an der Zielerreichung und dem Erfolg des Unternehmens auszurichten, ist das jährliche Mitarbeitergespräch, in dem neben der Leistungsbeurteilung auch Entwicklungs- und Qualifizierungsmaßnahmen vereinbart werden.

Kunden und Produkte

Als Spezialbank finanziert die pbb gewerbliche Immobilienfinanzierungsprojekte und Infrastrukturprojekte der öffentlichen Hand. In beiden Geschäftsfeldern legt die pbb unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten hohe Standards bei der Kreditvergabe an; dabei werden Finanzierungen priorisiert, die die Anforderungen an Nachhaltigkeit erfüllen.

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung stehen Objektarten wie Bürogebäude, Einzelhandelsimmobilien, wohnwirtschaftlich genutzte Immobilien und Logistikimmobilien im Vordergrund. Zur Förderung von Nachhaltigkeitsaspekten in der Immobilienwirtschaft bzw. im Immobilienfinanzierungsgeschäft engagiert sich die pbb zum Beispiel in Arbeitskreisen des Bundesverbands deutscher Banken (BdB) und des Verbands deutscher Pfandbriefbanken (vdp).

In der öffentlichen Investitionsfinanzierung leistet die pbb einen hohen sozialen gesellschaftlichen Beitrag durch die Finanzierung von Projekten zur Bereitstellung und Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur. Hier liegt der Schwerpunkt auf öffentlichen Einrichtungen (z.B. Verwaltungs- und Zweckeinrichtungen, Bildungs-, Kinderbetreuungs- und Kultureinrichtungen sowie Sportanlagen), kommunalem beziehungsweise sozialem Wohnungsbau, Gebäude der Ver- und Entsorgungswirtschaft (z.B. Energieerzeugung, Wassergewinnung und -versorgung, Abwasserentsorgung und -aufbereitung, Müllentsorgung und -verwertung), Verkehrsinfrastruktur sowie Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen.

Investoren

Die pbb ist ein Wirtschaftsunternehmen, das darauf abzielt, seinen Eigentümern eine nachhaltige und adäquate Rendite auf ihre Investition zu erwirtschaften. Die Kriterien für Kredit- und Investitionsentscheidungen sind vorwiegend wirtschaftlicher Natur. Sie beziehen aber auch eine Reihe von Sozial- und Umweltfaktoren mit ein.

Institutionelle Investoren beziehen heute in ihre Investitionsentscheidungen verstärkt unabhängige Bewertungen der Leistung eines Emittenten im Bereich Corporate Responsibility ein. Diesen Anforderungen der Investoren entspricht die pbb aktuell mit zwei aktiv unterstützten Corporate Responsibility Ratings der Agenturen oekom und imug.

Corporate Responsibility Ratings

Die Ratingagentur oekom stuft die pbb aktuell mit »Prime« ein. Mit dem oekom Prime-Status werden Unternehmen ausgezeichnet, die im Rahmen des oekom Corporate Ratings zu den führenden Unternehmen ihrer Branche zählen und die branchenspezifischen Mindestanforderungen erfüllen. Von den rund 3.500

durch oekom regelmäßig bewerteten Unternehmen zählen derzeit rund 550 Unternehmen zum sogenannten oekom Prime Universe.

Von der Ratingagentur imug werden die Schuldtitel der pbb bewertet. Die öffentlichen Pfandbriefe der pbb sind aktuell mit einem »Positiv«-Rating als überdurchschnittlich eingestuft. Die Hypothekendarlehen und ungedeckten Anleihen sind mit »Neutral« durchschnittlich bewertet. Zurzeit werden vom imug circa 70 deutsche und europäische Bankanleihenemittenten und Covered Bonds regelmäßig untersucht und bewertet.

Gesellschaft

Die pbb widmet sich ihrer Verantwortung für die Gesellschaft zum einen über seine beiden gemeinnützigen Stiftungen, die pbb Stiftung Deutsche Pfandbriefbank sowie die pbb Stiftung für Kunst und Wissenschaft. Die Stiftungen, mit Sitz in München, verfügen über eigenständiges, von der Bank vollständig getrenntes Stiftungskapital, dessen Erträge ausschließlich zur Erfüllung der Stiftungszwecke verwendet werden.

- Die pbb Stiftung Deutsche Pfandbriefbank unterstützt Projekte zur Förderung von Kunst und Kultur mit besonderem Augenmerk auf eine gezielte Unterstützung des Nachwuchses.
- Die pbb Stiftung für Kunst und Wissenschaft fördert schwerpunktmäßig im Bundesland Baden-Württemberg geistige und künstlerische Arbeiten vor allem in Schrifttum, Malerei, Bildhauerei, Musik, Theater, Architektur/Design, Landeskunde und Brauchtum.

Diesen in erster Linie kulturellen und wissenschaftlichen Einsatz ergänzt die pbb durch soziales Engagement. Sie unterstützt das Kinderhospiz St. Nikolaus im Allgäu, eine Anlauf- und Erholungsstätte für Familien mit unheilbar und lebensbegrenzt erkrankten Kindern. Daneben fördert die pbb Projekte an den Standorten des Unternehmens. Dazu gehört seit dem Jahr 2013 am Unternehmensstandort Unterschleißheim das Jugendzentrum »JugendKulturHaus Gleis 1«, wo in ersten Projekten die mobile Jugendarbeit und die Anschaffung der IT-Ausrüstung für ein »Bewerbungsterminal« unterstützt wurde. Zusätzlich fördert die pbb persönliches, ehrenamtliches Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in sozialen Belangen.

Die pbb hat zudem seine Sammlung mit historischem württembergischem Papiergeld als Dauerleihgabe an die HVB Stiftung Geldscheinsammlung übergeben. Sie umfasst rund 8.000 Scheine aus allen Perioden der württembergischen Geldgeschichte und gilt als die größte und bedeutendste Spezialsammlung von württembergischem Papiergeld. In der Geldscheinsammlung der HVB Stiftung bleibt die Sammlung der pbb als Ganzes erhalten und ist für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich.

Umwelt

Über den Verhaltenskodex hat sich die pbb zu einer nachhaltigen und umweltverträglichen Abwicklung ihrer Geschäfte und zu einer Identifizierung von Umweltrisiken verpflichtet, die bei ihrer Geschäftstätigkeit entstehen könnten. Die pbb ist sich bewusst, dass bestimmte Ressourcen limitiert sind und damit verantwortungsbewusst umgegangen werden muss. Sie erstellt derzeit zwar keinen expliziten Umweltbericht, hat sich aber dennoch zum Ziel gesetzt, den Energie- und Rohstoffbedarf zu minimieren, um somit einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Die pbb hat in diesem Zusammenhang folgende wesentliche Initiativen vorangetrieben:

Die Gebäude der Zentrale in Unterschleißheim bei München weisen eine hohe Energieeffizienz auf. So verfügen diese beispielsweise über energieeffiziente Kühldecken anstatt konventioneller Klimaanlage. Der gesamte Strombedarf wird dort seit dem Jahr 2011 vollständig über Ökostrom gedeckt.

Arbeitsabläufe sind papiersparend ausgelegt; zum Einsatz kommt ausschließlich als umweltfreundlich zertifiziertes Papier. Die Aktenvernichtung wird zu 100% recycelt. Zudem kommen vielfältige elektronische Systeme zum Einsatz, die weitestgehend papier-basierte Prozesse ersetzen: zum Beispiel elektronische Mitarbeiter-Services (Arbeitszeiterfassung, Gehaltsabrechnungen, Lohnsteuer- und Sozialversicherungsbelege, Reisekostenabrechnungen, etc.), ein elektronisches Rechnungs- und Vertragsmanagement,

elektronische Kreditakten und Dokumentenräume. Darüber hinaus verzichtet die pbb seit dem Jahr 2014 für Halbjahresberichte auf die Erstellung von Druckexemplaren.

Für Dienstreisen gibt die pbb grundsätzlich vor, zwischen den Unternehmensstandorten in München/Unterschleißheim und Frankfurt/Eschborn die Bahn zu nutzen; auch innerdeutsche Reisen sollen mit der Bahn durchgeführt werden. Die Ausstattung des Unternehmens mit Videokonferenzanlagen ermöglicht eine Reduzierung des Dienstreiseaufkommens.

Dienstwagen müssen im Sinne der ökologischen Verträglichkeit bezüglich des CO₂-Ausstoßes gewisse Grenzen einhalten. Fahrzeuge mit einem höheren CO₂-Ausstoß werden mit einem finanziellen Malus belegt beziehungsweise dürfen nicht angeschafft werden. Die Regelungen sind auf den aktuellen Entwicklungsstandard ausgelegt und können mit technischem Fortschritt angepasst werden.

Im Jahr 2014 hat die pbb das bereits in 2013 initiierte neue IT Konzept weiter umgesetzt, welches insgesamt eine Halbierung der Drucker/Kopierer sowie im Sinne einer „One User – One PC“ Policy eine Reduzierung der PCs/Notebooks um rund 25% vorsieht. So konnte im Jahr 2014 die Anzahl der Drucker/Kopierer und die Anzahl der PCs/Notebooks nochmals deutlich reduziert werden. Darüber hinaus ist eine Reduzierung der Server-Instanzen um rund 1/3 vorgesehen. Dabei spielen auch Umweltaspekte eine maßgebliche Rolle. So werden dadurch zum einen erheblich Ressourcen eingespart und zum anderen der zukünftige Energiebedarf nachhaltig deutlich reduziert. Sämtliche Geräte tragen das neueste Green-IT Label „ENERGY STAR“ für höchste Energieeffizienz.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das globale Wirtschaftswachstum konnte im Jahr 2014 nicht an Fahrt hinzugewinnen. Die relative Wachstumsschwäche war hierbei hauptsächlich der Zurückhaltung bei privaten und staatlichen Investitionen zuzuschreiben. In der Eurozone ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2014 leicht gestiegen, was immerhin eine Verbesserung der konjunkturellen Entwicklung im Vergleich zu der Rezession der beiden Vorjahre darstellt. Die Steigerung kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die ursprünglichen Wachstumserwartungen als zu optimistisch erwiesen haben. Die Entwicklung der einzelnen Länder der Eurozone erwies sich erneut als sehr stark divergierend. Das Wachstum in Deutschland entwickelte sich schwächer als erwartet, aber immer noch stärker als in der Eurozone allgemein. In Frankreich dürfte sich die wirtschaftliche Stagnation fortgesetzt haben und in Italien hat sich die seit 2012 währende Rezession – wenn auch in stark abgeschwächter Form – um ein weiteres Jahr fortgesetzt. Positive Entwicklungen waren dagegen auf der iberischen Halbinsel zu verzeichnen, wo Spanien und Portugal im Jahr 2013 noch ein starkes Schrumpfen der Wirtschaft verkraften mussten und 2014 wieder zu positiven Wachstumsraten zurückkehrten. In Großbritannien hat sich die Erholung der letzten Jahre nochmals bestätigt. Gleichzeitig hat sich die konjunkturelle Lage auch in den nordischen Ländern verbessert. Die Entwicklung der Wirtschaft in einigen Märkten in Mittel- und Osteuropa, wie zum Beispiel in Polen und in der Tschechischen Republik, war ebenfalls erfreulich.

Die Zinsniveaus in den relevanten Märkten der pbb bewegten sich im Jahr 2014 erneut in der Nähe ihrer historischen Tiefstände, beziehungsweise erreichten während des Jahres neue Tiefstände. Im Euroraum senkte die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzins wiederholt auf ein neues Rekordtief von 0,05% (31. Dezember 2013: 0,25%) und führte einen negativen Einlagezinssatz für Banken von –0,2% ein. Auch die Inflation in der Eurozone schwächte sich erneut deutlich ab.

Die Währungsmärkte reflektierten die Zentralbankentscheidungen für eine lockerere Geldpolitik in der Eurozone und in Japan beziehungsweise Erwartungen über eine zukünftige Straffung der Geldpolitik in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien. Der Euro büßte ab dem zweiten Quartal 2014 besonders gegenüber dem US Dollar sehr stark an Wert ein, zumal sich der Renditevorsprung von US-Dollar-Anlagen nochmals verstärkte. Gegenüber dem britischen Pfund geriet der Euro bereits seit Jahresanfang 2014 zunehmend unter Druck. Der Wechselkurs zwischen dem Euro und dem japanischen Yen war im Jahresverlauf 2014 hauptsächlich durch eine erhöhte Volatilität charakterisiert. Erst gegen Jahresende hin konnte der Euro Kursgewinne verzeichnen, da der Yen unter sehr starkem Verkaufsdruck gegenüber dem US Dollar geriet.¹⁾

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtsituation der Bankbranche

Die Lage an den internationalen Finanzmärkten hat sich im Jahr 2014 erneut etwas entspannt. Zum einen dürfte dies am etwas dynamischeren Wirtschaftswachstum in den Industrieländern gelegen haben, zum anderen wirkte sich hier aber auch die nach wie vor ungewöhnlich lockere Geldpolitik der Zentralbanken weiterhin positiv auf die Einschätzung der Kreditrisiken aus. So war der Credit Default Swap (CDS) Spread bezüglich der Kreditrisiken der westeuropäischen Staaten erneut rückläufig und fiel von einem Niveau von etwas mehr als 60 Basispunkten am Ende des Vorjahres auf ca. 30 Basispunkte im Dezember 2014.

Das Niedrigzinsniveau stellte den Bankensektor im Jahr 2014 erneut vor große Herausforderungen bezüglich Geschäftsmodell und Rentabilität. In den europäischen Ländern, in welcher sich der wirtschaftliche

¹⁾ Quellen: Bloomberg, EZB, IWF

Aufschwung bisher als schwach erwies, wie zum Beispiel in Frankreich, oder welche gar noch in einer Rezession verharrten, wie zum Beispiel Italien, wirkte sich die Kreditrisikoversorge nach wie vor negativ auf die Rentabilität des Sektors aus und der Konsolidierungsdruck blieb unvermindert hoch.

Die Prüfung der Aktiva-Qualität (AQR) der Banken und der Stresstest der European Banking Authority, welcher unmittelbar vor der Übergabe der Aufsichtspflicht über die größten europäischen Banken an die EZB durchgeführt wurde, wurde vom Markt überwiegend als vertrauensschaffende Maßnahme interpretiert. Der hieraus resultierende Kapitalbedarf für den Bankensektor war gering, zumal die Institute im Vorlauf der Prüfung ihrer Bilanzen bereits reichlich Eigenkapital zu vergleichsweise günstigen Refinanzierungsbedingungen am Kapitalmarkt aufgenommen hatten.

Die Kreditvergabestandards im Bankensektor in der Eurozone haben sich im Jahresverlauf 2014 etwas gelockert, was sich jedoch aufgrund der Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage noch nicht in einen spürbaren Anstieg der Kreditvergabe der Banken niedergeschlagen hat. Auch die Nachfrage der Banken nach Liquidität in der neugeschaffenen EZB-Fazilität für gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte, welche im Hinblick auf eine von der EZB erwünschten stärkeren Kreditvergabe für die Verbraucher und die Unternehmen eingeführt wurde, hat sich im Jahr 2014 relativ schleppend entwickelt.

Während niedrige Zinsniveaus, anhaltender Druck auf die Margen aufgrund erhöhten Wettbewerbs sowie anhaltend geringe Ausleihungsvolumen nach wie vor die Ertragsituation der Banken negativ beeinflussen, tragen gestiegene regulatorische Anforderungen weiterhin zu einer erhöhten Komplexität des operativen Geschäftsumfelds bei.¹⁾

Gewerbliche Immobilienfinanzierung

Die Anlageklasse gewerbliche Immobilien konnte sich im Jahr 2014 positiv entwickeln. In diversen europäischen Immobilienmärkten haben die Transaktionsvolumina erneut höhere Niveaus als im Vorjahr erreicht. Während in der jüngeren Vergangenheit Investoren insbesondere Immobilien bevorzugten, die dem Spitzensegment (»Core-Immobilien«) zuzurechnen sind, hat sich das Investitionsvolumen in 2014 spürbar in das Segment der Standard-Immobilien und auch zweitbeste Lagen ausgeweitet. Der Risikoappetit der Investoren hat damit deutlich zugenommen. Der Eigenkapitaleinsatz der Investoren blieb aber auch weiterhin hoch.

Insbesondere in den Segmenten Büro und Handel haben die Kaufpreise insbesondere für hochwertige Immobilien stark zugelegt. Die Flächennachfrage im Segment Büro hat angesichts des moderaten Wirtschaftswachstums und der weiterhin großen Unsicherheit der Unternehmen an den meisten europäischen Märkten nicht spürbar zugenommen.

In Deutschland hat sich die bereits im ersten Halbjahr 2014 zu beobachtende Dynamik der Investmentmärkte im zweiten Halbjahr 2014 weiter fortgesetzt. Vor allem Büroimmobilien und Einzelhandelsobjekte dominierten das Marktgeschehen. Das Investitionsvolumen in Frankreich lag sehr deutlich über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre. Der Anteil der Region Ile-de-France (mit dem Ballungsraum Paris) betrug circa 75% des französischen Transaktionsvolumens. Auch in Großbritannien hat sich die Immobiliennachfrage 2014 positiv entwickelt, neben London engagierten sich Investoren verstärkt wieder in regionalen Märkten. Die Märkte, die stärker von der Eurokrise betroffen waren, erholten sich auch im Jahr 2014 weiter. So haben sich die Investitionen in Gewerbeimmobilien in Spanien signifikant erhöht. Dies zeigt, dass auch opportunistische Anleger nach Europa zurückkehren und die sich erholenden Märkte in den Fokus nehmen.

Die Immobiliennachfrage wirkte sich auch positiv auf das Geschäft der finanzierenden Banken und Nichtbanken aus. Insbesondere die deutschen Pfandbriefbanken konnten ihr Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr steigern. Die Verbesserung der Finanzierungssituation zeigte sich dabei über alle Nutzungsarten hinweg. Allerdings sorgte der Wettbewerb für anhaltenden Druck auf die Kreditmargen. Zu dem verstärkten

¹⁾ Quellen: Bloomberg, EZB

Wettbewerb haben insbesondere auch alternative Kreditgeber, wie Versicherungen, Versorgungswerke oder Fonds, beigetragen.¹⁾

Öffentliche Investitionsfinanzierung

Die Lage in allen Marktsegmenten der Kommunalfinanzierung hat sich normalisiert. Ehemals von der Krise der Staatsfinanzen stärker betroffene Länder wiesen weitere positive Entwicklungen auf: Die Kreditwürdigkeit Spaniens wurde zu Beginn des Jahres 2014 um eine Stufe angehoben, Portugal ist wieder an den Kapitalmarkt zurückgekehrt.

Das Finanzierungsangebot, das in der Kommunalfinanzierung von privaten Banken und Förderbanken bereitgestellt wurde, reichte insbesondere in den von der Staatsschuldenkrise weniger betroffenen Ländern aus, um den Großteil aller relevanten kommunalen Investitionsvorhaben zu finanzieren. Die finanzierenden Banken und Investoren betrachteten die finanzielle Situation der Länder im Fokus, wie zum Beispiel Spanien und Irland, und deren unterstaatlicher Ebenen jedoch nach wie vor kritisch. Die dadurch differenzierte Bonitätseinschätzung von Kommunen und Gebietskörperschaften blieb somit im Jahresverlauf bestehen.

In Deutschland bot der Markt ausreichend Nachfrage nach öffentlichen Investitionsfinanzierungen. Allerdings wurden weiterhin Finanzierungen mit sehr langen Laufzeiten angefragt und von lokalen Wettbewerbern (vor allem von öffentlich-rechtlichen Banken und Förderbanken) bei sehr niedrigen Margen gewährt. Der Markt in der klassischen öffentlichen Investitionsfinanzierung war dadurch für die anderen Anbieter sehr herausfordernd. Im französischen Markt war der Wettbewerb dagegen wieder intensiver, was sich vor allem im Jahresverlauf in sinkenden Margen niederschlug. In den nordeuropäischen Ländern war es möglich, Geschäfte mit attraktivem Risiko-/Ertragsprofil abzuschließen. Maßgebliche Faktoren hierfür waren der Rückzug beziehungsweise die Aufgabe von Geschäftsaktivitäten anderer internationaler Wettbewerber und der Rückzug lokaler Banken.

Öffentliche Budgetfinanzierung

Die Renditen für Staatsanleihen haben sich in fast allen europäischen Ländern stark eingengt. Eine der wenigen Ausnahmen ist Griechenland. Bei zahlreichen Ländern, die in der Vergangenheit höhere Renditen bieten mussten, wie z. B. Spanien, Italien und Portugal, sind die Risikoaufschläge stark zurückgegangen.

Refinanzierungsmärkte

Wie in den Vorjahren setzte sich auch in 2014 das Niedrigzinsumfeld als »neue Normalität« für die Marktteilnehmer durch. Getrieben von geldpolitischen Maßnahmen der Zentralbanken befanden sich die Kapitalmärkte in diesem Jahr weiterhin im Spannungsfeld von überbordender Liquidität auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten und geringen Renditen. Aus Investorensicht verschärfte sich die Lage mit dem Rückgang der Zehn-Jahres-Renditen um über 100 bp deutlich, sodass sich der Fokus in Richtung längere Laufzeiten und entlang der Kreditkurve verschob. Dies zeigte sich durch großes Investoreninteresse an ungedeckten Emissionen sowie Kapitaltransaktionen.

Geopolitische Risiken, wie die Verwerfungen an den Emerging Markets im ersten Quartal 2014, gefolgt vom Konflikt in der Ukraine und dem Kampf gegen den IS-Terror, tangierten die Märkte nur kurzfristig. In einem weiterhin stark regulatorisch geprägten Umfeld stellten beispielsweise die umfassende Bewertung (Comprehensive Assessment der EZB) und die Capital Requirements Regulation die Kreditinstitute vor neue Herausforderungen, welche auch in Zukunft das Angebot der Emittenten deutlich mitgestalten werden.

¹⁾ Quellen: Research von CBRE, Verband deutscher Pfandbriefbanken

Taktgeber der Kapitalmärkte bleiben weiterhin die Zentralbanken. Während die FED vor dem Hintergrund einer erstarkten US-Wirtschaft den Ausstieg aus den Liquiditätsmaßnahmen probt, verbreiterte die EZB ihren Einfluss über weitere Zinssenkungen und Langfristendern (TLTRO). Seit dem vierten Quartal 2014 stehen die Marktteilnehmer im Euroraum vor der Herausforderung eines neuen Ankaufprogramms für Covered Bonds und ABS (CBPP3). Die Ankaufprogramm-induzierte Nachfrage der Zentralbanken führte zu einer weiteren Spread-Einengung am Pfandbriefmarkt und zeigte Tendenzen der Verdrängung der bisher bekannten Investorenschicht. Pfandbriefe konnten auf niedrigen Niveaus dank des hohen Zentralbankanteils platziert werden.

Geschäftsverlauf

Die pbb hat im Geschäftsjahr 2014 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 203 Mio. € erzielt. Damit hat die pbb im Jahr 2014 das höchste Ergebnis seit fünf Jahren erreicht. Zudem hat die pbb ihre am Jahresanfang aufgestellte Prognose erfüllt, die ein positives Vorsteuerergebnis und damit eine deutliche Verbesserung gegenüber dem durch Einmaleffekte belasteten Vorjahr vorsah (2013: -56 Mio. €). Dabei entwickelten sich auch die prognostizierten Einzelposten Zinsüberschuss, Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen und Verwaltungsaufwendungen wie vorhergesagt.

Belastet wurde das Vorsteuerergebnis durch in den Positionen Ergebnis aus Finanzanlagen und Risikovorsorge erfasste Wertkorrekturen auf ein nicht strategisches Portfolio der Heta Asset Resolution AG (Heta) in Höhe von -82 Mio. €. Das Portfolio mit einem Nominalvolumen von 395 Mio. € besteht aus acht Wertpapieren und einem Schuldscheindarlehen und ist durch eine Ausfallbürgschaft des österreichischen Bundeslandes Kärnten gesichert. Mit der Wertkorrektur reagierte die pbb auf eine Entscheidung der österreichischen Finanzaufsicht (FMA) vom 1. März 2015, die eine Aufschiebung der Fälligkeit von Schuldtiteln inklusive Zinszahlungen der Heta bis zum 31. Mai 2016 beinhaltete. Da die Informationen über die Verhältnisse am Bilanzstichtag Hinweise enthalten, dass mit einer vollständigen Abschirmung möglicherweise nicht gerechnet werden kann, handelt es sich um ein im Jahr 2014 zu berücksichtigendes wertaufhellendes Ereignis. Ohne diese Belastungen hätte das Ergebnis vor Steuern 285 Mio. € betragen. Die pbb wird zunächst das gegebene Rechtsmittel der „Vorstellung“ gegen das Moratorium der FMA vorbereiten und ist bereit, alle weiteren Rechtsmittel auszuschöpfen, um die vollständige Befriedigung ihrer Ansprüche zu erreichen.

Das Neugeschäftsvolumen, inklusive Prolongationen mit Laufzeiten von über einem Jahr, konnte gegenüber dem Vorjahr signifikant erhöht werden und erreichte mit 10,2 Mrd. € den Höchststand der letzten fünf Jahre. Der Erfolg beim Neugeschäft führte zu einer Erhöhung des Nominalvolumens der REF- und PIF-Finanzierungen (29,8 Mrd. €; 2013: 27,6 Mrd. €). Die weiterhin hohen Neugeschäftsmargen trugen zu einem erheblich verbesserten Zinsüberschuss bei. Sowohl der Saldo der sonstigen betriebliche Erträge/Aufwendungen als auch die Verwaltungsaufwendungen verringerten sich, weil die Dienstleistungen für das Portfolio der FMS Wertmanagement weitestgehend beendet wurden. Das Ergebnis aus Finanzanlagen sank gegenüber dem durch den Gewinn aus dem Verkauf eines Tochterunternehmens begünstigten Vorjahr.

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 65,6 Mrd. €. Damit ist die Summe der Vermögenswerte gegenüber dem Vorjahr (2013: 68,4 Mrd. €) leicht gesunken und nicht wie prognostiziert weitgehend konstant geblieben. Ursache für den geringfügigen Rückgang war das strategiekonforme Abschmelzen des nicht strategischen Budgetfinanzierungsportfolios, der den Anstieg in den strategischen Portfolios Real Estate Finance und Public Investment Finance überkompensierte.

Ertragslage

Das Ergebnis vor Steuern in Höhe von 203 Mio. € ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen (2013: -56 Mio. €). Im Detail stellt sich die Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform des Jahres 2014 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

in Mio. €	2014	2013	Veränderung
Zinsüberschuss	480	52	428
Provisionsüberschuss	-	11	-11
Personalaufwand	-119	-125	6
Sachaufwand	-149	-198	49
Andere Verwaltungskaufwendungen	-141	-186	45
Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-8	-12	4
Verwaltungsaufwendungen insgesamt	-268	-323	55
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen	69	109	-40
Betriebsergebnis (vor Risikovorsorge)	281	-151	432
Risikovorsorge	-42	15	-57
Ergebnis aus Finanzanlagen	-67	72	-139
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	-	0
Betriebsergebnis	172	-64	236
Außerordentliches Ergebnis	31	8	23
Ergebnis vor Steuern	203	-56	259
Steuern	-44	3	-47
Jahresüberschuss (+) /-fehlbetrag (-)	159	-53	212
Verlustvortrag	-3.287	-3.266	-21
Entnahme aus der Kapitalrücklage	1.771	-	1.771
Entnahmen aus Genusssrechtskapital	-	5	-5
Entnahme aus stiller Beteiligung	-	37	-37
Wiederauffüllung aus Genusssrechtskapital	-25	-10	-15
Bilanzverlust	-1.382	-3.287	1.905

Operative Erträge Die operativen Erträge (Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen) betragen 549 Mio. € (2013: 172 Mio. €). Der Anstieg resultierte aus dem höheren Zinsüberschuss.

Der **Zinsüberschuss** übertraf mit 480 Mio. € deutlich den Vorjahreswert von 52 Mio. €, wobei das Vorjahr signifikant durch besondere Effekte belastet wurde. Diese Belastungen resultierten im Jahr 2013 in Höhe von -224 Mio. € aus Close-Outs von Derivaten. Außerdem beinhaltete der Zinsüberschuss im Vorjahr einen Aufwand in Höhe von -94 Mio. € aus einer nachgeholtten Zinszahlung an ein Tochterunternehmen. Im Jahr 2014 ergaben sich Erträge aus Close-Outs von Derivaten, Rückzahlungen von Verbindlichkeiten vor Fälligkeit und Verkäufen von Forderungen in Höhe von 23 Mio. €. Die Close-Outs wurden im Rahmen von Schuldnerwechseln beziehungsweise weiteren Optimierungen des Derivatebestandes durchgeführt. Der Ertrag aus den Rücknahmen von Verbindlichkeiten resultierte vor allem aus einer vorzeitigen Teilrückzahlung einer Nachrangverbindlichkeit im Zuge der Entflechtung der pbb und DEPFA. Aus der nachgeholtten Zinszahlung an ein Tochterunternehmen im Jahr 2013 entstand im Jahr 2014 kein Effekt auf den Zinsüberschuss. Positiv wirkten sich zudem Vorfälligkeitsentschädigungen durch vorzeitige Tilgungen aus, die sich im Jahr 2014 auf 51 Mio. € beliefen (2013: 34 Mio. €). Begünstigt wurde der Zinsüberschuss zudem durch die Entwicklung der Margen der strategischen Portfolios.

Der **Provisionsüberschuss** war ausgeglichen (2013: 11 Mio. €). Die Provisionserträge enthielten Einnahmen aus Bearbeitungsgebühren aus dem Kreditgeschäft in Höhe von 9 Mio. € (2013: 12 Mio. €) und Gebühren für die Übernahme des Kreditrisikos der von einer Tochtergesellschaft gewährten Kredite in Höhe von 2 Mio. € (2013: 4 Mio. €). Die Provisionsaufwendungen bestanden unter anderem aus Aufwendungen für Gebühren aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft in Höhe von -2 Mio. € (2013: -1 Mio. €).

Der **Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen** ging im Jahr 2014 auf 69 Mio. € zurück (2013: 109 Mio. €). Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen die weitest gehende Beendigung der Dienstleistungen für das Portfolio der FMS Wertmanagement zum Ende des dritten Quartals 2013. Aus IT-Dienstleistungen gegenüber der DEPFA wurden Nettoerträge von 32 Mio. € (2013: 37 Mio. €) generiert. Diese Dienstleistungen liefen Ende 2014 weitgehend aus. Darüber hinaus enthält der Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen zudem Auflösungen von Rückstellungen in Höhe von netto 13 Mio. € (2013: 17 Mio. €). Die Bankenabgabe belastete den Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen mit -1 Mio. € (2013: -11 Mio. €). Aus Währungsveränderungen ergab sich ein Ertrag von 6 Mio. € (2013: 2 Mio. €).

Verwaltungsaufwendungen Die Verwaltungsaufwendungen wurden im Jahr 2014 deutlich auf -268 Mio. € reduziert (2013: -323 Mio. €). Der Personalaufwand sank einerseits durch die Größenanpassung der pbb auf eine spezialisierte europäische Pfandbriefbank und andererseits durch den Wechsel von Mitarbeitern zur FMS Wertmanagement Service GmbH im September 2013 (-119 Mio. €; 2013: -125 Mio. €). Die Reduzierung des Sachaufwands von -198 Mio. € im Jahr 2013 auf -149 Mio. € im Geschäftsjahr 2014 ergab sich insbesondere durch niedrigere IT- und Beratungskosten, die auf eine verringerte Anzahl an Projekten zurückzuführen sind.

Risikovorsorge Der Risikovorsorge wurden im Jahr 2014 netto -42 Mio. € zugeführt (2013: Nettoauflösungen von 15 Mio. €). Aus Einzelwertberichtigungen und Direktabschreibungen auf Forderungen resultierte ein Aufwand von netto -37 Mio. € (2013: Nettoerträge von 2 Mio. €); dies bezog sich nur auf wenige Engagements in der gewerblichen Immobilienfinanzierung und in Höhe von -7 Mio. € auf ein unter den Forderungen an Kunden ausgewiesenes Schuldscheindarlehen gegenüber der Heta. Auf öffentliche Investitionsfinanzierungen waren, wie im Vorjahr, keine Einzelwertberichtigungen zu bilden. Die Pauschalwertberichtigungen konnten um netto 6 Mio. € aufgelöst werden (2013: Nettozuführungen von -9 Mio. €). Die Abschreibungen auf fremde Wertpapiere beliefen sich auf netto -11 Mio. € (2013: Nettozuschreibungen von 24 Mio. €).

Ergebnis aus Finanzanlagen Das Ergebnis aus Finanzanlagen (-67 Mio. €; 2013: 72 Mio. €) wurde mit -75 Mio. € maßgeblich durch die Wertberichtigungen auf die von der Heta emittierten Wertpapiere belastet. Zudem enthielt das Ergebnis aus Finanzanlagen einen Gewinn von 6 Mio. € aus dem Verkauf des Tochterunternehmens DEPFA Finance N.V. an die DEPFA BANK plc. Außerdem entstand ein Ertrag in Höhe von netto 5 Mio. € aus Zuschreibungen von Wertpapieren des Anlagevermögens (2013: Nettoabschreibungen von -2 Mio. €). Im Vorjahr entstand ein Ertrag in Höhe von 79 Mio. € aus dem Verkauf des Tochterunternehmens Little Britain Holdings (Jersey) Ltd. Aus Übernahmen von Verlusten von Tochterunternehmen resultierte ein Aufwand in Höhe von -3 Mio. € (2013: 0 Mio. €).

Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB wurden im Geschäftsjahr 2014 wie im Vorjahr keine Beträge zugeführt oder entnommen.

Betriebsergebnis Nach Risikovorsorge und Ergebnis aus Finanzanlagen ergibt sich ein Betriebsergebnis in Höhe von 172 Mio. € (2013: -64 Mio. €).

Außerordentliches Ergebnis Das Außerordentliche Ergebnis belief sich auf 31 Mio. € (2013: 8 Mio. €). Das positive außerordentliche Ergebnis resultierte vor allem aus einer Zahlung in Höhe von 30 Mio. € der HRE Holding zur Kompensation von bereits in den Vorjahren zurückgestellten Zahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit der Übertragung von Positionen auf die FMS Wertmanagement im Jahr 2010.

Ergebnis vor Steuern Im Jahr 2014 hat die pbb ein Ergebnis vor Steuern von 203 Mio. € (2013: -56 Mio. €) erzielt.

Steuern Die Steuern in Höhe von -44 Mio. € (2013: 3 Mio. €) setzten sich aus den Steuern vom Einkommen und Ertrag und den sonstigen Steuern zusammen. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betragen -43 Mio. € (2013: 3 Mio. €). Der Steueraufwand des laufenden Jahres betrifft das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit und liegt bei -25 Mio. € (2013: -3 Mio. €). Der Steueraufwand in Höhe von -18 Mio. € (2013: 6 Mio. €) ist anderen Geschäftsjahren zuzurechnen. Die sonstigen Steuern betragen -1 Mio. € (2013: 0 Mio. €).

Ergebnis nach Steuern Nach Steuern wird ein Jahresüberschuss für 2014 in Höhe von 159 Mio. € (2013: -53 Mio. €) ausgewiesen.

Bilanzverlust Der Bilanzverlust in Höhe von -1.382 Mio. € resultiert aus dem Jahresüberschuss 2014 von 159 Mio. €, dem Bilanzverlust des Vorjahres in Höhe von -3.287 Mio. €, der Entnahme aus Kapitalrücklage in Höhe von 1.771 Mio. € und aus der Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals von -25 Mio. €.

Vermögenslage

Aktiva in Mio. €	2014	2013	Veränderung
Barreserve	57	3.532	-3.475
Forderungen an Kreditinstitute	7.514	6.659	855
Forderungen an Kunden	36.399	34.900	1.499
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	20.806	22.522	-1.716
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2	2	-
Beteiligungen	-	-	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	214	211	3
Treuhandvermögen	-	3	-3
Immaterielle Anlagewerte	7	16	-9
Sachanlagen	8	2	6
Sonstige Vermögensgegenstände	226	176	50
Rechnungsabgrenzungsposten	392	402	-10
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	5	18	-13
Summe der Aktiva	65.630	68.443	-2.813

Allgemeine Entwicklung der Vermögenslage

Die Bilanzsumme der pbb betrug zum Bilanzstichtag 65,6 Mrd. € und ist damit gegenüber dem Vorjahresende leicht gesunken (2013: 68,4 Mrd. €). Der Rückgang ist vor allem auf das nicht strategiekonforme Value Portfolio zurück zu führen, dessen Nominalvolumen aufgrund von Fälligkeiten auf 21,3 Mrd. € sank (2013: 23,6 Mrd. €). In der Bilanz führte dies zu einem Rückgang an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die primär der ehemaligen Budgetfinanzierung zuzuordnen sind. Gestiegen ist dagegen das Volumen der strategischen Portfolios, das sich in den höheren Forderungen an Kunden widerspiegelte. Der Nominalbestand der ausbezahlten gewerblichen Immobilienfinanzierungen und der öffentlichen Investitionsfinanzierungen nahm von 27,6 Mrd. € zum 31. Dezember 2013 auf 29,8 Mrd. € am Bilanzstichtag zu. Das Neugeschäft überstieg im Geschäftsjahr die Rückzahlungen. Zudem wurde die zum 31. Dezember 2013 bestehende Barreserve, die aufgrund der Rückzahlung einer Finanzierung kurz vor dem Bilanzstichtag ungewöhnlich hoch war, zum großen Teil im Berichtsjahr angelegt. Dadurch kam es zu einer Verschiebung zu Gunsten der Forderungen an Kreditinstitute.

Investitionen

Der Geschäftszweck der pbb ist das Betreiben des Bankgeschäfts und hierbei insbesondere des Kreditgeschäfts. Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte haben dagegen eine untergeordnete Bedeutung. Dennoch hat die pbb im Jahr 2014 auch in diesen Bereichen investiert. Die Zugänge der erworbenen Software betragen im Berichtsjahr 2 Mio. € (2013: 2 Mio. €). Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2014 alle Arbeitsplätze der pbb mit neuer Hardware ausgestattet. Im Rahmen eines Projekts erfolgte die Trennung der IT-Systeme der DEPFA. Finanzanlagen erwirbt die pbb vor allem zur Portfolio-Optimierung, zum Beispiel zur Anlage der Liquiditätspositionen und der Eigenmittel.

Finanzlage

Passiva

in Mio. €	2014	2013	Veränderung
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.461	4.953	-492
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	28.753	29.776	-1.023
Verbriefte Verbindlichkeiten	27.321	28.531	-1.210
Treuhandverbindlichkeiten	-	3	-3
Sonstige Verbindlichkeiten	79	178	-99
Rechnungsabgrenzungsposten	672	640	32
Rückstellungen	389	375	14
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.272	1.438	-166
Fonds für allgemeine Bankrisiken	47	47	-
Bilanzielle Verbindlichkeiten	62.994	65.941	-2.947
Bilanzielles Eigenkapital	2.636	2.502	134
Summe der Passiva	65.630	68.443	-2.813

Verbindlichkeiten

Die gesamten Verbindlichkeiten beliefen sich zum 31. Dezember 2014 auf 63,0 Mrd. €, nach 65,9 Mrd. € zum Vorjahresstichtag. Der leichte Rückgang ist vor allem auf den geringeren Refinanzierungsbedarf für die nicht strategischen Portfolios wie die Budgetfinanzierungen zurück zu führen. Daher nahmen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und die öffentlichen Pfandbriefe in den Verbrieften Verbindlichkeiten ab. Das Volumen der Hypothekendarlehen in den Verbrieften Verbindlichkeiten stieg dagegen. Hierin spiegelte sich die Refinanzierung für das gestiegene Volumen der strategischen gewerblichen Immobilienfinanzierungen wider. Die Nachrangigen Verbindlichkeiten sanken aufgrund der vorzeitigen Teilrückzahlung einer Verbindlichkeit gegenüber der DEPFA Finance N.V. in Höhe von 150 Mio. € im Rahmen der Entflechtung der pbb von ihrem vormaligen Schwesterkonzern DEPFA. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken belief sich unverändert gegenüber dem Vorjahr auf 47 Mio. €.

Kapital

Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals Die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals im Berichtsjahr stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	2014	2013	Veränderung
Grundkapital	380	380	-
Stille Einlage	92	92	-
gezeichnetes Kapital	472	472	-
Kapitalrücklage	3.267	5.038	-1.771
Gewinnrücklage	279	279	-
Bilanzverlust	-1.382	-3.287	1.905
Eigenkapital	2.636	2.502	134

Aufgrund des geringeren Bilanzverlustes erhöhte sich das bilanzielle Eigenkapital zum Bilanzstichtag auf 2,6 Mrd. € (2013: 2,5 Mrd. €).

Kapitalmaßnahmen Das Grundkapital betrug sowohl zum 31. Dezember 2014 als auch zum Vorjahresstichtag 380.376.059,67 € und war eingeteilt in 134.475.308 auf den Inhaber lautende Stammaktien in Form von Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 2,83 € je Stückaktie. Die Hypo Real Estate Holding war der alleinige Aktionär der pbb. Zum 31. Dezember 2014 bestand unverändert weder genehmigtes noch bedingtes Kapital.

Die Stille Einlage belief sich am 31. Dezember 2014 unverändert zum Jahresende 2013 auf 92 Mio. €. Es besteht eine Wiederauffüllungsverpflichtung seitens der pbb.

Kapitalerhöhungen oder -herabsetzungen wurden in den Geschäftsjahren 2014 und 2013 nicht durchgeführt. Die HRE Holding hat im Jahr 2014 zur Kompensation von Zahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit der Übertragung von Positionen auf die FMS Wertmanagement im Jahr 2010 30 Mio. € an die pbb gezahlt, die erfolgswirksam zu behandeln waren. Gewinne werden zur Stärkung des Eigenkapitals oder zur Rückführung von nicht der HRE Holding zuzurechnendem Kapital verwendet. Die Europäische Kommission hat im Rahmen der Genehmigungsentscheidung im Beihilfeverfahren die Privatisierung der pbb bis zum Jahresende 2015 vorgeschrieben. Zudem wurde zum teilweisen Ausgleich des Bilanzverlustes eine Entnahme der Kapitalrücklagen nach § 272 Abs. 2 Nr. 1-3 HGB in Höhe von 1.771 Mio. € vorgenommen.

Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen Die pbb ist gemäß der Waiver-Regelung nach Art. 7 Capital Requirements Regulation (CRR) davon befreit, auf Institutsebene die Eigenmittel- und Kernkapitalquoten zu ermitteln.

Liquidität

Grundsätze und Ziele des Liquiditäts- und Finanzmanagements Hauptziel des Liquiditäts- und Finanzmanagements ist es, die Liquidität der pbb so zu sichern und zu steuern, dass deren Finanzierungs- und Refinanzierungsfähigkeit zu jedem Zeitpunkt gewährleistet ist. Das zentrale Liquiditätsmanagement erfolgt insbesondere mittels Liquiditätsaufnahmen und -anlagen auf dem Geld- und Kapitalmarkt und dem Interbankengeldmarkt sowie bei Zentralbanken. Die Liquiditätsrisikostategie ist analog der Waiver-Regelung hingegen Bestandteil der Risikostategie der HRE.

Restlaufzeiten Das Management der Bilanzstruktur der pbb erfolgt durch das Group Asset and Liability Committee (ALCO) der HRE, das gleichzeitig für die pbb tätig ist. In der folgenden Aufstellung werden die Restlaufzeiten der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegenübergestellt:

in Mio. €	2014		2013	
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
bis 3 Monate	8.948	7.728	11.011	7.582
3 Monate bis 1Jahr	6.105	7.488	5.308	6.021
1 Jahr bis 5 Jahre	23.516	26.507	24.824	27.841
Über 5 Jahre	26.207	20.084	26.470	23.254
Sonstige Aktiva ¹ /Passiva ²	854	3.823	830	3.745
Insgesamt	65.630	65.630	68.443	68.443

¹Aktien und andere nicht verzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen, Treuhandvermögen, Immaterielle Anlagewerte, Sachanlagen, Sonstige Vermögensgegenstände, Rechnungsabgrenzungsposten, Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

²Treuhandverbindlichkeiten, Sonstige Verbindlichkeiten, Rechnungsabgrenzungsposten, Rückstellungen, Fonds für allgemeine Bankrisiken, Eigenkapital

Liquiditätsmanagement Die Liquiditätssteuerung erfolgt zentral durch das Treasury. Die Vertriebseinheiten erhalten bei Abschluss von Neugeschäft eine interne 1:1-Refinanzierung. Dadurch werden Risiken gebündelt und zentral gesteuert. Die Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung betrug zum 31. Dezember 2014 4,4 (2013: 3,0). Damit lag sie deutlich über der gesetzlichen Mindestgrenze von 1,0. Die Überwachung ausländischer Vorschriften für Betriebsstätten an die Liquiditätskennziffer ist ebenfalls erfüllt, sofern dies von lokalen Aufsichtsbehörden verlangt wird.

Refinanzierung Die pbb erreichte im Jahr 2014 ein neues langfristiges Refinanzierungsvolumen von 6,0 Mrd. € (2013: 7,7 Mrd. €). Vorzeitige Rückzahlungen auf der Aktivseite und eine komfortable Liquiditätsausstattung erlaubten eine Reduzierung der Kapitalmarktaktivitäten. Auf Benchmark-Neuemissionen sowie Aufstockungen bestehender öffentlicher Transaktionen entfielen 2,6 Mrd. € (2013: 4,5 Mrd. €). Etwa zwei Drittel der langfristigen Refinanzierung wurden im Pfandbriefformat begeben, während ungedeckte Emissionen mit einem Drittel zu Buche schlugen. Die Emissionen erfolgten

überwiegend auf festverzinslicher Basis. Offene Zinspositionen der pbb werden in der Regel durch einen Tausch von fixer in variable Verzinsung abgesichert. Insgesamt betragen die verbrieften Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag 27,3 Mrd. € (2013: 28,5 Mrd. €).

Über das Kapitalmarktfunding hinaus bietet die pbb zur Erweiterung der unbesicherten Refinanzierungsba-
sis Tages- und Festgeldanlagen für Privatanleger an; das Einlagevolumen von »pbb direkt« belief sich am
Bilanzstichtag auf über 1,5 Mrd. € (2013: 0,6 Mrd. €). Hier hat die pbb ihre Produktpalette um Festgeld-
PLUS erweitert. Anleger erhalten einen festen Zinssatz, können aber über 20% der ursprünglichen Anlage-
summe jederzeit verfügen.

ISIN	Ankündi- gung	Settlement	Fälligkeit	Kupon	Volumen in Mio. €	Emissions- preis	Währung
DE000A1X3LT7 (Hypothekendarlehen)	14.01.2014	21.01.2014	21.01.2022	1,875%	500	99,362%	EUR
DE000A1MLUW0 (2. Aufstockung) ¹⁾	13.02.2014	20.02.2014	03.06.2019	2,125%	50	104,988%	EUR
DE000A11QAP6 (Hypothekendarlehen)	18.03.2014	25.03.2014	25.03.2019	1,000%	500	99,400%	EUR
DE000A1X26E7 (1. Aufstockung) ²⁾	03.06.2014	10.06.2014	11.09.2017	2,250%	150	103,278%	EUR
DE000A1RFBY7 (2. Aufstockung) ³⁾	23.06.2014	30.06.2014	30.01.2017	0,875%	150	101,466%	EUR
DE000A11QAP6 (1. Aufstockung) ⁴⁾	18.08.2014	25.08.2014	25.03.2019	1,000%	175	102,090%	EUR
DE000A11QA31 (Hypothekendarlehen)	02.09.2014	09.09.2014	08.09.2017	0,250%	500	99,827%	EUR
DE000A11QAP6 (2. Aufstockung) ⁴⁾	05.09.2014	12.09.2014	25.03.2019	1,000%	75	102,534%	EUR
DE000A12UAW2 (Hypothekendarlehen)	23.09.2014	30.09.2014	29.09.2017	variabel ⁵⁾	300	99,941%	GBP
DE000A1X26E7 (2. Aufstockung) ²⁾	06.11.2014	13.11.2014	11.09.2017	2,250%	100	103,836%	EUR

¹⁾Aufstockung eines Hypothekendarlehens von ursprünglich 500 Mio. € vom 24. Mai 2012

²⁾Aufstockung einer unbesicherten Benchmarkleihe von ursprünglich 500 Mio. € vom 2. September 2013

³⁾Aufstockung eines Hypothekendarlehens von ursprünglich 500 Mio. € vom 23. Januar 2013

⁴⁾Aufstockung eines Hypothekendarlehens von ursprünglich 500 Mio. € vom 18. März 2014

⁵⁾ Dreimonats-LIBOR plus 40 Basispunkte

Ratings Die folgende Tabelle zeigt die Senior Unsecured Ratings und Ratings für Pfandbriefe der pbb¹⁾:

	Fitch Ratings		Moody's		Standard & Poor's	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Langfrist-Rating	A-	A-	Baa2	Baa2	BBB	BBB
Ausblick	Negativ	Stabil	Negativ	Negativ	Negativ	Stabil
Kurzfrist-Rating	F1	F1	P-2	P-2	A-2	A-2
Öffentliche Pfandbriefe	-	-	Aa1	Aa1	AA ⁺²⁾	AA ⁺³⁾
Hypothekendarlehen	-	-	Aa2	Aa2	AA ⁺²⁾	AA ⁺³⁾

¹⁾Ratings von mandatierten Ratingagenturen

²⁾Negativer Ausblick

³⁾Stabiler Ausblick

Die Ratingagenturen können Ratings jederzeit ändern oder zurückziehen. Für die Bewertung und Nutzung der Ratings sollten die jeweils geltenden Kriterien und Erläuterungen der Ratingagenturen herangezogen werden, und die Nutzungsbedingungen sind zu beachten. Ratings sollten nicht als Ersatz für die eigene Analyse dienen. Sie stellen keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder Halten von Wertpapieren der pbb dar.

Die Entwicklung der Ratings bleibt weiterhin in erheblichem Umfang von exogenen Faktoren abhängig, die zum Beispiel mit Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen und daraus folgender Methodenänderungen der Ratingagenturen zusammenhängen. Im April 2014 beschloss das Europäische Parlament beispielsweise den einheitlichen europäischen Restrukturierungs- und Abwicklungsmechanismus für Banken. Angesichts dieser gesetzlichen Änderungen haben die Ratingagenturen die Überprüfung ihrer Annahmen bezüglich der in den Senior Unsecured Ratings enthaltenen Unterstützungskomponenten begonnen, aber bis zum Geschäftsjahresende 2014 nicht abgeschlossen. Insbesondere die zukünftig eingeschränkten Möglichkeiten einer staatlichen Stützung von Banken und einer eventuellen Verlustbeteiligung erstranger, unbesicherter Gläubiger in einer Krise wirken sich in der Regel negativ auf die Senior Unsecured Ratings von Banken in der EU aus. Die negativen Ratingausblicke der Bank reflektieren diese Entwicklungen und den damit einhergehenden Ratingdruck.

Aufgrund der bestehenden Verknüpfung von Covered Bond Ratings mit dem Emittentenrating können die zuvor genannten Faktoren auch Auswirkungen auf die Covered Bond Ratings haben, zu welchen es ebenfalls bereits im Laufe des Jahres 2014 Ankündigungen diverser Methodenänderungen beziehungsweise Ankündigungen von weiteren Anpassungen gab.

Im Geschäftsjahr 2014 kam es zu folgenden wesentlichen Ratingereignissen:

Nachdem Fitch Ratings die Senior Unsecured Ratings bei stabilem Ausblick im Februar 2014 bestätigt hatte, änderte die Agentur vor dem Hintergrund der oben beschriebenen geänderten Annahmen bezüglich der in den Senior Unsecured Ratings enthaltenen Unterstützungskomponenten den Ausblick auf das Langfristrating der pbb im März 2014 auf Negativ; diese Änderung des Ausblicks betraf 17 weitere Banken in der EU. Im Dezember 2014 bestätigte Fitch Ratings die Senior Unsecured Ratings der pbb bei unverändert negativem Ausblick. Gleichzeitig hat die Agentur die positive Entwicklung der Bank mit Anhebung des »Viability Rating« von ‚bb‘ auf ‚bb+‘ gewürdigt. Der Support Uplift des »A«-Senior Unsecured Ratings wurde somit um 1 Notch auf 4 Notches vermindert.

Im August 2014 bestätigte Moody's das Senior Unsecured Rating bei weiterhin negativem Ausblick. Auch hier wurden die Fortschritte der pbb mit Anhebung des »Baseline Credit Assessment« um 1 Notch von »b3« auf »b2« anerkannt. Der Support Uplift des »Baa2«-Senior Unsecured Ratings verminderte sich somit um 1 Notch auf 6 Notches. Gleichzeitig erfolgte eine Bestätigung des »Bank Financial Strength Ratings« der pbb bei E+. Hier ist der Ausblick nun stabil.

Nach Bestätigung des Ratings der Öffentlichen Pfandbriefe im Februar 2014 bei stabilem Ausblick, folgte Standard & Poor's im April 2014 ebenfalls mit Bestätigung der Senior Unsecured Ratings, erteilte aber einen negativen Ausblick auf das Langfrist-Rating der Bank. Da im Hinblick auf das »Standalone Credit Profile« der Bank keine Veränderung eintrat, blieb der enthaltene explizite Support Uplift zu diesem Zeitpunkt unverändert bei 1 Notch. Im Mai 2014 wurde auch der Ausblick auf die Ratings der Pfandbriefprogramme von stabil auf negativ gesenkt und im September 2014 wurden die Ratings des Hypothekenpfandbrief-Programms bei gleichbleibendem Ausblick erneut bestätigt.

Die Auswirkungen möglicher Ratingveränderungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der pbb werden im Prognosebericht näher erläutert.

Außerbilanzielle Verpflichtungen Die unwiderruflichen Kreditzusagen stellen den wesentlichen Teil der außerbilanziellen Verpflichtungen dar und betragen zum 31. Dezember 2014 2.238 Mio. € (2013: 2.538 Mio. €). Eventualverbindlichkeiten resultierten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen und beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 84 Mio. € (2013: 56 Mio. €).

Zusammenfassung

Die pbb ist ihrem Ziel, der Privatisierung im Jahr 2015, deutlich näher gekommen. Das Neugeschäftsvolumen hat den Höchststand der letzten fünf Jahre erreicht und damit die Grundlage für ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2014 gelegt: das Ergebnis vor Steuern konnte von -56 Mio. € im Vorjahr auf 203 Mio. € gesteigert werden. Die Bilanzsumme ist aufgrund des strategiekonformen Rückgangs des Budgetfinanzierungsportfolios leicht gesunken.

Verbundene Unternehmen

Zur HRE Holding in München steht die pbb in einem Abhängigkeitsverhältnis gemäß § 17 AktG.

Am 8. Juni 2009 übernahm der Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS die Aktienmehrheit der HRE Holding AG, München. Mit der Übernahme der Aktienmehrheit sind gemäß § 7d FMStG i.d.F. des FMStErgG die Vorschriften des Aktiengesetzes über herrschende Unternehmen nicht mehr anzuwenden. Somit entfällt ab diesem Zeitpunkt die Berichtspflicht nach § 312 AktG.

Nachtragsbericht

Anfang Februar 2015 bestätigte Standard & Poor's die Unsecured Ratings der pbb und änderte den negativen Ausblick auf »developing«. Diese Einschätzung reflektiert die Unsicherheiten im Hinblick auf die Entwicklung des Bankratings, die mit der Privatisierung verbunden sind; Standard & Poor's misst der Privatisierung nun eine höhere Wahrscheinlichkeit bei.

Die HRE Holding hat am 17. Februar 2015 mit der öffentlichen Ausschreibung eines Bieterverfahrens den nächsten wichtigen Schritt für die Privatisierung ihrer Tochtergesellschaft pbb getan. Die HRE Holding will bis zu 100% ihrer Anteile an der pbb veräußern und damit eine Auflage der Europäischen Kommission aus dem Sommer 2011 erfüllen. Parallel laufen die Vorbereitungen für einen Börsengang.

Moody's hat am 17. März 2015 die Bank-Ratings der pbb vor dem Hintergrund der branchenweiten Einführung der neuen Bankrating-Methodik auf Review gesetzt. Der Review betrifft einerseits das sogenannte Baseline Credit Assessment, das die Kreditwürdigkeit ohne Unterstützungskomponenten beschreibt; hier erwartet Moody's einen Anstieg der aktuellen ‚b2‘- Bewertung. Vor dem Hintergrund der Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD) und der damit aus Sicht der Agentur abnehmenden externen Unterstützungswahrscheinlichkeit von Banken durch den Staat hat Moody's dagegen die aktuellen Lang- und Kurzfrustratings (Baa2/P-2) auf „Review for Downgrade“ gestellt. Methodenbedingt wurde daneben das „Bank Financial Strength Rating“ entzogen. Moody's beabsichtigt die Ratingüberprüfung auf Grundlage der neuen Methodik in den nächsten Monaten abzuschließen. Ob und in welchem Umfang die künftigen Langfrustratings weiterhin externe Unterstützungskomponenten beinhalten werden, wird maßgeblich von der künftigen Eigentümerstruktur der Bank bestimmt werden.

Darüber hinaus gab es nach dem 31. Dezember 2014 keine wesentlichen Ereignisse.

Risikobericht

Organisation und Grundsätze des Risiko- und Kapitalmanagements

Die HRE Holding hat ein konzernweites Risikomanagement- und Risikocontrollingsystem eingerichtet, das gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung zur Anwendung der Waiver-Regelung gemäß Artikel 7 CRR bzw. § 2 a KWG darstellt. Alle Aufgaben gemäß § 25 a KWG im Bereich der einheitlichen Risikoidentifizierung, -messung und -limitierung sowie des Risikomanagements werden von der HRE Holding zentral vorgegeben. Die operative Umsetzung obliegt dem jeweiligen Tochterinstitut.

Die HRE Holding hat als übergeordnetes Institut der HRE einen Gruppensanierungsplan entsprechend den gesetzlichen Anforderungen (KWG) und den Mindestanforderungen an die Ausgestaltung von Sanierungsplänen (MaSan) entwickelt und in die Unternehmensorganisation integriert. Die für die Sanierungsplanung definierten Indikatoren sind Teil der Gesamtbanksteuerung der HRE, in die die pbb vollständig eingebunden ist. Ziel der Sanierungsplanung ist es, Entwicklungen, die zu möglichen Bestandsgefährdungen führen könnten, rechtzeitig zu erkennen und so die Möglichkeit zu haben, schon vorher durch geeignete (Gegen-)Maßnahmen zu verhindern, dass sich bestandsgefährdende Entwicklungen materialisieren können.

Organisation und Komitees

Die Grundsätze, Methoden und Prozesse des Risikomanagementsystems des HRE Konzerns werden zentral vom Risikomanagement und -controlling der HRE Holding vorgegeben und finden in der pbb Anwendung.

Der Vorstand der pbb trägt die Verantwortung für das Risikomanagementsystem und entscheidet über die Strategien und die wesentlichen Fragen des Risikomanagements und der Risikoorganisation der pbb. Alle wesentlichen Risiken werden nachvollziehbar und systematisch identifiziert, analysiert, bewertet, gesteuert, dokumentiert, überwacht und kommuniziert.

Wesentliche, vom Vorstand zu verantwortende Aktivitäten im Risikomanagementsystem im Überblick:

- Festlegung, Aktualisierung und Kommunikation von Geschäfts- und Risikostrategien als Grundlage der Geschäftsaktivitäten und Risikonahme für die pbb
- Festlegung und Weiterentwicklung von Organisationsstrukturen, insbesondere für das Risikomanagement zur Gewährleistung der Steuerung und Überwachung aller wesentlichen Risiken der pbb
- Verabschiedung von Kreditkompetenzrichtlinien als Entscheidungsrahmen entlang der Kreditprozesse der pbb
- Entscheidung über (Portfolio-)Steuerungsmaßnahmen außerhalb der übertragenen Kompetenzen

Der Vorstand der pbb informiert den Aufsichtsrat der pbb über wesentliche Änderungen der Geschäfts- und Risikostrategien sowie über das Risikoprofil der pbb. Der Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss (RLA) des Aufsichtsrats befasst sich hauptsächlich mit der Steuerung der Gesamtrisikosituation, der Überwachung, Einrichtung und Fortentwicklung eines effizienten Risikomanagementsystems sowie mit der Liquiditätssteuerung und -sicherung der pbb und beschließt über erforderliche Zustimmungen zu Kreditentscheidungen. Der Vorstand informiert das Gremium über alle Erhöhungen und Neubildungen von Einzelwertberichtigungen über 5 Mio. € und in regelmäßigen Abständen über größere und risikoreichere Engagements.

Die nachfolgend dargestellten Komitees sind unter Beteiligung der jeweiligen Kompetenzträger der pbb auf HRE Konzernebene eingerichtet.

Das **Group Risk Committee (Group RC)** der HRE, welches gleichzeitig für die pbb tätig ist, setzt sich aus dem Chief Risk Officer (CRO; Vorsitzender) und den Co-CEOs der HRE Holding in Personalunion für die pbb, den Chief Credit Officer REF/PIF (CCO) der pbb sowie dem Leiter Risk Management & Control zusammen. Das Gremium tagt in der Regel monatlich und erörtert die Risikoentwicklung, verabschiedet Richtlinien, Methoden zur Risikomessung, deren Parametrisierung sowie Methoden der Risikoüberwachung für alle Risikoarten. Das Group Risk Committee ist konzernweit für die Entwicklung einheitlicher Standards für Risikomanagement und -controlling zuständig und überwacht dabei auch die Entwicklung der Risikotragfähigkeit, des ökonomischen Kapitals, der Risikodeckungsmasse und des Kreditportfolios sowie die Einhaltung von Limits. Im Risk Committee werden Portfolioentwicklungen der HRE und somit auch die der pbb diskutiert.

Das **Group Asset and Liability Committee (ALCO)** der HRE, welches gleichzeitig für die pbb tätig ist, ist unter Vorsitz des zuständigen Vorstandsmitglieds für Treasury und Asset Management mit dem CRO, den Co-CEOs, sowie den Leitern der Bereiche Treasury, Finance, Risk Management & Control besetzt und tagt monatlich. Die Aufgaben umfassen das Liquiditätsmanagement, das Management der Bilanzstruktur der HRE und der pbb, die Festlegung langfristiger Refinanzierungsstrategien, das Kapitalmanagement und die Steuerung der regulatorischen Kapitalquoten sowie die Marktrisikosteuerung. Das ALCO trifft keine Kreditentscheidungen oder Entscheidungen über Limitfestlegungen in anderen Risikokategorien. In diesem Gremium erfolgt auch die Vorbereitung von Entscheidungsvorlagen für Liquiditäts- und Refinanzierungsstrategien, die nach Diskussion im Group Risk Committee ebenso wie Akquisitionen und Desinvestments im Vorstand der HRE Holding bzw. Deutschen Pfandbriefbank AG entschieden werden.

Das **Group Credit Committee der HRE**, welches gleichzeitig für die pbb tätig ist, setzt sich aus dem CRO (Vorsitzender), den Co-CEOs, den Chief Credit Officer REF/PIF (CCO) den Senior Credit Executives und den Vertretern der Marktseite zusammen. Die Vertreter der Marktseite haben dabei ein Votierungsrecht im Rahmen der Marktverantwortung. Das Gremium tagt in der Regel mindestens wöchentlich und trifft Kreditentscheidungen im Hinblick auf Neugeschäft, Prolongationen und materielle Veränderungen, sofern diese in die Kompetenz des Gremiums fallen. Es gibt zudem ein Votum ab für alle Kreditentscheidungen, die in die Kompetenz des Vorstandes der pbb fallen bzw. einer Zustimmung durch den RLA bedürfen. Die Kompetenzträger stellen sicher, dass die Kreditentscheidungen der jeweils aktuellen Geschäfts- und Risikostrategie entsprechen.

Das **Group Watchlist Committee der HRE**, welches gleichzeitig für die pbb tätig ist, tagt monatlich. In dem Gremium werden alle im Rahmen des Frühwarnsystems aufgefallenen Engagements der pbb besprochen und gegebenenfalls individuelle, risikobegrenzende Maßnahmen festgelegt, die nachfolgend von den zuständigen Abteilungen umzusetzen sind. Sofern notwendig, beschließt das Gremium über die Engagementübergabe an den Bereich CRM Workout, der auf Basis einer Engagementstrategie die notwendigen Schritte zur Restrukturierung und Abwicklung durchführt. Alle notwendigen Kreditentscheidungen werden von den jeweils verantwortlichen Kompetenzträgern entsprechend der Kreditkompetenzordnung beziehungsweise im Credit Committee getroffen.

Sofern Hinweise auf eine objektive Wertminderung bei einem Engagement vorliegen, wird das Ergebnis nach erfolgter Ermittlung der Höhe der Wertminderung im **Group Risk Provisioning Committee** vorgestellt. Dieses entscheidet im Rahmen einer vorgegebenen Kompetenzordnung und im Einklang mit den Rechnungslegungsvorschriften beziehungsweise gibt Empfehlungen im Hinblick auf die Bildung und Auflösung von Risikovorsorge sowie gegebenenfalls notwendige Rettungserwerbe. Die Empfehlungen des Gremiums sind vom Vorstand der pbb im Rahmen der jeweils gültigen Kompetenzordnung zu entscheiden.

Das **Group New Product Process Committee**, stellt sicher, dass vor Aufnahme der Geschäftstätigkeit mit neuen Produkten und in neuen Märkten die daraus resultierenden Risiken sowie die Auswirkungen auf Prozesse, Kontrollen und Infrastruktur systematisch analysiert und adressiert werden. Erst mit Genehmigung durch das New Product Process Committee erfolgt eine Aufnahme der Geschäftstätigkeit mit neuen Produkten oder in neuen Märkten.

Das **Group Stresstest Committee** als Unterausschuss des Group Risk Committees ist für die Methodik, Durchführung und Überwachung der internen Stresstests verantwortlich.



Group Chief Risk Officer (CRO) Neben den oben genannten Komitees bilden folgende Organisationseinheiten des Group CRO, der in Personalunion auch CRO der pbb ist, einen integralen Bestandteil des Risikomanagementsystems der HRE, in das die pbb einbezogen ist:



Die Organisation der CRO-Funktion umfasst als Überwachungs- und Marktfolgeeinheit auf Ebene der pbb

- die Einheit **Risk Management & Control**, die unter anderem Markt-, Adress-, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken sowie die Risikotragfähigkeit der pbb überwacht und auch für konzernweit einheitliche Risikomessmethoden, Risikoberichte und Kreditprozesse verantwortlich ist
- die Einheiten der **Chief Credit Officers** REF/PIF der pbb, die jeweils die Analyse des Neugeschäfts sowie das Bestandsmanagement zur Aufgabe haben. Der Bereich CRM REF pbb umfasst neben den klassischen Kreditabteilungen auch die Einheit Workout (Real Estate), welche die Sanierung und Abwicklung aller kritischen Engagements im Segment Real Estate Finance zum Ziel hat, und die Stabsstelle Credit Processes, welches insbesondere für die Organisation des Credit Committees verantwortlich ist und die Aktualisierung von Kreditprozessen vornimmt.

Neben der CRO-Funktion ergänzen die Einheiten Corporate Office/Compliance und Group Internal Audit (unabhängig) das Risikomanagementsystem der pbb. In den Aufgabenbereich von Group Internal Audit fallen risikoorientierte turnusmäßige sowie anlassbezogene Prüfungen von Prozessen und Systemen. Dies schließt auch die Überprüfung des Risikomanagementsystems mit ein. Der Bereich **Property Analysis & Validation**, der für die Analyse und einheitliche Bewertung der Besicherungsobjekte nach Markt- und Beleihungswertverfahren zuständig ist, ist dem Verantwortungsbereich eines Co-CEOs unterstellt. Zudem wird das Risikomanagement bei juristischen Fragen durch den Bereich Legal unterstützt.

Risikostrategie und -Policies

Die Risikostrategie der pbb basiert auf der Geschäftsstrategie, der Risikoinventur und den Ergebnissen des konzernweiten Finanzplanungsprozesses. Sie gilt für die Geschäftssegmente und rechtlichen Einheiten der pbb. Die Risikostrategie wurde im Februar 2014 überarbeitet, durch den Vorstand der pbb verabschiedet und dem Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss des Aufsichtsrates der pbb sowie danach dem Aufsichtsratsplenium zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Die Risikostrategie spiegelt die strategische Ausrichtung der pbb als Spezialist für Immobilienfinanzierung und öffentliche Investitionsfinanzierung in Deutschland und ausgewählten Ländern in Europa mit pfandbrieforientierter Refinanzierung wider. Sie wird mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls aktualisiert.

Die Operationalisierung der Risikostrategie erfolgt über Risiko-Policies für die einzelnen Geschäftssegmente sowie für alle wesentlichen Risikoarten (Adress-, Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts-, Immobilien- und operationelles Risiko). Darin werden die Risikomessung, -überwachung und das -management, der Limitierungsprozess sowie der Eskalationsprozess im Falle einer Limitüberschreitung beschrieben. Die Policies werden regelmäßig überprüft und gegebenenfalls aktualisiert.

Risikoberichtswesen

Das Risikoberichtswesen orientiert sich an der Struktur der Geschäftssegmente. Der Vorstand der pbb erhält regelmäßig Risikoberichte, die einen umfassenden Überblick sowie detaillierte Informationen über die Risikosituation pro Risikoart und Gesellschaft sowie weitere steuerungsrelevante Informationen enthalten. Die Aufsichtsgremien werden ebenfalls in regelmäßigen Abständen über risikorelevante Themen informiert. Darüber hinaus werden anlassbezogen bzw. auf Wunsch des Vorstands oder Aufsichtsrats Spezialberichte erstellt, die auf spezifische und akute Risikoschwerpunkte eingehen, so z.B. bezogen auf kritische Märkte, Produkte oder Kontrahenten.

Risikoquantifizierung, Risikosteuerung und -management

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse werden die Adress-, Markt-, Geschäfts-, Immobilien- und operationellen Risiken quantifiziert, zu einem Gesamtrisiko aggregiert und mit der dem Risikotragfähigkeitsansatz entsprechenden Deckungsmasse verglichen. Das Liquiditätsrisiko wird anhand der Liquiditätsposition quantifiziert. Die einzelnen Berechnungsmethoden sind ausführlich im Risikobericht in den Kapiteln „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ bzw. „Liquiditätsrisiko“ beschrieben.

Weitere im Rahmen der regelmäßigen internen Risikoinventur als wesentlich erachtete Risikoarten wie regulatorische Risiken sowie die als immateriell erachtete Risiken werden nicht mit Hilfe von Risikomodellen quantifiziert. Diese als wesentlich erachteten Risiken werden über regelmäßige detaillierte Berichte und klare Vorgaben, wie z.B. die Vorschriften zu Compliance und zur Corporate Governance, gesteuert und begrenzt.

Risikosteuerung und -management erfolgen für die pbb auf Portfolio- und Einzelgeschäftsebene durch:

1. Überwachung der Risikotragfähigkeit der pbb auf Basis des Vergleichs zwischen ökonomischem Kapital und der dem Tragfähigkeitsansatz entsprechenden Risikodeckungsmasse. Des Weiteren wird eine Feinsteuerung der Risikotragfähigkeit durch ein Limitsystem auf dem Risikodeckungspotenzial und dem ökonomischen Kapital auf verschiedenen Risikoarten respektive Segmenten gewährleistet.
2. Überwachung und Analyse der Risikoaktiva (RWA) der pbb auf Portfolioebene unter anderem mit Hilfe von Stresstests, die gewährleisten sollen, dass die CET1-Quote nicht unter 9 % sinkt.
3. Operative Risikosteuerung über
 - den Einsatz regulatorischer Risikoparameter im Kreditgeschäft der pbb. Dieser Steuerungsansatz zeigt den durchschnittlich zu erwartenden Verlust auf Kreditnehmerebene und ist daher ein

wichtiger Baustein in der Risikofrüherkennung und der laufenden Profitabilitätsüberwachung. Die Parameter werden jährlich überprüft und recalibriert.

- ein Limitsystem für Kontrahenten- und Emittentenrisiken auf Basis einer markterprobten Standardapplikation mit bankweit einheitlicher Risikomessmethodik
- intensive Überwachung und Management von Einzeladressen
- Überprüfung der Verlustgefahr durch entsprechende Impairment Trigger.

4. Tägliche Überwachung des Marktrisikos

5. Tägliche Überwachung des Liquiditätsrisikos

6. Überwachung des operationellen Risikos

Ökonomisches Kapital und Überwachung der Risikotragfähigkeit

Kreditinstitute sind gemäß § 25a Abs. 1 KWG verpflichtet, angemessene und wirksame Verfahren einzurichten, um ihre Risikotragfähigkeit zu ermitteln und nachhaltig sicherzustellen. Sie ergänzen die in der CRR, CRD IV festgelegten aufsichtlichen Verfahren. Die institutseigene Risikotragfähigkeitsrechnung ist Gegenstand aufsichtlicher Prüfungen („Supervisory Review and Evaluation Process“, SREP).

Die pbb hat eine auf dem internen Kapitaladäquanzverfahren (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP) basierende Risikotragfähigkeitsanalyse etabliert. Die Prüfung der internen Kapitaladäquanz stützt sich auf das Konzept des ökonomischen Kapitals.

Das ökonomische Kapital wird definiert als die Menge an Kapital, die eine Bank benötigt, um mit einer definierten Wahrscheinlichkeit (dem Konfidenzniveau) über einen Zeithorizont von einem Jahr den größten, potenziellen Gesamtverlust aufzufangen. Hier erfolgte im ersten Halbjahr 2014 eine Weiterentwicklung bezüglich der Methodik zur Quantifizierung des Adressausfallrisikos für unterjährige Geschäfte. Im zweiten Halbjahr wurde eine Anpassung im Marktrisikomodell durchgeführt zur besseren Abbildung von Credit Spread Risiken.

Die Risikoinventur hat neben den klassischen Risikoarten - Markt-, Adress-, Geschäfts- und operationelle Risiken - das Immobilienrisiko als materiell und quantifizierbar identifiziert, so dass fünf eigenständige Risikoarten in den ICAAP aufgenommen und kapitalisiert werden. Insbesondere innerhalb des Adressrisikos wurden im zweiten Quartal zusätzliche Risiken aus den unerwarteten Verlusten von bereits ausgefallenen Engagements und aus Prolongationen von bestehenden Geschäften in die Risikobetrachtung aufgenommen und über zusätzliche Puffer mit Kapital unterlegt.

Zum Nachweis der Risikotragfähigkeit verwendet die pbb zunächst einen so genannten Going-Concern-Ansatz als primärer Steuerungskreis. Dieser Steuerungskreis stellt explizit auf eine Geschäftsfortführung unter Einhaltung der aufsichtsrechtlich geforderten Mindestkapitalquoten ab und stellt damit sicher, dass die pbb selbst nach Eintreten eines adversen ökonomischen Szenarios und der damit verbundenen Verluste die geforderten Mindestkapitalquoten einhält. Der Schweregrad dieses Szenarios wird dadurch reflektiert, dass der Berechnung des ökonomischen Kapitals ein Konfidenzniveau von 95% zugrunde liegt. Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit im Going-Concern-Ansatz hat der pbb Konzern ein umfangreiches Frühwarnsystem implementiert, welches bereits frühzeitig vor Erreichen der Mindestquoten entsprechende Frühwarnsignale zeigt.

Neben dem oben genannten Going-Concern-Ansatz hat die pbb auch einen Gone-Concern-Ansatz als weiteren Steuerungskreis implementiert. Der Gone-Concern-Ansatz hat zum Ziel, in einem hypothetischen Liquidationsszenario und nach Eintritt extremer Verluste, den Schutz der vorrangigen Gläubiger sicherzustellen. Bei der Ausgestaltung der Gone-Concern-Perspektive wird in Übereinstimmung mit den aufsichtlichen Anforderungen an Risikotragfähigkeitsansätze neben den oben genannten wesentlichen Risiken zusätzlich noch das Credit-Spread Risiko aus Wertpapieren im Anlagebuch bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals berücksichtigt, beziehungsweise werden die stillen Lasten aus diesen

Wertpapieren bei der Bestimmung der Risikodeckungsmasse in Abzug gebracht. Bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals im Gone-Concern-Ansatz wird ein Konfidenzniveau von 99,91% zugrunde gelegt.

Im Jahr 2013 berichtete die pbb noch einen zweiten Gone-Concern-Ansatz, den sogenannten strategischen Gone-Concern-Ansatz, der auf die Steuerung des strategischen Portfolios abzielte. Durch die in 2014 erfolgte Allokation sämtlicher auf Abbau gestellten Engagements in das Segment »Value Portfolio«, lässt sich eine fokussierte Steuerung des strategischen Portfolios sowie des Abbauportfolios nun durch die Segmentsteuerung innerhalb des oben beschriebenen bankweiten Gone-Concern-Ansatzes durchführen. Aus diesem Grund wurde der strategische Gone-Concern-Ansatz nicht weiter als Steuerungskreis fortgeführt.

Die Berechnungsmethoden des ökonomischen Kapitals für die einzelnen Risikoarten sowie aktuelle Kennziffern sind im Kapitel »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse« näher erläutert. Für das Liquiditätsrisiko wird kein ökonomisches Kapital berechnet. Diese Risikoart ist Gegenstand eines eigenständigen Steuerungsansatzes und wird dort limitiert.

Zur Würdigung der Angemessenheit der Kapitalausstattung der pbb wird in den jeweiligen Steuerungskreisen die Höhe des ökonomischen Kapitals der entsprechenden Risikodeckungsmasse gegenübergestellt. In der führenden Going-Concern Perspektive beispielsweise besteht die verfügbare Risikodeckungsmasse im Wesentlichen aus dem über einen Zeitraum von mindestens einem Jahr verfügbaren CET1 abzüglich des Kapitals, das zur Erfüllung der aufsichtsrechtlich geforderten Mindestquoten unter Berücksichtigung adverser RWA Entwicklungen vorgehalten werden muss. Das verbleibende CET1 ist dazu geeignet, mögliche Verluste zu absorbieren und einen entsprechenden Risikopuffer aufrechtzuerhalten. In dem Gone-Concern Ansatz werden zur Bestimmung der Deckungsmasse neben dem Eigenkapital noch Nachträge mit einer Laufzeit von über einem Jahr berücksichtigt, jedoch die stillen Lasten aus Wertpapieren des Anlagebuches in Abzug gebracht. Zum Nachweis der Risikotragfähigkeit muss das ökonomische Kapital vollständig von der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse abgedeckt sein.

Dem Gesamtvorstand und dem Risk Committee werden die Ergebnisse der Risikotragfähigkeitsanalyse und der Stresstests regelmäßig vorgestellt. Die Ergebnisse werden dort diskutiert und es werden gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen festgelegt.

Risikoarten

Die pbb unterscheidet für die Geschäftsaktivitäten folgende wesentliche Risikoarten:

- Adressrisiko
- Marktrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Operationelles Risiko (einschließlich Rechtsrisiko)
- Geschäftsrisiko (teilweise Betrachtung im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse)
- Immobilienrisiko

Wesentliche Risikoarten der pbb, die nicht quantifiziert, jedoch über geeignete Berichte, Vorgaben und Policies begrenzt werden, sind:

- Strategische Risiken
- Regulatorische Risiken

Adressrisiko

Definitionen

Das Adressrisiko im Allgemeinen bezeichnet das Risiko eines unerwarteten Ausfalls oder Rückgangs des Fair-Value-Wertes einer Forderung oder eines Derivats, resultierend aus der Verschlechterung der Absicherungssituation bzw. der Verschlechterung der Bonität eines Landes oder eines Kontrahenten.

Das Adressrisiko umfasst das Kredit-, Kontrahenten-, Emittenten-, Länder-, Konzentrations-, Erfüllungs- und Mieterrisiko, die in der Risikostrategie der pbb wie folgt definiert sind:

- Kreditrisiko bezeichnet das Risiko, welches Kredite und traditionelle Kreditprodukte als solche berücksichtigt. Es bezieht sich insbesondere auf die Fähigkeit des Kreditnehmers seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen wie auch auf den Wert von Sicherheiten bei Ausfall eines Kreditnehmers. Rückgänge des Fair-Value-Wertes wegen Ratingveränderungen werden bei der Berechnung des Kreditrisikos berücksichtigt.
- Kontrahentenrisiko ist das Risiko aufgrund eines drohenden unerwarteten Ausfalls oder Rückgangs des Fair-Value-Wertes eines Anspruchs oder eines Derivates. Auslöser dafür sind eine Verschlechterung der Bonität eines Kontrahenten oder eine Verschlechterung der Absicherung. Das Kontrahentenrisiko schließt das Wiedereindeckungs- und das Rückzahlungsrisiko ein.
- Emittentenrisiko ist das Risiko, das Anleihen und andere Wertpapiere berücksichtigt. Insbesondere bezieht es sich auf die Fähigkeit des Emittenten, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, wie auch auf den Wert von Sicherheiten bei Ausfall eines Emittenten. Rückgänge des Fair-Values wegen Ratingveränderungen werden bei der Berechnung des Emittentenrisikos berücksichtigt.
- Länderrisiken entstehen aus den Wertveränderungen von Auslandsengagements aufgrund von länderspezifischen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen. Im Wesentlichen handelt es sich um das Risiko, das bei Geschäftsaktivitäten in bestimmten Ländern entsteht. Das Länderrisiko schließt das Konvertierungs-, Transfer- und Staatsausfallrisiko ein.
- Konzentrationsrisiko bezeichnet das Risiko von Klumpenbildung in Bezug auf einen Risikofaktor oder Kontrahenten bzw. auf eine stark korrelierte Gruppe von Risikofaktoren oder Kontrahenten.
- Erfüllungsrisiko ist das Risiko, dass die Bank eine Zahlung leistet bzw. einen verkauften Vermögenswert an einen Kontrahenten liefert, aber eine Zahlungsanforderung bzw. den gekauften Vermögenswert nicht erhält.
- Mieterrisiko bezeichnet zum einen das Risiko, das durch eventuell ausfallende Mieteinnahmen bei Objekten die Kapitaldienstfähigkeit der jeweiligen Kreditnehmer negativ beeinflusst wird. Außerdem ist das sekundäre Konzentrationsrisiko (Mieterklumpenrisiko) enthalten, welches dadurch entsteht, dass ein und derselbe Mieter in mehreren von der Bank finanzierten Objekten involviert ist.

Adressrisikostrategie und -grundsätze

Die pbb hat ihr gesamtes Kreditportfolio in die Segmente Real Estate Finance (REF), Public Investment Finance (PIF), Value Portfolio (VP) und in »Consolidation & Adjustments« aufgeteilt. Dabei entfällt das strategische Geschäft auf die Immobilienfinanzierung (REF) und die Öffentliche Investitionsfinanzierung (PIF). Die Risikostrategie der pbb spiegelt diese Struktur ebenfalls wider.

Das Neugeschäft im Segment REF fokussiert sich weitestgehend auf pfandbrieffähige gewerbliche Immobilienfinanzierungen mit nachhaltigem Cashflow innerhalb ausgewählter Länder Europas. Zielkunden sind hauptsächlich professionelle Investoren, institutionelle Kunden, Real Estate Funds oder selektiv Bauträger/Developer.

Im Segment PIF beschränkt sich das Neugeschäft auf pfandbrieffähige Öffentliche Investitionsfinanzierungen in ausgewählten Ländern Europas.

Die Refinanzierung des Neugeschäfts soll möglichst fristenkongruent erfolgen und größtenteils über Pfandbriefemissionen dargestellt werden.

Adressrisikoberichte

Das Berichtswesen der pbb zu Adressrisiken enthält folgende wesentliche Komponenten:

- Der **HRE Group Risk Report** beinhaltet neben der Volumenentwicklung relevante Kreditrisikosteuerungskennzahlen wie die Entwicklung des Erwarteten Verlustes sowie des unerwarteten Verlustes über den Value-at-Risk. Der Bericht zeigt sowohl auf HRE Konzern- wie auch auf pbb-Ebene das Kreditrisiko im Kontext des Gesamtbankrisikos und der Risikotragfähigkeit auf, berichtet Limitauslastungen und -überschreitungen und zeigt Risikokonzentrationen auf. Wesentliche Kennzahlen wie die Entwicklung des Exposure at Default (EaD), des Expected Loss (EL), des Credit-Value at Risk (Credit-VaR) sowie der Problem-Kredite sind in diesem Bericht integriert und werden im Vorstand diskutiert. Der Bericht wird darüber hinaus dem Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss des Aufsichtsrates zur Kenntnis gebracht.
- Für Entscheidungen zum Neugeschäft beziehungsweise zu Konditionenanpassungen werden wesentliche Kennzahlen, Inhalte und Analysen im Credit Committee vorgestellt und erörtert.
- Im laufenden Geschäft unterstützen weitere regelmäßige Berichte das operative Management bei der Steuerung bzw. rechtzeitigen Erkennung von Risiken auf Subportfolioebene.
- Auffällige Entwicklungen, die eine wesentliche Verschlechterung der Risikolage eines Einzelengagements bewirken können, werden über sogenannte »Credit Issue Notes« an einen weiter gefassten Kreis bis an den CRO berichtet.

Adressrisikoquantifizierung über das ökonomische Kapital sowie der Risikoaktiva nach Capital Requirements Regulation (CRR)

Kreditportfoliomodell Die pbb setzt für die Berechnung des ökonomischen Adressrisikokapitals (Adressrisiko-Value-at-Risk) ein Kreditportfoliomodell ein, das im Kapitel »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse« näher beschrieben ist.

Stresstests Die Stresstests zum ökonomischen Kapital im Adressrisiko sind im Kapitel »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse« näher erörtert.

In Ergänzung zu den Stresstests des ökonomischen Kapitals existieren RWA-Reverse-Stresstests, die untersuchen, um wie viel sich ein bestimmter Risikoparameter (wie z.B. Rating, LGD, Währung) verändern kann, bevor die Mindestquote an hartem Kernkapital (CET1) von 9 % nicht mehr eingehalten wird. Für alle getesteten Risikoparameter wurden Toleranzveränderungsniveaus definiert, die für ein Bestehen der Tests der pbb nicht verletzt werden dürfen.

Adressrisikoquantifizierung nach CRR Die Basel III-Rahmenvereinbarung des Baseler Ausschusses wurde im europäischen Kontext durch die Capital Requirements Regulation (CRR) umgesetzt. Die pbb hat die aufsichtliche Genehmigung erhalten, den sogenannten Advanced Internal Rating based Approach (Advanced-IRBA) für die Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung anzuwenden.

Adressrisikosteuerung, -management und -überwachung

Adressrisikosteuerung Auf Portfolioebene wird die angestrebte Portfoliostruktur mittels Strukturkomponenten in der Risikostrategie festgelegt. Die Limite orientieren sich auch an der verfügbaren Risikodeckungsmasse und beinhalten beispielsweise für die pbb:

- Limitierung von Länderrisiken
- Festlegung strategischer Risikoparameter (z.B. Regionen, Finanzierungsdauer)

Kernelemente für die Überwachung der Einhaltung der festgelegten Limite und der angestrebten Risiko- und Ertragsparameter auf Portfolio- und Einzelgeschäftsebene sind folgende Berichte und Maßnahmen:

- Analyse von Portfolioentwicklungen des HRE Konzerns und somit auch die der pbb im Group Risk Committee.
- Ermittlung des Adressrisiko-VaR auf Portfolioebene über ein Kreditportfoliomodell und Limitierung zum Teil auf Segmentebene; Analyse von Konzentrationsrisiken und verschiedenen Stresstests
- Zentrale, konzernweite Überwachung von Risikokonzentrationen durch spezielle, regelmäßige und anlassbezogene Auswertungen, beispielsweise regionaler oder produktspezifischer Art
- Kontinuierliche Analyse des Portfolios und der relevanten Märkte durch die lokalen Credit-Risk-Management-Einheiten
- Regelmäßige Bewertung der Kreditsicherheiten
- Spezialberichte potenziell gefährdeter Kreditengagements (z.B. Credit Issue Notes)
- Ermittlung einer risikoadjustierten Marge anhand eines vorgegebenen RaRoC im Neugeschäft

Die Kreditkompetenzen legen zudem, abhängig von Kontrahentengruppe und Expected-Loss-Klasse, die Entscheidungskompetenzen der einzelnen Credit Risk Manager für Prolongationen im Bestandsgeschäft fest.

Adressrisikomanagement und -überwachung Auf Einzelgeschäftsebene bestimmen die Richtlinien zu Kreditprozessen die notwendigen Schritte der Risikoprüfung bei Neugeschäft und Prolongationen sowie bei der Übergabe in die Intensivbetreuung bzw. Abwicklung.

Nachfolgend werden Kernprozesse des Adressrisikomanagements und der -überwachung sowie der hierbei involvierten Bereiche der CRO-Funktion beschrieben:

Die CRM-Einheiten führen die erstmalige bzw. jährlich wiederkehrende Risikoanalyse beim Neu- und Bestandsgeschäft durch. Für die Bewertung und die Vorbereitung der Kreditentscheidung im Neu- und Prolongationsgeschäft kommen PD und LGD Rating Tools zum Einsatz, die von Credit Risk im Bereich Risk Management & Control (RMC) entwickelt sowie jährlich validiert und kalibriert werden. Bei der Analyse und Bewertung der Sicherheiten unterstützt der Bereich Property Analysis & Valuation (PAV).

Der Bereich ist – gegebenenfalls zusammen mit externen Rechtsanwälten/Kanzleien – verantwortlich für die Vertrags- und Sicherheitengestaltung.

Definierte Frühwarnindikatoren werden vom CRM fortlaufend überwacht. Bei Auffälligkeiten wird eine außerordentliche Überprüfung des Adressausfallrisikos (einschließlich Sicherheitenwertüberprüfung) durchgeführt, und es werden entsprechende Handlungsalternativen aufgezeigt. Ferner werden die Fälle in einen monatlichen Überwachungsturnus aufgenommen und im Group Watchlist Komitee präsentiert.

Bei Vorliegen eines objektiven Hinweises für eine Wertminderung wird die Höhe der Wertminderung ermittelt. Im Group Risk Provisioning Committee (siehe auch Übersicht zu Organisation und Komitees)

werden die Ergebnisse diskutiert, und es wird gegebenenfalls über die Bildung bzw. Auflösung von Wertberichtigungen entschieden.

Für kritische beziehungsweise wertberichtigte Engagements wird ein Restrukturierungsplan beziehungsweise ein Abwicklungsplan erarbeitet. In die Entscheidung zur Restrukturierung oder Abwicklung gehen Szenarioanalysen zur potenziellen Entwicklung des Kreditnehmers, der Sicherheit bzw. des relevanten Marktes ein. Diese werden im Group Credit Committee präsentiert und gegebenenfalls genehmigt.

Sowohl kritische Engagements (Watchlist) als auch Fälle der Restrukturierung und der Abwicklung (Problemkredite) werden auf komprimierter Basis monatlich im Group Risk Report und im Group Risk Committee sowie auf Anfrage in Spezialanalysen an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet.

Risikoabsicherung und -minderung durch Kreditsicherheiten

Im Segment REF sind die Finanzierungen in der Regel durch Grundpfandrechte abgesichert. Anlässlich der regelmäßigen Kreditberichte für bereits bestehende Finanzierungen bzw. im Rahmen der Entscheidungsfindung bei Neufinanzierungen werden die Beleihungsausläufe, die Objekt- (Mikro- und Makrolage, Vermietungssituation, Gebäudezustand) und Marktgegebenheiten regelmäßig erörtert und bei der Einzelkreditbeurteilung mit berücksichtigt. Die Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, LGD) liegt für die nicht ausgefallenen gewerblichen Immobilienfinanzierungen im Durchschnitt bei 13 % (Dezember 2013: 15 %). Für das gesamte Real Estate Finance Portfolio liegt der LGD-Durchschnitt bei 15 % (Dezember 2013: 16 %). Diese Verbesserungen in den durchschnittlichen Parameterwerten sind unter anderem auf Verbesserungen auf Einzeltransaktionsbasis (laufende Tilgungen, größere Teilrückzahlungen) sowie den Abbau des Problemkreditvolumen, das tendenziell einen höheren LGD als das Performing Portfolio besitzt, zurückzuführen. Neben den Grundpfandrechten umfassen die Finanzierungssicherheiten im Geschäftsbereich Real Estate Finance in der Regel auch Mietzessionen und die Abtretung von Versicherungsleistungen (in der jeweiligen Ausprägung der verschiedenen Jurisdiktionen), flankiert durch umfangreiche Informations- und Konsultationsverpflichtungen der Kreditnehmer. Es werden neben den Grundpfandrechten nur wenige weitere ausgewählte Sicherheiten als werthaltig in der Kreditbeurteilung berücksichtigt, insbesondere Barsicherheiten, Bankbürgschaften sowie Garantien öffentlicher Institutionen. Bei Sicherheiten in Fremdwährung werden entsprechende Abschläge vorgenommen, um eventuelle Wechselkursrisiken zu berücksichtigen.

Die Bewertung der Immobilien im Real-Estate-Finance-Bereich erfolgt unter folgenden Qualitätsgesichtspunkten:

a) Im Rahmen der Erstkreditgewährung:

- Für alle Immobiliensicherheiten wird im Zuge der Kreditentscheidung ein interner Bericht (Property Report) erstellt und zusätzlich im Regelfall (im Ausland immer) - bis zur Auszahlung - ein externes Gutachten eingeholt. Damit ist es möglich, dass bei der Entscheidung zwei Sichtweisen zum Objekt berücksichtigt werden können: zum einen extern und allein auf das Objekt fokussiert (als vollständiges Markt- und Beleihungswertgutachten) und zum anderen intern vor dem Hintergrund der Finanzierung und dem Abgleich der Objektrisiken mit der Finanzierungsstruktur.
- Alle intern erstellten Berichte und Gutachten folgen dem Vier-Augen-Prinzip. Mindestens ein Senior Property Analyst mit der Qualifikation MRICS (geprüftes Mitglied, das der Überwachung des internationalen Verbandes Royal Institution of Chartered Surveyors unterliegt) und/oder HypZert (Zertifizierung als Gutachter der Zertifizierungsgesellschaft für Bewertungen der Finanzwirtschaft) ist für den Bericht oder das Gutachten verantwortlich.
- Jeder Markt- und Beleihungswert wird durch einen Senior Property Analyst mit der Qualifikation HypZert(F), der Zertifizierung als Gutachter für finanzwirtschaftliche Zwecke oder im Ausland HypZert (MLV), der Zertifizierung als Gutachter für finanzwirtschaftliche Zwecke im Ausland, ermittelt oder zumindest geprüft (bei externen Gutachten).

- Bei der Beauftragung von externen Gutachten werden auch dort als Mindeststandard die Qualifikationen MRICS und/oder HypZert vorausgesetzt. Andere Gutachten oder Stellungnahmen finden keine Anerkennung.
- Zusätzlich unterliegt die Auswahl externer Dienstleister im Bereich der Immobilienbewertung strengen Kriterien, die ständig durch die Bank überwacht und jährlich nachweislich geprüft werden.
- Jedes extern beauftragte Gutachten, das grundsätzlich im Vieraugenprinzip zu erstellen ist, wird vor Hinterlegung der Daten in die bankinternen Systeme durch einen internen Senior Gutachter mit oben schon genannter Qualifikation nochmals geprüft.

b) Im Rahmen der laufenden Überwachung durch den Bereich Property Analysis:

- Im Rahmen des Kreditmonitorings wird die wirtschaftliche Werthaltigkeit der Sicherheiten in der Regel jährlich überprüft dies schließt eine Prüfung der Haupteinflussfaktoren auf den Immobilienwert mit ein (Mieteinnahmen, Marktveränderungen, Veränderungen im Bauzustand). In Deutschland erfolgt die Erstprüfung durch CRM. Für dieses Monitoring stehen ein standardisierter Fragenkatalog für die individuellen Objektveränderungen, indizierte Marktwerte, basierend auf Zeitreihen um Marktveränderungen zu erkennen und ein Marktschwankungsmodell, zur Verfügung, aus dem sich zusätzliche Hinweise auf Veränderungen der regionalen Immobilienmärkte ergeben. Sollten sich aus dieser Erstprüfung Hinweise auf eine zu erwartende Änderung des Marktwertes ergeben, wird die Prüfung in einer zweiten Stufe detaillierter durch einen Mitarbeiter von PAV vorgenommen. In allen anderen europäischen Ländern erfolgt das Monitoring jährlich gleich durch den Bereich PAV in der Qualität der zweiten Monitoringstufe. Der Property Analyst prüft hierbei anhand aktueller Unterlagen die individuellen Objekteigenschaften und berücksichtigt in der Prüfung die Marktveränderungen seit der letzten Marktwertermittlung. Wenn erforderlich erfolgt auch eine Besichtigung. Das Ergebnis dieser zweiten Stufe der Überprüfung ist dann die Bestätigung des bisherigen Marktwertes. Sollten sich Hinweise ergeben, dass die verschiedenen Einflussfaktoren eine Marktwertveränderung erwarten lassen, dann wird sofort eine Neubewertung veranlasst. Mindestens alle drei Jahre erfolgt für Objekte mit einem Marktwert größer 5 Mio. € und Darlehen größer 3 Mio. € standardmäßig eine neue Marktwertermittlung. Abweichungen in den Werten oder den Sicherheiten werden in den Banksystemen zur Risikobeurteilung berücksichtigt.
- Bei der dreijährlichen Marktwertermittlung werden die gleichen Qualitätsstandards zugrunde gelegt wie im Neugeschäftsprozess. Auch hier gelten als Mindestqualifikation MRICS und/oder HypZert für die Erstellung von Gutachten oder Stellungnahmen.

c) Allgemein:

- Die Sicherstellung der persönlichen Qualitätsstandards für die Property Analysten oder beauftragten externen Gutachter gemäß der aktuell geltenden Regelungen (HypZert/MRICS) erfolgt unabhängig von der Bank bei den jeweiligen Überwachungsstellen und sind international anerkannt. Ein entsprechender Nachweis wird durch die Bank geprüft.
- Der Beauftragungsprozess von externen Dienstleitungen ist vom eigentlichen Bewertungsmanagementprozess entkoppelt, um ein größtmögliches Maß an Unabhängigkeit zu gewährleisten. Extern erstellte Gutachten oder Stellungnahmen, bei denen der Verdacht besteht, dass der Ersteller befangen ist, finden keinerlei Anerkennung und werden auch bei der weiteren Erstellung eines Gutachtens für bankinterne Zwecke nicht berücksichtigt.
- Externe Gutachten werden intern überprüft und qualitätsgesichert.
- Development-Finanzierungen werden laufend von unseren Spezialisten begleitet (Bautenstands- und Kostenkontrolle). Bei komplexen Development-Finanzierungen werden anlassbezogen außerdem renommierte externe Spezialfirmen in das Baucontrolling (technische Kontrolle, Kostenkontrolle) mit eingebunden.

Im Bereich PIF dienen meist Garantien als Absicherung (zum Beispiel vertragliche Garantien/Bürgschaften von öffentlichen Stellen, Exportkreditgarantien usw.). Zudem bestehen im Bereich der Öffentlichen Investitionsfinanzierung gesetzliche Rahmenbedingungen wie zum Beispiel die Anstaltslast, die einen Rückgriff auf eine öffentliche Stelle ermöglichen.

Im Bereich Treasury werden Einlagen und Wertpapiere als Sicherheit beim Handel mit anderen Banken zur Verfügung gestellt beziehungsweise hereingenommen. Die Besicherung erfolgt auf Basis von Standardverträgen, die im Einzelfall gegebenenfalls abgeändert bzw. einer individuellen Überprüfung durch die Rechtsabteilung unterzogen werden.

Kreditportfolio

Der gesamte Forderungsbestand der pbb wird einheitlich nach dem Exposure at Default (EaD) ermittelt.

Der EaD berücksichtigt neben der aktuellen Inanspruchnahme noch die anteiligen Kreditzinsen, mit denen ein Kreditnehmer bis zur Feststellung eines Kreditausfalls (maximal 90-Tage-Verzug) in Verzug geraten kann, sowie diejenigen Kreditzusagen, die ein Kreditnehmer trotz einer wesentlichen Bonitätsverschlechterung zukünftig noch ausnutzen kann. Bei Derivaten ergibt sich der EaD als Summe aus aktuellem Marktwert und dem aufsichtsrechtlich vorgegebenen Add-on, der einen Puffer für zukünftige potenzielle Erhöhungen des Marktwertes darstellt.

Der konzernweite EaD des Kreditportfolios betrug zum 31. Dezember 2014 65,6 Mrd. € (31. Dezember 2013 69,4 Mrd. €)¹⁾. Darin enthalten waren nicht als Kernexposure der pbb betrachtete Vermögensgegenstände mit einem EaD von 0,3 Mrd. € (EaD 31. Dezember 2013: 0,6 Mrd. €)²⁾, die für eine Übertragung auf die FMS Wertmanagement selektiert wurden, jedoch aufgrund verschiedener unter anderem steuerrechtlicher Gründe nicht auf dem ursprünglich vorgesehenem Weg übertragen werden konnte. In 2010 wurde das Adressrisiko dieser Vermögensgegenstände mittels von der FMS Wertmanagement gestellter Garantien übertragen, sodass für die pbb im Zusammenhang mit diesen Positionen letztlich ein Kontrahentenrisiko gegenüber der FMS Wertmanagement verblieb.

Um das tatsächliche wirtschaftliche Risiko in der pbb adäquat abzubilden, werden die oben aufgeführten, von der FMS Wertmanagement garantierten Positionen in den nachfolgenden Übersichten zur Portfolioentwicklung und -struktur lediglich nachrichtlich im Rahmen von Fußnoten dargestellt.

Der unter Berücksichtigung oben genannter Abgrenzungen ermittelte EaD für das Gesamtexposure der pbb belief sich zum 31. Dezember 2013 auf 65,3 Mrd. € (31. Dezember 2013: 68,8 Mrd. €)³⁾.

Überblick über das Gesamtexposure der pbb: 65,3 Mrd. € EaD Das Kreditportfolio ist in die Geschäftssegmente

- Real Estate Finance (REF)
- Public Investment Finance (PIF)
- und in das nicht-strategische, zum Abbau bestimmte Segment Value Portfolio (VP) aufgeteilt.

¹⁾ Bei der im Text angeführten Zahl handelt es sich um einen pro forma gerechneten Basel-III-Wert. Der korrespondierende Basel-II-EaD zum 31. Dezember 2013 betrug 67,5 Mrd. €.

²⁾ Die im Text angeführte Vorjahresvergleichszahl reflektiert sowohl den nach Basel II berechneten als auch den pro forma gerechneten Basel-III-Wert.

³⁾ Bei der im Text angeführten Zahl handelt es sich um einen pro forma gerechneten Basel-III-Wert. Der korrespondierende Basel-II-EaD zum 31. Dezember 2013 betrug 66,9 Mrd. €.

Daneben wird in »Consolidation & Adjustments« außer den internen Abstimmungs- und Konsolidierungspositionen noch der EaD für Geschäfte ausgewiesen, welche nicht unmittelbar den operativen Segmenten zuzurechnen sind. Hierbei handelt es sich grundsätzlich um Vermögenspositionen für die Aktiv- und Passivsteuerung.

Anfang 2014 wurde eine Resegmentierung des bisherigen Segments Public Sector Finance vorgenommen. Das strategische Public Investment Finance wird nun als eigenständiges Segment geführt, während das nicht-strategische Bestandsportfolio an nicht zweckgebundenen Finanzierungen an die öffentliche Hand (Budgetfinanzierungen) aus Public Sector Finance dem Segment Value Portfolio zugeschlüsselt wurde. Das Segment Real Estate Finance und auch Consolidation & Adjustments blieben von der Resegmentierung unberührt. Eine genaue Erläuterung der Resegmentierung findet sich bei den individuellen Segmentbeschreibungen.

Eine weitere Veränderung der Werte im Vergleich zum Geschäftsbericht 2013 ist auf die Implementierung von Basel III und der Umstellung des regulatorischen Meldewesens auf IFRS Anfang 2014 zurückzuführen. Aufgrund der damit einhergehenden Effekte hat sich der EaD zum Stichtag 31. Dezember 2013 von 66,9 Mrd. € auf 68,8 Mrd. € erhöht. Um eine Vergleichbarkeit der Zahlen zu gewährleisten werden in der letzten Spalte der Tabellen die Werte nach Basel II per 31. Dezember 2013 unter Berücksichtigung der neuen Segmentstruktur informativ angefügt. Die ersten beiden Spalten und die gezeigte Veränderung beziehen sich jeweils auf Basel-III-Werte.

Per 31. Dezember 2014 entfielen 54 % (69%) des EaDs in »Consolidation & Adjustments« auf die Ratingklassen AAA bis AA- sowie 24 % (25%) des EaDs auf die Ratingklassen A+ bis A-. 22% (11%) des EaDs befanden sich in den Ratingklassen BBB+ bis BBB-. Der Anteil des EaDs in den Ratingklassen BB+ und schlechter lag unter 0,05%.

Gesamtexposure: EaD nach Geschäftssegmenten

EaD in Mrd. €	31.12.2014 ¹⁾	31.12.2013 ²⁾³⁾	Veränderung	31.12.2013 ⁴⁾
Real Estate Finance	24.4	22.3	2.1	22.5
Public Investment Finance	9.2	8.4	0.8	8.3
Value Portfolio	24.8	25.0	-0.2	23.7
Consolidation & Adjustments ⁴⁾	6.9	13.0	-6.1	12.4
Insgesamt	65.3	68.8	-3.5	66.9

¹⁾ Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,3 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 0,3 Mrd. € (VP: 0,3 Mrd. €)

²⁾ Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,6 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 0,6 Mrd. € (C&A: 0,01 Mrd. €; VP: 0,6 Mrd. €)

³⁾ Pro-Forma-Wert Basel III

⁴⁾ EaD-Wert Basel II nach Resegmentierung

Das Gesamtexposure (EaD) der pbb reduzierte sich per 31. Dezember 2014 gegenüber dem Jahresende 2013 um 3,5 Mrd. € auf 65,3 Mrd. €. Insgesamt stieg der Anteil des EaDs in den strategischen Segmenten Real Estate Finance (37 %; Vorjahresende: 32 %), und Public Investment Finance (14%; Vorjahresende: 12 %). Der prozentuale Anteil im nicht strategischen Value Portfolio nahm zwar ebenfalls leicht zu (38 %; Vorjahresende: 36 %), verringerte sich jedoch absolut um 0,2 Mrd. €. Der prozentuale Anteil des EaDs in Consolidation & Adjustments sank von 19 % per Jahresende 2013 auf 11% per 31. Dezember 2014.

Risikokennzahlen Erwarteter Verlust Der erwartete Verlust (EL) für einen Zeitraum von einem Jahr wird für das gesamte Exposure außer für Problemkredite, für die bereits eine Einzelwertberichtigung gebucht wurde, ermittelt. Dieser errechnet sich aus den von Basel III vorgegebenen Parametern 1-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), Verlusthöhe im Falle des Ausfalls (LGD) und Exposure at Default (EaD).

Der erwartete Verlust betrug für die pbb 146 Mio. € zum 31. Dezember 2014 (31. Dezember 2013: 171 Mio. €). Der Rückgang des erwarteten Verlusts war in erster Linie auf die Bildung einer Wertberichtigung und die Gesundung je einer größeren Finanzierung des Real Estate Finance Segments

zurückzuführen. Die Ratingverbesserungen der Länder Italien, Portugal und Spanien reduzieren ebenfalls den erwarteten Verlust.

Die Kennzahl verteilte sich wie folgt auf die Segmente:

Verteilung des Erwarteten Verlustes in Mio. €

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013 ¹⁾	Veränderung	31.12.2013 ²⁾
Real Estate Finance	120	137	-17	136
Public Investment Finance	3	4	-1	4
Value Portfolio	22	29	-7	28
Consolidation & Adjustments	1	1	-	1
Insgesamt	146	171	-25	169

¹⁾ Pro-Forma-Wert Basel III

²⁾ EL gemäß Basel II nach Resegmentierung

Grundsätzlich ist anzumerken, dass künftige Veränderungen bspw. der Konjunktur zu Änderungen der o.g. EL-Zahlen führen können. Auch können dadurch die tatsächlich eingetretenen Verluste von den Erwarteten Verlusten abweichen.

Ökonomisches Adressrisikokapital Das ökonomische Kapital für Adressrisiken wird mit Hilfe eines Kreditportfoliomodells berechnet. Es betrug im Going-Concern-Ansatz, also auf einem Konfidenzniveau von 95% und einem Zeithorizont von einem Jahr ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten 219 Mio.€ zum 31. Dezember 2014 (31. Dezember 2013: 237 Mio.€). Details zur Berechnung finden sich im Kapitel »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse«.

Regionale Verteilung des Portfolios Der Schwerpunkt des Exposures der pbb lag zum Berichtsstichtag unverändert auf Westeuropa. Auf Deutschland entfiel mit 42% beziehungsweise 27,3 Mrd.€ weiterhin der Hauptanteil des Gesamtexposures. Die deutliche EaD-Abnahme in Deutschland um 6 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr stand hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Rückgang des Exposures in »Consolidation & Adjustments« gefolgt von fälligen Positionen im Segment Value Portfolio. In den strategischen Segmenten REF und PIF war hingegen ein durch Neugeschäft bedingter Anstieg des auf Deutschland entfallenden EaDs in Höhe von 1 Mrd. € zu verzeichnen. Die größten Positionen in der Kategorie »Andere Europa«, auf die mit 11,3 Mrd.€ rund 17% des Gesamtportfolios entfielen, stellten Österreich mit 7,2 Mrd. € (31. Dezember 2013: 6,5 Mrd.€) und Schweden mit 1,2 Mrd.€ (31. Dezember 2013: 1,2 Mrd. €) dar, gefolgt von Belgien und Finnland mit jeweils 0,5 Mrd. € (Belgien 31. Dezember 2013: 0,5 Mrd. €; Finnland 31. Dezember 2013: 0,4 Mrd. €).

Der Anstieg des Exposures in Frankreich auf 6,1 Mrd.€ im Vergleich zum Jahresende 2013 (31. Dezember 2013: 4,9 Mrd.€) ist hauptsächlich auf Neugeschäft zurückzuführen. In Großbritannien überstieg das Neugeschäftsvolumen die fälligen Positionen und es kam zu einem Nettoanstieg in Höhe von 0,5 Mrd. €. In Spanien erhöhte sich der EaD im Bestandsgeschäft aufgrund von marktwertbedingten Veränderungen des Buchwertes im Zusammenhang mit Hedge Beziehungen. In der Kategorie »Andere«, die fast ausschließlich von Bonds sogenannter supranationaler Organisationen geprägt ist, sorgten insbesondere neue Bondkäufe supranationaler Organisationen für ein Ansteigen des EaD um 0,3 Mrd. € auf 2,0 Mrd. €.

Das absolute Exposure gegenüber Emerging Markets gemäß IWF-Definition blieb im Vergleich zum Vorjahresende konstant und umfasste insbesondere Polen mit 2,2 Mrd.€ (31. Dezember 2013: 2,0 Mrd. €) und Ungarn mit 0,8 Mrd. € (31. Dezember 2013: 0,8 Mrd. €).

Gesamtexposure: Aufteilung nach Regionen

EaD in Mrd. €	31.12.2014 ¹⁾	31.12.2013 ²⁾³⁾	Veränderung	31.12.2013 ⁴⁾
Deutschland	27,4	33,3	-5,9	32,8
Andere Europa ⁵⁾	11,3	10,5	0,8	9,8
Frankreich	6,1	4,9	1,2	5,3
Spanien	5,2	5,1	0,1	4,9
Großbritannien	4,9	4,4	0,5	4,2
Italien	3,4	3,4	-	3,1
Emerging Markets ⁶⁾	3,0	3,0	-	2,9
Andere	2,0	1,7	0,3	1,6
Portugal	1,4	1,4	-	1,4
Japan	0,4	0,4	-	0,4
USA	0,2	0,6	-0,4	0,4
Irland ⁷⁾	0,0	0,1	-0,1	0,1
Insgesamt	65,3	68,8	-3,5	66,9

¹⁾ Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,3 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 0,3 Mrd. €. Die garantierten Positionen verteilten sich auf Deutschland (42 % bzw. 0,1 Mrd. €) und Italien (58 % bzw. 0,2 Mrd. €).

²⁾ Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,6 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 0,6 Mrd. €. Der Anteil ohne garantierte Positionen entfiel zu 100 % auf Deutschland (0,01 Mrd. €). Die garantierten Positionen verteilten sich auf Deutschland (54 % bzw. 0,3 Mrd. €) und Italien (46 % bzw. 0,3 Mrd. €).

³⁾ Pro-Forma-Wert Basel III

⁴⁾ EaD-Wert Basel II nach Resegmentierung

⁵⁾ Enthält u.a. Österreich, Belgien, Schweden, Dänemark, Finnland und die Niederlande

⁶⁾ Emerging Markets gemäß IWF-Definition

⁷⁾ Per 31. Dezember 2014 entfiel auf Irland ein EaD in Höhe von 0,002 Mrd. €

In Abhängigkeit von den Ergebnissen des internen Ratingverfahrens werden jedem einzelnen Land bzw. Ländergruppen maximale Limite in bestimmten Ratingkorridoren zugewiesen, welche die Geschäftsaktivitäten der pbb begrenzen. Sämtliche Länderratings und Länderlimite werden mindestens einmal im Jahr von Risk Management & Control überprüft.

Emittentenrisiko Bei der Aufteilung der EaDs nach Emittentenrisiko werden die im Portfolio befindlichen Bonds, Schuldscheindarlehen und strukturierten Kredite nach Regionen dargestellt. Die Zurechnung erfolgt nach dem Sitzland des Emittenten. Der EaD nach Emittentenrisiko betrug zum 31. Dezember 2014 38,5 Mrd. € und lag damit leicht über dem Vergleichswert zum Jahresende 2013 (38,0 Mrd. €). Der weit überwiegende Teil des Exposures lag in Westeuropa, wobei der Hauptanteil mit 13,5 Mrd. € auf Deutschland entfiel (31. Dezember 2013: 14,8 Mrd. €).

Die größte Position unter »Andere Europa« entfiel mit 7,0 Mrd. € auf Österreich (31. Dezember 2013: 6,4 Mrd. €), gefolgt von Belgien mit 0,5 Mrd. € (31. Dezember 2013: 0,5 Mrd. €).

Der größte Rückgang des Portfolios aus Sicht des Emittentenrisikos nach Regionen ist in Deutschland zu verzeichnen und lässt sich hauptsächlich aufgrund von fälligen Bonds oder der Rückführung von Schuldscheindarlehen erklären (-1,3 Mrd. €). Die Erhöhung des Exposures in Frankreich auf 2,9 Mrd. € im Vergleich zum Jahresende 2013 (31. Dezember 2013: 2,4 Mrd. €) ist hauptsächlich auf Neugeschäft im Segment PIF zurückzuführen. In der Kategorie »Andere«, die fast ausschließlich von Bonds sogenannter supranationaler Organisationen geprägt ist, sorgten insbesondere neue Bondkäufe supranationaler Organisationen für ein Ansteigen des EaD.

Hinsichtlich der Verteilung des Emittentenrisikos auf Segmente lagen zum Jahresende 2014 64% (Dezember 2013: 65%) des EaDs im Segment Value Portfolio, 23% im Segment PIF (Dezember 2013: 21%) und 13% in Consolidation & Adjustments (Dezember 2013: 14%).

Gesamtexposure: Emittentenrisiko nach Regionen

EaD in Mrd. €	31.12.2014 ¹⁾	31.12.2013 ²⁾³⁾	Veränderung	31.12.2013 ⁶⁾
Deutschland	13.5	14.8	-1.3	14.2
Andere Europa ⁴⁾	8.5	7.9	0.6	7.2
Spanien	4.8	4.6	0.2	4.4
Italien	3.3	3.2	0.1	2.9
Frankreich	2.9	2.4	0.5	2.7
Andere	2.0	1.7	0.3	1.6
Portugal	1.4	1.4	0.0	1.4
Emerging Markets ⁵⁾	1.2	1.2	0.0	1.1
Großbritannien	0.6	0.6	0.0	0.3
Japan	0.3	0.3	0.0	0.3
Irland	0.0	0.0	0.0	0.0
Insgesamt	38.5	38.0	0.5	36.0

¹⁾ Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,3 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 0,3 Mrd. €. Die garantierten Positionen verteilen sich auf Deutschland (42 % bzw. 0,1 Mrd. €) und Italien (58 % bzw. 0,2 Mrd. €).

²⁾ Neben dem oben berichteten EaD bestehen zusätzlich 0,3 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement garantierter Positionen in Höhe von 0,3 Mrd. €, die zu 100 % Deutschland zuzuordnen waren

³⁾ Pro-Forma-Wert Basel III

⁴⁾ Enthält u.a. Österreich, Belgien, Schweiz, Schweden, Finnland und die Niederlande

⁵⁾ Emerging Markets gemäß IMF-Definition

⁶⁾ EaD-Wert Basel II nach Resegmentierung

Real Estate Finance: 24,4 Mrd. € EaD Portfolioentwicklung und -struktur Der EaD des Real-Estate-Finance-Portfolios der pbb erhöhte sich gegenüber dem 31. Dezember 2013 um insgesamt 2,1 Mrd. €. Die im Portfolio enthaltenen Kundenderivate beliefen sich zum 31. Dezember 2014 auf 0,5 Mrd. € EaD gegenüber 0,4 Mrd. € EaD zum Jahresende 2013.

Während sich die absoluten Beträge in Frankreich, Deutschland, »Andere Europa« (hier insbesondere Schweden und Slowakei) und Großbritannien im Vergleich zum letzten Berichtsstichtag erhöhten, reduzierte sich der absolute Betrag in Japan, Italien und Spanien. In Emerging Markets gab es keine Veränderung hinsichtlich der Summe des Exposures.

Real Estate Finance: Aufteilung nach Regionen¹⁾

EaD in Mrd. €	31.12.2014 ²⁾	31.12.2013 ³⁾⁴⁾	Veränderung	31.12.2013 ⁹⁾
Deutschland	12,5	12,1	0,4	12,1
Großbritannien	4,2	3,5	0,7	3,6
Andere Europa ⁵⁾	2,7	2,4	0,3	2,4
Frankreich	2,7	1,8	0,9	1,8
Emerging Markets ⁶⁾	1,8	1,8	0,0	1,8
Spanien	0,4	0,5	-0,1	0,5
Italien ⁷⁾	0,0	0,1	-0,1	0,2
Japan	0,1	0,1	0,0	0,1
Portugal ⁸⁾	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	24,4	22,3	2,1	22,5

¹⁾ Im Segment Real Estate Finance bestand kein Exposure gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement.

²⁾ Die Aufteilung beinhaltet Kundenderivate über ca. 0,5 Mrd. €.

³⁾ Die Aufteilung beinhaltet Kundenderivate über ca. 0,4 Mrd. €.

⁴⁾ Pro-Forma-Wert Basel III

⁵⁾ Enthält u.a. Österreich, Schweden, Schweden, Finnland, Norwegen und die Niederlande

⁶⁾ Emerging Markets gemäß IMF-Definition

⁷⁾ Per 31. Dezember 2014 entfiel auf Italien ein EaD in Höhe von 0,02 Mrd. €

⁸⁾ Per 31. Dezember 2014 sowie per 31. Dezember 2013 nach Basel II und Basel III entfiel auf Portugal ein EaD in Höhe von 0,03 Mrd. €

⁹⁾ EaD-Wert Basel III nach Resegmentierung

Die Verteilung des Portfolios nach Objektarten per 31. Dezember 2014 veränderte sich gegenüber dem Jahresende 2013 leicht. Schwerpunkte bildeten die Objektarten »Bürogebäude« mit 7,3 Mrd. € EaD beziehungsweise 30% des gesamten REF-Portfolios (31. Dezember 2013: 7,0 Mrd. € beziehungsweise 31%) und »Einzelhandel« mit 6,7 Mrd. € EaD beziehungsweise 28% des REF-Portfolios (31. Dezember 2013: 6,2 Mrd. € beziehungsweise 28%). Der prozentuale Anteil der Finanzierung wohnwirtschaftlich genutzter Immobilien lag mit 19% leicht unter dem Anteil zum Jahresende 2013 (22%). Nennenswert ist weiterhin der nahezu unveränderte Anteil von 9% (31. Dezember 2013: 8%) der Objektart »Logistik/Lager« am Gesamtportfolio REF sowie die Erhöhung von gemischt genutzten Objekten in der Kategorie »Mixed Use« von 5% per 31. Dezember 2013 auf 6% zum 31. Dezember 2014.

Real Estate Finance: EaD nach Objektarten¹⁾

EaD in Mrd. €	31.12.2014	31.12.2013 ²⁾	Veränderung	31.12.2013 ³⁾
Bürogebäude	7,3	7,0	0,3	7,1
Einzelhandel	6,7	6,2	0,5	6,2
Wohnungsbau	4,7	4,9	-0,2	4,9
Logistik/Lager	2,3	1,7	0,6	1,8
Andere	1,2	0,7	0,5	0,7
Mixed use	1,6	1,4	0,2	1,4
Hotel/Freizeit	0,6	0,4	0,2	0,4
Insgesamt	24,4	22,3	2,1	22,5

¹⁾ Im Segment Real Estate Finance bestand kein Exposure gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement.

²⁾ Pro-Forma-Wert Basel III

³⁾ EaD-Wert Basel II nach Resegmentierung

Das Portfolio war zum Jahresende 2014 mit 89% (31. Dezember 2013: 92%) nach wie vor von Investment-Finanzierungen dominiert; auf risikoreichere Bauprojekte in der Erstellungsphase (Herstellungsfinanzierungen) entfielen nur 8% des EaDs (31. Dezember 2013: 5%). Unter Investment-Finanzierungen wird die Finanzierung von Immobilien zusammengefasst, deren Kapitaldienstfähigkeit im Wesentlichen aus dem laufenden Objekt-Cashflow erfolgt.

Real Estate Finance: EaD nach Darlehensarten¹⁾

EaD in Mrd. €	31.12.2014	31.12.2013 ²⁾	Veränderung	31.12.2013 ³⁾
Investment-Finanzierungen	21,8	20,5	1,3	20,7
Herstellungsfinanzierungen	2,0	1,2	0,8	1,2
Kundenderivate	0,5	0,4	0,1	0,4
Andere	0,1	0,2	-0,1	0,2
Insgesamt	24,4	22,3	2,1	22,5

¹⁾ Im Segment Real Estate Finance bestand kein Exposure gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement.

²⁾ Pro-Forma-Wert Basel III

³⁾ EaD-Wert Basel II nach Resegmentierung

Risikokennzahlen Der erwartete Verlust für das Real Estate Finance Portfolio betrug unter Anwendung der nach Basel III vorgegebenen Parameter zum 31. Dezember 2014 120 Mio. € (31. Dezember 2013: 137 Mio. €). Der Ausfall einer größeren Finanzierung erhöhte isoliert betrachtet zunächst den erwarteten Verlust. Über das ganze Real-Estate-Portfolio gesehen, hat sich der erwartete Verlust jedoch reduziert. Ursächlich hierfür waren eine neu gebildete Wertberichtigung und die Gesundung je einer größeren Finanzierung.

Public Investment Finance 9,2 Mrd. € EaD Portfolioentwicklung und -struktur Das Portfolio des ehemaligen Geschäftssegments Public Sector Finance (PSF) wurde im Rahmen der Resegmentierung neu geordnet. Der strategische Teil des ehemaligen PSF-Segments wird nun im Segment Public Investment Finance (PIF) ausgewiesen und betrug zum 31. Dezember 2014 9,2 Mrd. € (31. Dezember 2013: 8,4 Mrd. €). Das nicht-strategische und auf Ablauf gestellte Portfolio im Rahmen der Budgetfinanzierung wurde auf das Segment Value Portfolio übertragen. In der letzten Spalte wird jeweils informatorisch der EaD nach Basel II zum 31. Dezember 2013 unter Berücksichtigung der neuen Segmentstruktur gezeigt.

Der EaD im Segment Public Investment Finance stieg gegenüber dem Vorjahresende insbesondere aufgrund von Neugeschäft in Deutschland und Frankreich um 0,8 Mrd. € an.

Der weit überwiegende Teil des Exposures lag in Westeuropa mit Schwerpunkt in Deutschland, Frankreich und Italien. Die prozentualen Länderanteile am Segmentportfolio waren weitestgehend stabil. Den Hauptanteil an »Andere Europa« stellten wie im Vorjahr Österreich und Belgien mit jeweils 0,3 Mrd. € (31. Dezember 2013: 0,3 Mrd. €). Die Erhöhung in Deutschland und Frankreich ist auf Neugeschäft zurückzuführen.

Public Investment Finance: EaD nach Regionen¹⁾

EaD in Mrd. €	31.12.2014	31.12.2013 ²⁾	Veränderung	31.12.2013 ³⁾
Deutschland	2,5	2,0	0,5	2,2
Andere Europa ⁴⁾	0,8	0,9	-0,1	0,8
Frankreich	2,2	1,7	0,5	1,7
Spanien	2,1	2,1	-	2,0
Italien	1,5	1,6	-0,1	1,5
Andere	0,1	0,1	-	0,1
Großbritannien ⁵⁾	0,0	0,0	-	0,0
Insgesamt	9,2	8,4	0,8	8,3

¹⁾ Im Segment Public Investment Finance bestand kein Exposure gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement.

²⁾ Pro-Forma-Wert Basel III

³⁾ EaD-Wert Basel II nach Resegmentierung

⁴⁾ Enthält Österreich, Belgien, Finnland, Schweden

⁵⁾ Per 31. Dezember 2014 entfiel auf Großbritannien ein EaD in Höhe von 0,05 Mrd.€

Unter »Öffentliche Kreditnehmer« werden Forderungen gegenüber Staaten (14%), Unternehmen des öffentlichen Sektors (28%) sowie Regionalregierungen und Kommunen (58%) zusammengefasst.

Public Investment Finance: EaD nach Kontrahenten¹⁾

EaD in Mrd. €	31.12.2014	31.12.2013 ²⁾	Veränderung	31.12.2013 ³⁾
öffentliche Kreditnehmer	7,5	6,7	0,8	6,7
Finanzinstitute ⁴⁾ /Versicherungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Staatlich regulierte Unternehmen ⁵⁾	1,7	1,7	0,0	1,6
Insgesamt	9,2	8,4	0,8	8,3

¹⁾ Im Segment Public Investment Finance bestand kein Exposure gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement.

²⁾ Pro-Forma-Wert Basel III

³⁾ EaD-Wert Basel II nach Resegmentierung

⁴⁾ Finanzinstitute mit staatlichem Hintergrund oder Staatsgarantie

⁵⁾ Zum Beispiel Wasserwerke, Energieunternehmen usw.

Das Portfolio umfasst folgende Finanzierungen:

(I) Finanzierungen, die direkt mit einem nach dem deutschen Pfandbriefgesetz als deckungsfähig anerkannten, öffentlich rechtlichen Schuldner auf der Basis einer konkreten Verwendungszweckbindung gemäß eines definierten Produktkatalogs abgeschlossen werden;

(II) Finanzierungen an Unternehmen in öffentlicher oder privater Rechtsform und Trägerschaft, die mit einer öffentlichen Gewährleistung im Sinne des Pfandbriefgesetzes besichert werden (Verkehrs- und Versorgungsunternehmen, Stadtwerke, Zweckverbände, Verwaltungsgesellschaften, Non-Profit-Unternehmen, Verbände) und

(III) Finanzierungen an Zweckgesellschaften, die mit einer öffentlichen Gewährleistung im Sinne des Pfandbriefgesetzes besichert werden.

Der Anteil des EaDs im Segment PIF, der auf die Ratingklassen AAA bis AA- entfiel, erhöhte sich unter anderem aufgrund von abgeschlossenem Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr um 12 Prozentpunkte auf 43%. In den Ratingklassen A+ bis A- waren 31% (31. Dezember 2013: 23%) des EaDs zu verzeichnen. Der relative Anteil des EaDs an BBB+ und schlechter gerateten Positionen verringerte sich entsprechend gegenüber dem Vorjahr um 19 Prozentpunkte auf 26%.

Public Investment Finance: Aufteilung nach internen Ratings¹⁾

EaD in Mrd. €	31.12.2014	31.12.2013 ²⁾	Veränderung	31.12.2013 ³⁾
AAA bis AA-	3,9	2,6	1,3	2,7
A+ bis A-	2,9	2,0	0,9	2,0
BBB+ bis BBB-	2,1	3,5	-1,4	3,3
BB+ und schlechter	0,3	0,3	0,0	0,3
Insgesamt	9,2	8,4	0,8	8,3

¹⁾ Im Segment Public Investment Finance bestand kein Exposure gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement.

²⁾ Pro.Forma-Wert Basel III

³⁾ EaD-Wert Basel II nach Resegmentierung

Risikokennzahlen Der erwartete Verlust für das Portfolio des Geschäftssegments Public Investment Finance wies einen Betrag von 3 Mio. € aus (31. Dezember 2013: 4 Mio. €). Der Rückgang war auf eine Ratingverbesserung der Länder Italien und Spanien zurückzuführen.

Value Portfolio: 24,8 Mrd. € EaD Portfolioentwicklung und -struktur Das Value Portfolio beinhaltet nicht-strategische Portfolios der pbb. Zu Beginn des Jahres 2014 erfolgte eine Resegmentierung der Portfolios im Rahmen derer der nicht-strategische Teil des ehemaligen Public Sector Finance Segments auf das Value Portfolio übertragen wurde, um eine deutliche Trennung der bis dato existierenden Segmente in einen strategischen und einen nicht-strategischen Bereich herbeizuführen. In der letzten Spalte wird jeweils informativ der EaD nach Basel II zum 31. Dezember 2013 unter Berücksichtigung der neuen Segmentstruktur gezeigt.

Die weitere strategiekonforme Abnahme des Exposures per 31. Dezember 2014 gegenüber dem 31. Dezember 2013 war hauptsächlich auf Reduzierungen in Deutschland zurückzuführen, wobei Deutschland nach wie vor den Schwerpunkt im Portfolio darstellte. Die zu beobachtenden Exposure-Anstiege, insbesondere in »Andere Europa« und Italien, sind auf marktwertbedingte Veränderungen des dem EaD zugrunde liegenden Buchwertes aufgrund von Hedge-Beziehungen zurückzuführen. Die größte Position innerhalb der Kategorie »Andere Europa« stellte mit 6,7 Mrd. € Österreich dar.

Value Portfolio: Aufteilung nach Regionen

EaD in Mrd. €	31.12.2014 ¹⁾	31.12.2013 ²⁾³⁾	Veränderung	31.12.2013 ⁴⁾⁵⁾
Deutschland	8,8	10,1	-1,3	9,5
Andere Europa ⁶⁾	7,4	6,8	0,6	6,2
Spanien	1,9	1,8	0,1	1,7
Italien	1,8	1,5	0,3	1,4
Portugal	1,4	1,4	0,0	1,4
Emerging Markets	1,2	1,2	0,0	1,1
Andere	1,1	1,1	0,0	1,0
Frankreich	0,9	0,8	0,1	1,1
Japan	0,3	0,3	0,0	0,3
Irland ⁷⁾	0,0	0,0	0,0	0,0
USA ⁷⁾	0,0	0,0	0,0	0,0
Großbritannien ⁷⁾	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	24,8	25,0	-0,2	23,7

¹⁾ Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,3 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, w elche zu 100 % garantiert sind; die garantierten Positionen entfielen zu 42 % auf Deutschland und zu 58 % auf Italien.

²⁾ Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,6 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, w elche zu 100 % garantiert sind; die garantierten Positionen entfielen zu 55 % auf Deutschland und zu 45 % auf Italien.

³⁾ Pro-Forma-Wert Basel III

⁴⁾ Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,6 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, w elche zu 100 % garantiert sind; die garantierten Positionen entfielen zu 53 % auf Deutschland und zu 47 % auf Italien.

⁵⁾ EaD-Wert Basel II nach Resegmentierung

⁶⁾ enthält u.a. Österreich, Slovenien, Belgien

⁷⁾ Aufgrund der Rundung auf die erste Nachkommastelle nicht in der Tabelle ausgew iesenes Exposure 2013 nach Basel III gegenüber Irland: 0,004 Mrd. €; USA 0,003 Mrd. € und Großbritannien 0,0004 Mrd. €

Value Portfolio: Kontrahentenstruktur

EaD in Mrd. €	31.12.2014 ¹⁾	31.12.2013 ²⁾⁵⁾	Veränderung	31.12.2013 ³⁾⁴⁾
Finanzinstitute/Versicherungen	4,8	6,0	-1,2	5,7
Unternehmen	0,8	1,2	-0,4	1,2
öffentliche Kreditnehmer	19,2	17,8	1,4	16,8
Insgesamt	24,8	25,0	-0,2	23,7

¹⁾ Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,3 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, w elche zu 100 % garantiert sind; die garantierten Positionen entfielen zu 42 % auf Deutschland und zu 58 % auf Italien.

²⁾ Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,6 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, w elche zu 100 % garantiert sind; die garantierten Positionen entfielen zu 55 % auf Deutschland und zu 45 % auf Italien.

³⁾ Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,6 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, w elche zu 100 % garantiert sind; die garantierten Positionen entfielen zu 53 % auf Deutschland und zu 47 % auf Italien.

⁴⁾ EaD-Wert Basel II nach Resegmentierung

⁵⁾ Pro-Forma-Wert Basel III

Risikokennzahlen Der erwartete Verlust für das Value Portfolio betrug unter Anwendung der nach Basel III vorgegebenen Parameter zum 31. Dezember 2014 22 Mio. € (31. Dezember 2013: 29 Mio. €). Der Rückgang des erwarteten Verlusts war auf die Ratingverbesserungen von Italien und Portugal zurückzuführen.

Strukturierte Produkte

Die pbb hatte zum 31. Dezember 2014 einen Restbestand voll staatsgarantierter Collateralised Debt Obligations mit einem Nominalvolumen von 0,7 Mrd. € (31. Dezember 2013: 0,7 Mrd. €) und einem aktuellen Marktwert von 0,7 Mrd. € (31. Dezember 2013: 0,7 Mrd. €) im Bestand.

Der Restbestand der pbb an nicht staatsgarantierten strukturierten Wertpapieren, der auf Credit Linked Investments in Form von Collateralised Debt Obligations (CDOs im engeren Sinne) entfiel, blieb gegenüber dem Jahresende 2013 mit einem Nominalvolumen von 0,1 Mrd. € konstant. Der Marktwert dieser nahezu vollständig abgeschriebenen Wertpapiere, die Kreditrisiken verbriefen, belief sich per 31. Dezember 2014 auf 3 Mio. € (31. Dezember 2013: 4 Mio. €).

Die Bewertung erfolgte im Wesentlichen über am Markt verfügbare Preise.

Watchlist- und Problemkredite

Frühwarnsystem Im Frühwarnsystem der pbb sind Trigger (= Kriterien) für die Aufnahme in die Intensivbetreuung (Watchlist) und in die Problemkreditbetreuung definiert (z.B. Zahlungsverzug, Nichteinhaltung von Covenants – beispielsweise Loan to Value [LTV], Interest Service Coverage [ISC]). Ob ein Trigger ausgelöst wurde, wird fortlaufend überwacht. Bei Auffälligkeiten wird die Adresse analysiert und gegebenenfalls zeitnah in die Intensiv- oder Problemkreditbetreuung überführt.

Watchlist- und Problemkredite (Restructuring und Workout Loans) sind wie folgt abgegrenzt:

- **Watchlist Loans** Es besteht ein Zahlungsverzug größer 60 Tage bzw. ein anderes definiertes Frühwarnsignal trifft zu.
- **Restructuring Loans** Es besteht ein Zahlungsverzug größer 90 Tage bzw. ein anderes definiertes Frühwarnsignal trifft zu.
- **Workout Loans** Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass das Darlehen saniert werden kann. Zwangsvollstreckungsmaßnahmen sind beziehungsweise werden eingeleitet, Einzelwertberichtigungen sind gebildet beziehungsweise vorgesehen.

Die Problemkreditbearbeitung ist auch für die Überprüfung von Wertminderungen im Einklang mit den diesbezüglichen Bilanzierungsvorschriften verantwortlich.

Entwicklung der Watchlist- und Problemkredite der pbb

Watchlist- und Problemkredite

in Mio. €	EaD 31.12.2014 ¹⁾				Pro-Forma-Wert Basel III EaD 31.12.2013 ²⁾³⁾				Basel II 31.12.2013 ²⁾⁴⁾	
	REF	PIF	VP	Insgesamt	REF	PIF	VP	Insgesamt	Veränderung	Insgesamt
Workout Loans	9	-	-	9	6	-	-	6	3	6
Restructuring Loans	818	-	316	1.134	933	-	2	935	199	934
Problem-kredite	827	-	316	1.143	939	-	2	941	202	940
Watchlist Loans	116	-	244	360	141	-	475	616	-256	596
Insgesamt	943	-	560	1.503	1.080	-	477	1.557	-54	1.536

¹⁾ Zusätzlich bestand zum 31. Dezember 2014 ein EaD in Höhe von 1 Mio. in "Consolidation & Adjustments"

²⁾ Zusätzlich bestand zum 31. Dezember 2013 ein EaD in Höhe von 6 Mio. in "Consolidation & Adjustments"

³⁾ Pro-Forma-Wert Basel III

⁴⁾ EaD-Wert Basel II nach Resegmentierung

Die Watchlist- und Problemkredite verringerten sich per Saldo um insgesamt 54 Mio. €. Die Watchlist-Kredite konnten im Jahr 2014 um 260 Mio. € brutto¹⁾ beziehungsweise um 256 Mio. € netto reduziert werden. Die Reduzierung war fast ausschließlich auf eine Verbesserung der Risikosituation bei diesen Finanzierungen und die damit verbundene Rückübertragungen in die Normalbetreuung zurückzuführen. Der starke Rückgang im Segment Value Portfolio in Höhe von 231 Mio. € war gänzlich im Upgrade einer spanischen Bank im ersten Quartal 2014 begründet. Daneben konnten auch zwei Fälle aus dem Segment REF in Höhe von insgesamt 29 Mio. € wieder in die Regelbetreuung überführt werden. Das Gesamtvolumen der Neuzugänge blieb mit 4 Mio. € vergleichsweise gering.

Die Problemkredite wurden um 315 Mio. € brutto²⁾ abgebaut beziehungsweise erhöhten sich um 202 Mio. € netto. Die erfolgreichen Restrukturierungen und Rückführungen in der Immobilienfinanzierung summierten sich auf 249 Mio. €. Zwei Immobilienfinanzierungen mit einem zurechenbaren Finanzierungsvolumen von 66 Mio. € wurden in den Eigenbestand übernommen. Neu in die Problemkreditbetreuung mussten Engagements mit einem Volumen von insgesamt 507 Mio. € übergeben werden. Haupttreiber für den Anstieg war im Value Portfolio das Heta-Exposure in Höhe von effektiv 314 Mio. €, das im Zuge der Wertkorrekturen nach Restructuring überführt wurde. Weitere 193 Mio. € stammten aus dem Segment REF, wobei ca. 72% der Salden auf zwei größere Fälle zurückzuführen waren. Die Saldo-Erhöhen bei Bestandsfällen, unter anderem auch durch Wechselkursänderungen, beliefen sich auf 11 Mio. €.

Wertberichtigungen und Rückstellungen

Einzelwertberichtigungen und portfoliobasierte Wertberichtigungen Alle finanziellen Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, werden regelmäßig auf Wertminderung überprüft. Dabei wird zunächst untersucht, ob ein objektiver Hinweis für eine Wertminderung besteht. Anschließend wird die Höhe der Wertminderung als Differenz des Buchwerts, bei Available for Sale (AfS)-Vermögenswerten zuzüglich der AfS-Rücklage, zum Barwert der künftig erwarteten Cashflows ermittelt.

Portfoliobasierte Wertberichtigungen werden unter Verwendung Basel-III-konformer Risikoparameter wie Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) und Verlustquote (LGD) bestimmt. Der sich hieraus ergebende erwartete Verlust, bezogen auf einen Zeithorizont von einem Jahr, wird mit einem IFRS-konformen Umrechnungsfaktor auf denjenigen Zeitraum skaliert, der im Mittel zur Identifizierung des Wertminderungsereignisses bei der pbb benötigt wird.

Sollten aufgrund des Marktumfelds in einzelnen Portfolios der Geschäftssegmente Abweichungen zwischen langjährigen Durchschnittswerten für die Parameter PD und LGD einerseits und die aktuellen Ausfall- und Verlustquoten andererseits erkannt werden, so werden diese entsprechend berücksichtigt.

Die Genehmigung der Einzelwertberichtigungen erfolgt im Risk Provisioning Committee.

Risikovorsorgebestand der pbb. Eine Übersicht über die Entwicklung der Risikovorsorge und der Rückstellungen findet sich im Anhang (Notes).

¹⁾ Ohne Berücksichtigung von gegenläufigen Effekten

²⁾ Ohne Berücksichtigung von gegenläufigen Effekten

Abschirmquote der Problemkredite¹⁾

Die Abschirmquote ist das Verhältnis zwischen der auf die Problemengagements (inklusive des im Value Portfolio verbuchten Restbestands an strukturierten Produkten) gebildeten Vorsorge und dem EaD beziehungsweise – im Hinblick auf strukturierte Produkte und Wertpapiere – dem Nominalbetrag.

Die Problemengagements des pbb Konzerns waren per 31. Dezember 2014 zu 30% abgesichert (31. Dezember 2013: 32%). Die Verschlechterung resultierte vor allem daraus, dass das Volumen der Problemkredite verhältnismäßig stärker gewachsen ist als der Bestand an Wertberichtigungen.

Die Problemkredite waren im Segment REF zu 24% abgesichert (31. Dezember 2013: 25%). Das Segment PIF enthielt zum 31. Dezember 2014 wie im Vorjahr keine Problemkredite. Im Value Portfolio belief sich die Abschirmquote auf 37% (31. Dezember 2013: 96%). Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr stand im Zusammenhang mit Wertkorrekturen für das nicht-strategische Exposure gegenüber der Heta Asset Resolution AG (Heta). Unter Einbezug von gestellten Sicherheiten lagen die Abschirmquoten bei ca. 100%.

Marktrisiko

Definition

Marktrisiko beschreibt die Gefahr eines Wertverlusts aufgrund von Schwankungen der Marktpreise von Finanzinstrumenten. Geschäfte der pbb unterliegen hauptsächlich folgenden Marktrisikarten:

- Credit-Spread-Risiko (Risiko durch eine Veränderung von Credit Spreads)
- Allgemeines Zinsänderungsrisiko (Risiko durch Veränderung von allgemeinen Marktzinssätzen)
- Inflationsrisiko (Risiko durch Veränderung von Inflationsindizes)
- Fremdwährungsrisiko (Risiko durch Veränderung von Fremdwährungskursen)
- Basis-Risiko (Risiko durch Veränderung von Basis Spreads)
- Konzentrationsrisiko (Risiko von zusätzlichen Verlusten aufgrund einseitiger Portfoliozusammensetzung; Berücksichtigung durch Verwendung von Korrelationen zwischen Risikofaktoren bei der Value-at-Risk-Ermittlung)

Marktrisikostrategie

Die pbb verfolgt folgende grundlegende Prinzipien in Bezug auf Marktrisiken:

- Es dürfen nur Geschäfte in Finanzinstrumenten abgeschlossen werden, die den Neuproduktprozess erfolgreich durchlaufen haben und für die Marktpreise beobachtet bzw. unabhängig über ein Modell bewertet werden können.
- Alle eingegangenen Positionen unterliegen der täglichen GuV- und Risikoüberwachung durch RMC.

¹⁾ Der Ausweis erfolgt in Anlehnung an den bankenaufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis. Enthalten ist eine Finanzierung an ein nach IFRS zu konsolidierendes Tochterunternehmen, das bankaufsichtsrechtlich nicht in die Konsolidierung einzubeziehen ist. Nicht enthalten sind synthetisch verbrieft Anteile einer Finanzierung. Das dargestellte Vorjahr wurde an die neue Berechnungslogik angepasst.

Organisation der Marktrisikosteuerung

Die Überwachung der Positionen erfolgt durch den vom Handel aufbauorganisatorisch bis zur Ebene der Geschäftsführung getrennten Bereich RMC.

Marktrisikoberichte

RMC erstellt täglich ausführliche Marktrisikoberichte für diverse Berichtempfänger:

- Der tägliche Marktrisikobericht ist insbesondere an den Vorstand der pbb adressiert. Er zeigt Marktrisiko-Value-at-Risk (VaR), Limit-Inanspruchnahmen und ökonomische Performance-Zahlen auf allen Ebenen der Portfoliostruktur.
- Tägliche Sensitivitätsberichte beinhalten Analysen für die Hauptrisikofaktoren auf unterschiedlichen Detailebenen. Sie werden ebenfalls dem Vorstand zur Verfügung gestellt.

Marktrisikomessung und -limitierung

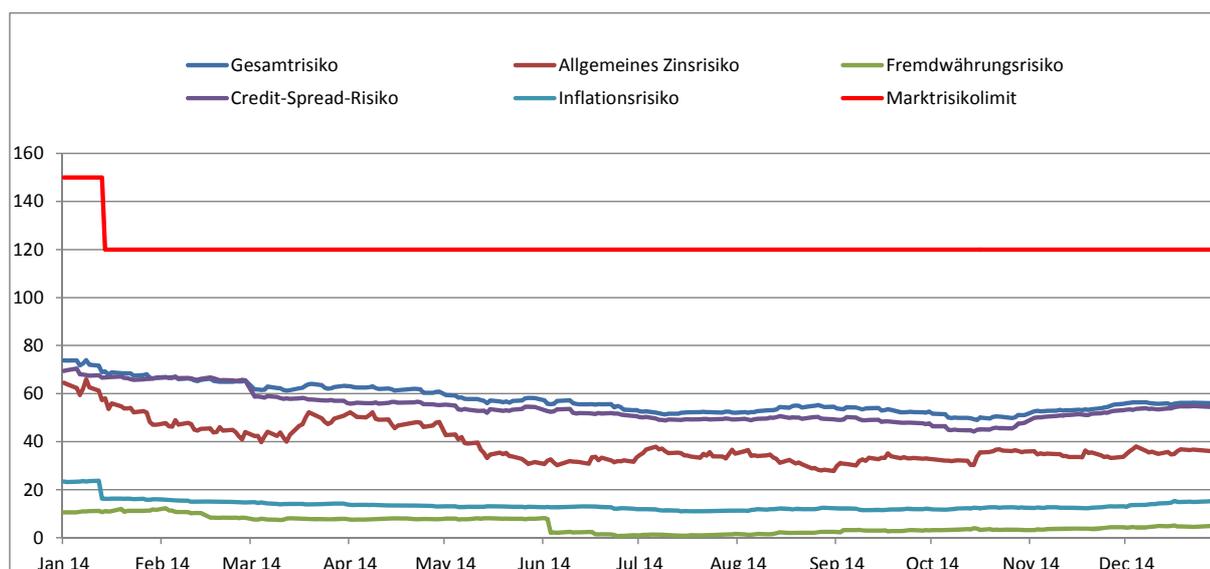
Marktrisiko-Value-at-Risk RMC berechnet täglich den Marktrisiko-VaR auf Gesamt- und Teilportfolioebene anhand eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Es werden alle Positionen einbezogen, wobei der Credit-Spread-VaR aus Positionen, die der IFRS-Kategorie Loans & Receivables zugeordnet sind, nicht im Marktrisiko sondern im Kreditrisiko berücksichtigt wird.

- Die verwendeten Korrelationen und Volatilitäten basieren auf historischen Zeitreihen der jeweils letzten 250 Handelstage, die gleich gewichtet in die Berechnung eingehen.
- Bei der Aggregation der einzelnen Marktrisikoarten zu einem Gesamt-VaR, der die Basis für die Limitüberwachung darstellt, werden historisch beobachtete Korrelationen verwendet.
- Für die tägliche operative Risikosteuerung bezieht sich der VaR auf eine zehntägige Halteperiode und ein einseitiges 99 %-Konfidenzintervall.

Am 31. Dezember 2014 betrug der Marktrisiko-VaR unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den einzelnen Marktrisikoarten 57 Mio. € (Vergleichswert 31. Dezember 2013: 74 Mio. €). Im Berichtszeitraum gab es keine Marktrisiko-VaR Limitüberschreitung auf pbb -Ebene. Das Marktrisikolimit der pbb wurde am 15. Januar 2014 von 150 Mio. € auf 120 Mio. € gesenkt.

Im Jahresverlauf 2014 wurde die Entwicklung des Marktrisiko-VaR hauptsächlich durch die Veränderung von Credit-Spread-Volatilitäten geprägt. Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Entwicklung des Markt-risiko-VaR sowie des VaR für die Haupt-Risikoarten im Vergleich zum Marktrisiko-Limit im Jahresverlauf:

Marktrisiko-VaR (10 Tage, 99% Konfidenz) einzelner Risikoarten und Marktrisiko-Limit Januar bis Dezember 2014



Weitere Instrumente, wie Sensitivitätsanalysen sowie Stresstesting, ergänzen die VaR-Betrachtung.

Sensitivitätsanalysen Bei der für die Sensitivitätsermittlung relevanten Bewertung wurden Overnight-Zinskurven herangezogen. Im Rahmen von Sensitivitätsanalysen wird quantifiziert, welchen Effekt eine Veränderung einzelner Marktparameter auf den Wert der Positionen hat. So gibt beispielsweise die Credit-Spread-Sensitivität Aufschluss darüber, welche ökonomische Barwertänderung aus der isolierten Veränderung der für die Bewertung relevanten Credit Spreads um einen Basispunkt resultiert.

Stresstests Während die VaR-Messung das Marktrisiko unter »normalen« Marktbedingungen abbildet und nicht als Maß für einen potenziellen Maximalverlust zu verstehen ist, zeigen Stress-Szenarien das Marktrisiko unter extremen Bedingungen. In der pbb werden hypothetische Stress-Szenarien auf monatlicher Basis für wesentliche Risikotreiber gerechnet. Hierbei werden die Auswirkungen extremer Veränderungen von Zinskurven, Fremdwährungskursen, Credit Spreads, Inflationsraten und Volatilitäten auf den ökonomischen Barwert des gesamten Portfolios der pbb ermittelt. Zusätzlich werden historische Stress-Szenarien simuliert. Eine regulatorisch geforderte Parallelverschiebung der Zinskurve um 200 Basispunkte nach oben beispielsweise hätte für alle Positionen der pbb per 31. Dezember 2014 einen Marktwertverlust von 509 Mio. € (Ende 2013: 452 Mio. €) zur Folge gehabt. Eine entgegengesetzte Parallelverschiebung der Zinskurve um 200 Basispunkte nach unten hätte einen Marktwertgewinn in Höhe von 245 Mio. € (Ende 2013: 307 Mio. €) zur Folge. Die Asymmetrie zwischen Gewinn- und Verlustpotenzial ergibt sich vor allem dadurch, dass die beschriebene 200-Basispunkte-Verschiebung maximal bis zu einem Zinssatz von 0% erfolgt. Ein extremer Anstieg der relevanten Credit Spreads hätte per 31. Dezember 2014 einen Marktwertverlust von 455 Mio. € zur Folge. Der Vorstand und die entsprechenden Gremien werden über die Ergebnisse der Stresstest-Szenarien regelmäßig informiert.

Backtesting Durch die tägliche Gegenüberstellung von VaR-Werten und anschließend tatsächlich eingetretenen Barwertveränderungen des Portfolios wird die Qualität der eingesetzten Risikomessmethoden laufend überprüft und gegebenenfalls optimiert. Die pbb hat zur quantitativen Einschätzung des Risikomodells die Ampelsystematik der Baseler Eigenkapitalübereinkunft übernommen. Hierbei werden die im Rahmen des Backtestings ermittelten statistischen (negativen) Ausreißer innerhalb eines Zeitraums von 250 Handelstagen gezählt. Insgesamt wurden im Jahr 2014 vier Ausreißer beobachtet, die vorwiegend auf außergewöhnlich starke Credit-Spread- und Wechselkursbewegungen zurückzuführen waren. Damit weist das Risikomodel der pbb im Sinne der Ampelsystematik der Baseler Eigenkapitalübereinkunft eine grüne Ampelfarbe auf.

Ökonomisches Marktrisikokapital Für die Berechnung des ökonomischen Kapitals aus Marktrisiken wird im Going-Concern-Ansatz ein Value-at-Risk für einen Einjahreszeitraum auf einem Konfidenzniveau von 95% berechnet. Das ökonomische Kapital für Marktrisiken betrug für die pbb zum 31. Dezember 2014 ohne

Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten 256 Mio.€ (31. Dezember 2013: 185 Mio. €).

Abbildung ökonomischer Sicherungsbeziehungen als bilanzielle Sicherungsbeziehungen

Im Jahresabschluss der pbb werden Bewertungseinheiten nach § 254 HGB abgebildet. Hierbei handelt es sich um Mikro-Bewertungseinheiten, bei denen das Zinsänderungsrisiko abgesichert wird. Berücksichtigt werden dabei nur solche Sicherungsbeziehungen, bei denen eine hohe Effektivität hinsichtlich der Sicherungswirkung zu erwarten ist. Der effektive Teil der Wertänderungen wird bei Grund- und Sicherungsgeschäften nicht gebucht (Einfrierungsmethode). Der ineffektive Teil aus dem abgesicherten Risiko von Bewertungseinheiten wird imparitätlich als Drohverlustrückstellung berücksichtigt. Wertänderungen aus nicht abgesicherten Risiken werden nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ohne Berücksichtigung der bestehenden Bewertungseinheiten abgebildet. Sofern der beizulegende Zeitwert von Derivaten, die nicht Teil einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB sind, unter deren Restbuchwert sinkt, wird in Höhe der Differenz eine Drohverlustrückstellung gebildet, soweit keine Berücksichtigung im Rahmen der Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos des Bankbuches erfolgt.

Marktrisikosteuerung, -überwachung und -minderung

Die pbb steuert und überwacht das Marktrisiko anhand eines Drei-Säulen-Ansatzes:

- Management der Position im Bereich Treasury,
- Risikomessung und Überwachung der Limiteinhaltung durch RMC sowie
- Eskalationsprozesse über alle Entscheidungsgremien bis hin zum Vorstand.

Die Überwachung des Marktrisikos erfolgt für alle Positionen durch eine Kombination von Value-at-Risk (VaR)-Limiten sowie einer Überwachung der Sensitivitäten durch den handelsunabhängigen Bereich RMC

Allgemeines Zinsänderungsrisiko Das allgemeine Zinsänderungsrisiko betrug zum 31. Dezember 2014 36 Mio. € und lag damit deutlich unter dem Vergleichswert vom 31. Dezember 2013 in Höhe von 65 Mio. €. Im Jahr 2014 lag das Zinsänderungsrisiko bei durchschnittlich 39 Mio. € (maximal 66 Mio. €; minimal 28 Mio. €). Im Vorjahr lag der Durchschnitt des Zinsänderungsrisikos bei 25 Mio. € (maximal 68 Mio. €, minimal 2 Mio. €). Abgesehen vom Eigenkapitalanlagebuch war das allgemeine Zinsänderungsrisiko im Jahr 2014 durchgängig auf niedrigem Niveau.

Nicht-lineare Zinsrisiken aus Kapitalmarktgeschäften lagen wie im Vorjahr nur in unbedeutendem Umfang vor (Ende 2014: 0,049 Mio. €, Jahresende 2013: 0,4 Mio. €).

Credit-Spread-Risiko Das Credit-Spread-Risiko spiegelt die potenzielle Änderung des Barwerts von Positionen aufgrund von Veränderungen der jeweiligen Credit Spreads wider. Der überwiegende Teil des Credit-Spread-Risikos ist auf deckungsfähige Vermögenswerte für Pfandbriefe zurückzuführen. Risikomesssysteme zur Ermittlung von Credit-Spread-Risiken existieren für alle relevanten Positionen. Der VaR-Limitierung unterliegen nur die Credit-Spread-Risiken der Available for Sale (AfS)- und Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)-Bestände, nicht jedoch der Loans and Receivables (LaR)-Positionen.

So belief sich der Credit-Spread-VaR der AfS- und FVtPL-Bestände Ende Dezember 2014 auf 56 Mio. € und lag, vor allem aufgrund gesunkener Credit-Spread-Volatilitäten, unter dem Wert des Vorjahrs (Ende 2013: 69 Mio. €).

Sonstige Marktrisiken Das barwertig gerechnete Fremdwährungsrisiko lag zum 31. Dezember 2014 bei 5 Mio. €, die Inflationsrisiken betragen zum 31. Dezember 2014 16 Mio. €. Als Basisrisiken werden OIS-, Tenor-Spread-, Cross-Currency-Spread- und Libor-Euribor-Basisrisiken im Rahmen des VaR-Modells quantifiziert und ausgewiesen. Alle Basisrisiken fließen in den Gesamt-VaR ein und unterliegen damit der

Marktrisiko-Limitierung. Aktienkurs- und Rohwarenrisiken liegen nicht vor; Finanzderivate werden überwiegend zu Sicherungszwecken eingesetzt.

Liquiditätsrisiko

Definition

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, bestehenden oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nach Umfang und zeitlicher Struktur nicht, nicht vollständig beziehungsweise nicht fristgerecht nachkommen zu können.

Liquiditätsrisikostategie

Die Liquiditätsrisikostategie ist wesentlicher Bestandteil der Risikostrategie der pbb und wird in verschiedene Bausteine unterteilt. Dabei wird sichergestellt, dass sowohl die kurzfristige als auch die mittelfristige Refinanzierung der pbb mittels eines Limit-Systems überwacht und gesteuert wird. Die Festlegung der Limite ist Teil des jährlichen Geschäftsplanungsprozesses.

Organisation der Liquiditätsrisikosteuerung

RMC identifiziert, misst, berichtet und überwacht das Liquiditätsrisiko der pbb. Die Steuerung des Risikos obliegt der vom Risk Management & Control unabhängigen Einheit Treasury der pbb. Die verwendeten Prozesse und Methoden werden regelmäßig vom Group Risk Committee der HRE und vom Group Asset Liability Committee der HRE, die beide auch für die pbb agieren, überprüft. Das Liquiditätsrisiko kann nicht auf Segmentbasis kalkuliert und reported werden.

Liquiditätsrisikobericht

Es werden täglich Berichte zur Liquiditätssteuerung erstellt und an den gesamten Vorstand sowie unter anderem an die Deutsche Bundesbank und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht berichtet. Die Berichte beinhalten die tagesaktuelle Liquiditätssituation sowie Projektionen auf Basis vertraglicher Geldflüsse und getroffener Annahmen zu künftigen, die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung beeinflussenden Ereignissen.

Liquiditätsrisikomessung und -limitierung

Zur Steuerung der Liquiditätsrisiken wurde ein System zur Messung und Begrenzung kurzfristiger und mittelfristiger Abweichungen innerhalb der Zahlungsströme installiert. Neben vertraglichen Zahlungsströmen werden auch optionale Zahlungsströme erfasst. Diese Daten werden regelmäßig einem Backtesting unterzogen.

Die Liquiditätsposition, die sich aus der Liquiditätsreserve sowie aus den vertraglichen und optionalen Zahlungsströmen ergibt, wird in unterschiedlichen Szenarien gemessen. Auf täglicher Basis werden dabei verschiedene Liquiditätspositionen berechnet. Die drei Liquiditätspositionen unterstellen

- konstante Markt- und Refinanzierungsbedingungen (Base-Szenario)
- Risk-Szenario (modifiziertes [historic] Stress-Szenario) und
- Liquiditätsstress ([historic] Stress-Szenario).

In Risk- und (historic) Stress-Szenario wird zum Beispiel mögliches Kundenverhalten in »Stresssituationen« simuliert. Dabei werden auf Basis historischer Zeitreihen 95 %- bzw. 99 %-Quantile errechnet.

Für das Liquiditätsrisiko wurden im Base-Szenario Trigger über einen Zeitraum von zwölf Monaten beziehungsweise 24 Monaten definiert. Die Limite im Risk- und [historic] Stress-Szenario gelten über einen Zeitraum von sechs Monaten.

Das Limitsystem besteht aus:

- Limit auf das Liquiditätsstressprofil für die pbb (Risk-Szenario und [historic] Stress-Szenario) und Trigger für das Base-Szenario

Als Ergänzung zum Reporting verwendet die pbb regelmäßig durchgeführte Stresstests zur Untersuchung zusätzlich auftretender Stressereignisse auf die Liquiditätsposition.

Im Rahmen der Szenarioanalysen werden mögliche Auswirkungen makroökonomischer, geldpolitischer und politischer Krisen auf die Liquiditätssituation simuliert.

Die Szenarien werden an den Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG sowie an externe Gremien wie zum Beispiel die Deutsche Bundesbank berichtet.

Liquiditätsrisikoüberwachung und -management

Die Überwachung der Liquiditätsrisiken wird durch das tägliche Reporting der Liquiditätssituation und durch einen definierten Eskalationsprozess sichergestellt. In diesem Rahmen wurde unter anderem ein Liquiditätsnotfallplan verabschiedet, der den fachlichen und organisatorischen Rahmen für die Behandlung von Liquiditätsengpässen bildet.

Das Liquiditätsrisikomanagement basiert auf verschiedenen ineinandergreifenden Komponenten, die auf einer vom Vorstand festgelegten »Liquiditätsrisikotoleranz« aufbauen. Damit wird sichergestellt, dass die pbb über ausreichende Liquiditätsreserven verfügt.

Liquiditätsrisikoabsicherung und -minderung

Die Begrenzung des Liquiditätsrisikos wird über ein Risikotoleranzsystem gesichert. Die Risikotoleranz ist in den Liquiditätsmanagementprozess über Trigger (Limit-System) integriert, um eine »Überlebensperiode« der pbb im Stressfall zu gewährleisten.

Die Grenzen für die Risikotoleranz werden im Rahmen von Stress-Szenarien ermittelt und regelmäßig angepasst.

Entwicklung der Risikoposition der pbb

Die Entwicklung der Liquiditätsposition lag in 2014 im Rahmen den Erwartungen.

Die im Zuge der Liquiditätsrisikomessung per 31. Dezember 2014 ermittelte kumulierte Liquiditätsposition (liquide Assets sowie prognostizierter Saldo der Zahlungsströme) im Base-Szenario betrug auf Sicht von zwölf Monaten 4,3 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich unter Betrachtung des entsprechenden Zeitraumes ein (erwarteter) Rückgang von 1,3 Mrd. €. Per 31. Dezember 2014 betrug die kumulierte Liquiditätsposition im Risk-Szenario in der Sechs-Monats-Vorschau 1,8 Mrd. €.

Die Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung betrug zum 31. Dezember 2014 in der Deutschen Pfandbriefbank AG 4,4 und lag damit über der gesetzlichen Mindestgrenze von 1,0.

Refinanzierung

Getrieben von geldpolitischen Maßnahmen der Zentralbanken befanden sich die Kapitalmärkte im Jahr 2014 weiterhin im Spannungsfeld von überbordender Liquidität auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten und geringen Renditen. Aus Investorensicht verschärfte sich die Lage mit dem Rückgang der Zehn-Jahres-Renditen um über 100bp deutlich, sodass sich der Fokus in Richtung längerer Laufzeiten und erhöhten Kreditrisiken verschob.

Geopolitische Risiken, wie die Verwerfungen an den Emerging Markets im ersten Quartal, gefolgt vom Konflikt in der Ukraine und dem Kampf gegen den IS-Terror, tangierten die Märkte nur kurzfristig. In einem weiterhin stark regulatorisch geprägten Umfeld stellten CRD IV, MREL, BRRD, AQR und Stresstest die Kreditinstitute vor neue Herausforderungen.

Seit dem Beginn des vierten Quartals stehen die Marktteilnehmer im Euroraum vor der Herausforderung eines neuen Ankaufprogramms für Covered Bonds und ABS (CBPP3). Die ankaufprogramminduzierte Nachfrage der Zentralbanken führte zu einer weiteren Spreadeinengung am Pfandbriefmarkt und zeigt Tendenzen des Crowding-out der bisher bekannten Investoren.

Für die Refinanzierung stehen der pbb gedeckte und ungedeckte Emissionen zur Verfügung. Pfandbriefe bilden dabei das Hauptrefinanzierungsinstrument der Bank. Sie sind aufgrund ihrer hohen Qualität und Akzeptanz an den internationalen Kapitalmärkten vergleichsweise weniger von Marktschwankungen betroffen als viele andere Refinanzierungsquellen.

Die pbb erreichte im Jahr 2014 ein langfristiges Refinanzierungsvolumen von ca. 6,0 Mrd. € (Geschäftsjahr 2013: 7,7 Mrd. €). Vorzeitige Rückzahlungen auf der Aktivseite und eine komfortable Liquiditätsausstattung erlaubten eine Reduktion der Kapitalmarktaktivitäten, somit entfielen 2,6 Mrd. € (2013: 4,5 Mrd. €) auf Benchmark-Neuemissionen sowie Aufstockungen bestehender öffentlicher Transaktionen. Etwa zwei Drittel der langfristigen Refinanzierung wurden als Pfandbrief begeben, während ungedeckte Emissionen mit einem Drittel zu Buche schlugen. Die Emissionen erfolgten überwiegend auf festverzinslicher Basis.

In der währungskongruenten Refinanzierung konnte die pbb die ersten ungedeckten Emissionen in Schwedischen Kronen begeben und somit seine Investorenbasis erfolgreich erweitern, auch eine Pfandbriefemission in Britischen Pfund konnte gut platziert werden.

Zur Diversifikation der ungedeckten Refinanzierung hat die Deutsche Pfandbriefbank AG im Juni 2014 als erster deutscher Emittent ein Programm für ungedeckte Emissionen im Pro-Bond-Markt an der Tokyo Stock Exchange aufgelegt. Über die Kapitalmarktrefinanzierung hinaus bietet die pbb zur Erweiterung der ungedeckten Refinanzierungsbasis Tages- und Festgeldanlagen für Privatanleger an; das Einlagevolumen belief zum Jahresende auf über 1,5 Mrd. € (2013: 0,6 Mrd. €).

Prognostizierter Liquiditätsbedarf

Aufgrund des über die gesamte Laufzeit ausgeglichenen Aktiv-Passiv-Profiles bestehen keine signifikanten Liquiditätsinkongruenzen.

Neben dem prognostizierten Liquiditätsbedarf für Neugeschäftsaktivitäten ist die Höhe des zukünftigen Liquiditätsbedarfs jedoch noch von einer Vielzahl externer Faktoren abhängig:

- Weitere Entwicklungen in der europäischen Finanzkrise und mögliche Auswirkungen auf die Realwirtschaft
- Zukünftige Entwicklung der Abschlüsse bei Wertpapieren bei den Repo-Finanzierungen am Markt und bei den Zentralbanken
- Eventuell zusätzliche Sicherheitenanforderungen aufgrund von sich ändernden Marktparametern (wie Zinssätze und Fremdwährungskurse)

- Entwicklung der Anforderungen für Absicherungsgeschäfte
- Veränderte Anforderungen der Ratingagenturen hinsichtlich der erforderlichen Überdeckung in den Deckungsstöcken

Refinanzierungsrisiko

Bezüglich des Refinanzierungsrisikos verweisen wir auf die Darstellung des Geschäftsrisikos im Abschnitt »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse«.

Marktliquiditätsrisiko

Quantitative Angaben zur besseren Einschätzung des Marktliquiditätsrisikos können für Finanzinstrumente, die zum Fair Value bewertet werden, der Darstellung der drei Levels der Fair-Value-Hierarchie dem Anhang (Notes) entnommen werden. Für LaR-Bestände besteht unter Liquiditätssteuerungsgesichtspunkten grundsätzlich keine Verkaufsabsicht, da für diese überwiegend über Einbringung in Deckungsstöcke, Refinanzierungsmöglichkeiten der Zentralbank oder Repo-Transaktionen Liquidität generiert werden kann. Die Berücksichtigung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt in der internen Steuerung im Rahmen des Marktrisikos.

Risiken

Die Anpassung der EZB Zinspolitik an die europäische Finanzkrise und der daraus folgende Rückgang des allgemeinen Zinsniveaus, beinhaltet das Risiko, dass Investoren bei der Allokation ihrer Finanzmittel den Rentenmarkt anteilmäßig geringer gewichten. Daraus könnte ein genereller Anstieg der Funding Spreads resultieren. Die wiederaufflammende Diskussion um die Fortführung der Eurozone in ihrer jetzigen Zusammensetzung könnte ebenfalls Einfluss auf die Entwicklung der Funding Spreads nehmen.

Operationelle Risiken (einschließlich Rechtsrisiken)

Definition

Die pbb definiert das operationelle Risiko als „die Gefahr von Verlusten, verursacht durch unzureichende oder fehlende Prozesse, menschliche Fehler, Technologieversagen oder externe Ereignisse“. Die Definition beinhaltet Rechts-, Modell-, Verhaltens-, Reputations- und Outsourcingrisiken.

Seit dem Geschäftsjahr 2014 umfasst die operationelle Risikobetrachtung der pbb auch Reputationsrisiken. Diese werden definiert als das Risiko von Verlusten aufgrund von Ereignissen, die das Vertrauen in die pbb oder in die angebotenen Produkte und Dienstleistungen bei Kunden, Anteilseignern, Investoren oder Aufsichtsbehörden beschädigen. Dazu gehört auch eine negative Wahrnehmung der Bank in der Öffentlichkeit durch »schlechte Presse«, die grundsätzlich Einfluss auf die Geschäftsaktivitäten der pbb haben kann. Die Definition der pbb beinhaltet ebenso eine negative Wahrnehmung der Bank durch ihre Mitarbeiter. Das Reputationsrisiko wird von der pbb überwacht und vollständig in die operationelle Risikosteuerung integriert.

Strategie für operationelle Risiken

Im Rahmen des Managements von operationellen Risiken ist das oberste Ziel der pbb die Minimierung von finanziellen Verlusten aus potenziellen operationellen Risikoereignissen. Wesentliche Eckpfeiler dieser Strategie sind die Früherkennung, die Erfassung, die Beurteilung sowie die Überwachung und Verhinderung, beziehungsweise Begrenzung von operationellen Risiken sowie ein zeitnaher und aussagekräftiger Bericht an die Geschäftsleitung.

Organisation des Managements von operationellen Risiken

Im Bereich Risk Management & Control ist die Einheit Operational Risk für konzernweit einheitliche Prozesse, Instrumente und Methoden zur Erfassung, Beurteilung, Überwachung und Berichterstattung operationeller Risiken im HRE Konzern zuständig. Dies schließt die pbb mit ein.

Besonderheit bei der Organisation des Managements von Rechtsrisiken

Entsprechend den MaRisk müssen wesentliche Risiken in Finanzinstituten von einer von Front Office und den Handelsbereichen unabhängigen Einheit bewertet werden.

Da das Rechtsrisiko als wesentlich erachtet wird, ist der Bereich Legal verantwortlich für das Management von Rechtsrisiken und somit ein fester Bestandteil des Risikomanagements der pbb.

Das Hauptziel des Managements von Rechtsrisiken durch Legal ist es, Transaktionen rechtlich durchführbar und sicher zu gestalten. Dies beinhaltet den Schutz der Integrität und Reputation der pbb. Demzufolge unterstützt Legal die Transaktionen der pbb durch proaktive, geschäftsorientierte Beratung.

Legal überwacht ebenso Entwicklungen in der relevanten Gesetzgebung und Rechtsprechung und prüft deren Auswirkungen auf das Neu- und das Bestandsgeschäft. Die »Legal Policy« beschreibt die Rolle und die Verantwortlichkeiten von Legal innerhalb der pbb und dient als Leitlinie für die Mitarbeiter.

Das Rechtsrisiko wird im Rahmen des bestehenden OpRisk Framework mit einbezogen und beobachtet. Hierzu gehören der Key Risk Indikator Report, das Operational Risk Self Assessment und die Analyse von Risikoereignissen.

Das Rechtsrisiko wird ebenso in allen wichtigen Risikodokumenten berücksichtigt und beschrieben. Es wird als wesentlich für die Gruppe erachtet und teilweise im ICAAP kapitalisiert (mittels dem allgemeinen OpRisk).

Ergänzend zum Management, der Nachverfolgung und der Kapitalisierung von Rechtsrisiken treffen sich der Bereich Legal und Finance quartalsweise um offene Rechtsfälle zu erörtern.

Der Bereich Legal stellt die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Abschlusses pro Rechtsfall dar.

Rückstellungen für Rechtsrisiken werden gemäß IAS 37 gebildet. Eine Rückstellung ist eine Schuld, die bezüglich ihrer Fälligkeit oder ihrer Höhe ungewiss ist. Rückstellungen sind dann anzusetzen, wenn einem Unternehmen aus einem Ereignis eine gegenwärtige Verpflichtung entstanden ist, der Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtung wahrscheinlich ist und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Gemäß IAS 37.15 gibt es vereinzelt Fälle, in denen unklar ist, ob eine gegenwärtige Verpflichtung existiert. In diesen Fällen führt ein Ereignis der Vergangenheit zu einer gegenwärtigen Verpflichtung, wenn unter Berücksichtigung aller verfügbaren substantziellen Hinweise für das Bestehen einer gegenwärtigen Verpflichtung zum Abschlussstichtag mehr dafür als dagegen spricht. In Ausnahmefällen, zum Beispiel in einem Rechtsstreit, kann über die Frage gestritten werden, ob bestimmte Ereignisse eingetreten sind oder diese zu einer gegenwärtigen Verpflichtung geführt haben. In diesem Fall bestimmt die pbb unter Berücksichtigung aller verfügbaren substantziellen Hinweise, einschließlich der Meinung zum Beispiel von Sachverständigen, ob zum Abschlussstichtag eine gegenwärtige Verpflichtung besteht. Zur Darstellung der Rechtsrisiken wird auf den Prognosebericht und die Note »Rückstellungen« verwiesen.

Risikoberichte, Überwachung und Management von operationellen Risiken

Operationelle Risiken werden durch ein Netzwerk, bestehend aus Kontrollen, Verfahren, Berichten und Verantwortlichkeiten, überwacht. Innerhalb der pbb übernimmt jeder einzelne Fachbereich sowie jede Führungsebene die Verantwortung für die eigenen operationellen Risiken und stellt entsprechende Ressourcen und Prozesse zu deren Begrenzung zur Verfügung. Der Fokus liegt dabei vielmehr auf der proaktiven

Früherkennung, Minderung und Steuerung der Risiken als lediglich auf der Messung, Überwachung und Reaktion auf Risiken.

Informationen werden auf zusammengefasster Basis verwendet, um das operationelle Risikoprofil der pbb und die notwendigen Maßnahmen zur Risikoreduzierung zu bestimmen. Dies geschieht auch mit Hilfe von Operational Risk Szenarioanalysen, welche auf jährlicher Basis durchgeführt werden.

Regelmäßige Berichte werden für den CRO und das Risk Committee erstellt. Der monatliche Group Risk Report enthält operationelle Schadensfälle und Verluste sowie wesentliche risikorelevante Sachverhalte mit Auswirkung auf die pbb. Zudem weist ein vierteljährlicher Bericht zu wesentlichen Risikoindikatoren den Vorstand auf potenzielle Risikoquellen hin. Auf jährlicher Basis wird ein Operational-Risk-Jahresbericht erstellt, welcher eine Zusammenfassung der wichtigsten Ereignisse des laufenden Jahres und zudem die Ergebnisse des Operational Risk-Self-Assessment-Prozesses beinhaltet. Dieser Bericht wird an den Vorstand der pbb verteilt und im Risk Committee präsentiert.

Risikomessung

Das ökonomische Kapital für operationelle Risiken im Going-Concern Ansatz betrug 39 Mio. € zum 31. Dezember 2014 (37 Mio. € zum 31. Dezember 2013). Details zur Berechnung sind im Kapitel »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse« beschrieben.

Die regulatorische Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken, die jeweils einmal jährlich zum Jahresende berechnet wird, betrug, entsprechend dem Standardansatz 81 Mio. € zum 31. Dezember 2014 (74 Mio. € zum 31. Dezember 2013).

Operationelles Risikoprofil der pbb

Im Jahr 2014 ergaben sich für die pbb Verluste von insgesamt 10,9 Mio. € aus operationellen Risiken (2013: 1,2 Mio. €). Die operationellen Verluste verteilen sich zu 37% auf das Segment Real Estate Finance sowie jeweils zu 32% auf das Segment Public Investment Finance und auf das Segment Value Portfolio.

Die Basel-II-Ereigniskategorie »Abwicklung, Lieferung und Prozessmanagement« war im Jahr 2014 die Kategorie mit sowohl der höchsten Anzahl an Ereignissen (86%) als auch die Kategorie, der nahezu alle finanziellen Auswirkungen zugeordnet werden (99,7%). Dieses Ergebnis wurde auch im Operational-Risk-Self-Assessment-Prozess sichtbar, der eine Bottom-up-Risikoeinschätzung darstellt, die von jedem Geschäftsbereich in der Bank durchgeführt wird.

Das operative Risikoprofil der pbb hat sich im Laufe der letzten Jahre u.a. durch die erfolgreiche Umsetzung verschiedener IT-Projekt und die Konsolidierung der Kernsysteme kontinuierlich verbessert.

Immobilienrisiken

Immobilienrisiken sind definiert als potenzielle negative Wertveränderungen des unternehmenseigenen Immobilienbestands durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobiliensituation oder eine negative Veränderung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilie bedingt durch Leerstände, veränderte Nutzungsmöglichkeiten, Bauschäden, Erfordernis von Investitionen usw.

Der unternehmenseigene Immobilienbestand (nahezu ausschließlich Rettungserwerbe) der pbb ist auf wenige Einzelfälle beschränkt. Rettungserwerbe werden nicht als Unternehmensziel im Sinne der Geschäftsstrategie verstanden, sondern unterliegen einer einzelfallbezogenen Beurteilung. Grundsätzliches Ziel ist es hierbei, diese Immobilien unter ganzheitlichen immobilienwirtschaftlichen Gesichtspunkten, wie z. B. Kosten-/Ertragssituation, Erhöhung von Vermietungsständen, Optimierung von Nutzungsmöglichkeiten, Weiterentwicklung des Standorts, zu entwickeln, entsprechende Lösungen für den Einzelfall zu erarbeiten bzw. anschließend möglichst wertschonend zu veräußern.

Immobilienrisiken werden in ihrer Gesamtheit durch die Berechnung des ökonomischen Kapitals auf Einzeltransaktionsebene dargestellt und regelmäßig überwacht.

Die Verwaltung bzw. das aktive Risikomanagement der Rettungserwerbe erfolgt durch das auf dieses Geschäftsfeld spezialisierte Rescue Deal Management der Bank.

Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse

Going-Concern¹⁾

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Adressrisiko	219	237	-18
Marktrisiko	256	185	71
Operationelles Risiko	39	37	2
Geschäftsrisiko	3	-	3
Immobilienrisiko	10	9	1
Summe vor Diversifikationseffekten	527	468	59
Summe nach Diversifikationseffekten	488	421	67
Risikodeckungsmasse (Freies Kapital)	1.464	1.946	-482
Überdeckung (+) / Unterdeckung (-)	976	1.525	-549

Die Going-Concern Perspektive stellt explizit auf den Schutz der regulatorischen Mindestkapitalisierung und damit auf die Fortführbarkeit der Geschäftstätigkeit der pbb in schweren ökonomischen Abschwungphasen ab. Zum Nachweis der Risikotragfähigkeit wird dabei zunächst das ökonomische Kapital auf einem Konfidenzniveau von 95% berechnet. Enthalten sind die von uns als wesentlich definierten Risikoarten Adressrisiko, Marktrisiko, operationelles Risiko, das Refinanzierungsrisiko als Teil des Geschäftsrisikos und das Immobilienrisiko.

Ohne die Diversifikationseffekte zwischen den einzelnen Risikoarten belief sich das ökonomische Kapital der pbb im Going-Concern-Ansatz auf 527 Mio.€ (31. Dezember 2013: 468 Mio.€). Mit deren Berücksichtigung lag es bei 488 Mio.€ (31. Dezember 2013: 421 Mio.€). Die auf Basis des ICAAP größte Risikoart (gemessen am ökonomischen Kapital) war im Dezember 2014 das Marktrisiko, auf das rund 49% des undiversifizierten ökonomischen Kapitals entfielen gefolgt vom Adressrisiko mit 42%. Der Anstieg des ökonomischen Kapitals im Marktrisiko von 71 Mio.€ ist maßgeblich durch den signifikanten Rückgang der Credit Spreads und Zinsen in europäischen Ländern getrieben, die während des Jahres zu höheren Fair Values und damit auch zu einer erhöhten Credit-Spread-Sensitivität der Wertpapiere im Anlagebuch führten. Aber auch eine methodische Anpassung im Marktrisiko hat im zweiten Halbjahr zu dem Anstieg des Marktrisikos beigetragen.

Der Rückgang im Adressrisiko um 18 Mio.€ ist zum einen durch Ratingverbesserungen von öffentlichen Schuldnern sowie durch Wertkorrekturen des Exposures gegen die Heta verursacht worden. Operationelle Risiken haben sich durch die Berücksichtigung von internen Daten aus 2014 in der Modellierung operationeller Risiken leicht erhöht. Das Immobilienrisiko hat sich durch die zusätzliche Berücksichtigung einer Immobilie in den Niederlanden seit Dezember 2014 ebenfalls leicht erhöht.

Der Anstieg im Geschäftsrisiko ist durch gestresste Fundingkosten für einen angestiegenen Liquiditätsbedarf im Going-Concern Stressszenario erklärt.

Dem gegenüber steht als Risikodeckungspotenzial das sogenannte freie Kapital, welches im Wesentlichen aus dem vorhandenen CET1 abzüglich des zur Abdeckung der aufsichtsrechtlichen Mindestquoten notwendigen CET1 und abzüglich eines Puffers für unwesentliche und nicht oder nur teilweise

¹⁾ Werte pbb-Konzern

quantifizierbare Risiken besteht. Bei der Bestimmung des zur Abdeckung der regulatorischen Mindestquoten notwendigen CET1 wird gemäß dem Vorsichtsprinzip ein Sicherheitsaufschlag auf die risikogewichteten Aktiva berücksichtigt. Die Berechnung des freien Kapitals wird sowohl auf den aktuellen Zahlen durchgeführt, als auch auf den geplanten Werten über einen Zeithorizont von einem Jahr. Das geringere freie Kapital aus diesen Berechnungen wird als Risikodeckungsmasse im Going-Concern-Ansatz verwendet. Die Höhe des freien Kapitals lag zum Stichtag bei 1,5 Mrd. € (31. Dezember 2013: 1,9 Mrd. €) und basiert auf den Planzahlen, da hier die Rückzahlung der stillen Einlage Ende 2015 in Höhe von 1 Mrd. € bereits berücksichtigt und somit das geplante CET1 geringer war.

Der Rückgang im freien Kapital fiel mit 0,4 Mrd. € jedoch deutlich geringer aus als die Berücksichtigung der stillen Einlage von nominal 1 Mrd. €, weil im Abschluss 2013 das CET1 noch nach HGB Rechnungslegung mit entsprechender Verlustzuweisung für die stille Einlage berücksichtigt wurde. Ein kleinerer Teil des Rückgangs ist auf die Berücksichtigung eines zusätzlichen Puffers zurückzuführen. Dieser deckt das Adressrisiko aus potenziellen Prolongationen und aus unerwarteten Verlusten aus bereits ausgefallenen Geschäften ab.

Entsprechend ergab sich zum 31. Dezember 2014 für einen einjährigen Betrachtungszeitraum eine Überdeckung von 1,0 Mrd. € (31. Dezember 2013: 1,5 Mrd. €) und damit der Nachweis der Risikotragfähigkeit der pbb im Going-Concern-Ansatz.

Gone-Concern

Ergänzend zum Going-Concern-Ansatz verwendet die pbb einen Gone-Concern-Ansatz (Liquidationsperspektive) als zusätzlichen, parallelen Steuerungsansatz. Der Gone-Concern-Ansatz hat zum Ziel, den Schutz des erstrangigen Fremdkapitalgebers in einem hypothetischen Liquidationsszenario mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit zu gewährleisten. Die pbb hat hierbei ein Konfidenzniveau von 99,91% gewählt, das sich homogen in die generell konservative Parametrisierung der Modelle einfügt. In diesem Liquidationsszenario wird jedoch nicht - wie beispielsweise aufgrund des Pfandbriefgesetzes geboten - von einer opportunistischen Abwicklung der Portfolios ausgegangen, sondern von einem sofortigen Verkauf der zum Fair Value bilanzierten Aktiva und der Wertpapiere des Anlagebuchs. Entsprechend dieser Prämisse werden neben den bereits genannten wesentlichen Risiken aus dem Going-Concern-Ansatz zusätzlich noch Credit-Spread-Risiken aus Wertpapieren des Anlagebuchs bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals berücksichtigt und gleichzeitig die netto stillen Lasten dieser Wertpapiere bei der Bestimmung der Risikodeckungsmasse in Abzug gebracht.

Gone-Concern¹⁾

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Adressrisiko	1.437	1.447	-10
Marktrisiko	1.356	1.083	273
Operationelles Risiko	84	78	6
Geschäftsrisiko	65	53	12
Immobilienrisiko	23	20	3
Summe vor Diversifikationseffekten	2.965	2.681	284
Summe nach Diversifikationseffekten	2.647	2.436	211
Risikodeckungsmasse vor Stillen Lasten	4.147	4.285	-138
Stille Lasten	-	546	-546
Risikodeckungsmasse	4.147	3.739	408
Überdeckung (+) / Unterdeckung (-)	1.500	1.303	197

1) Werte pbb-Konzern

Im Gone-Concern-Ansatz beläuft sich das ökonomische Kapital ohne Diversifikationseffekte zum 31. Dezember 2014 auf 3,0 Mrd. € (31. Dezember 2013: 2,7 Mrd. €) und mit deren Berücksichtigung auf

2,6 Mrd. € (31. Dezember 2013: 2,4 Mrd. €). Wesentliche Treiber sind auch hier das Adressrisiko mit 1,4 Mrd. € und das Marktrisiko mit 1,4 Mrd. €. Der überwiegende Teil des Marktrisikos besteht aus Credit-Spread-Risiken, die durch eine noch immer erhöhte Volatilität der Credit Spreads in Teilen des europäischen Währungsraums vor allem bei den Wertpapieren im Value Portfolio der pbb getrieben werden. Der Anstieg im Marktrisiko von 273 Mio. € wurde durch höhere Credit Spread Sensitivitäten, durch höhere Bewertungen von Finanzanlagen und zusätzlich durch eine Methodenanpassung im Marktrisiko im zweiten Halbjahr erklärt.

Das Adressrisiko fiel um 10 Mio. € hauptsächlich durch verbesserte Bonitätseinstufungen öffentlicher Schuldner sowie der Wertkorrektur auf das Exposure gegen die Heta. Operationelle Risiken haben sich durch den Anstieg in der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung erhöht. Das Immobilienrisiko hat sich durch die zusätzliche Berücksichtigung einer Immobilie in den Niederlanden seit Dezember 2014 ebenfalls leicht erhöht. Der Anstieg im Geschäftsrisiko ist durch gestresste Fundingkosten für einen angestiegenen Liquiditätsbedarf im Gone-Concern Stressszenario erklärt.

Die Risikodeckungsmasse im Gone-Concern-Ansatz belief sich vor Abzug der stillen Lasten zunächst auf 4,1 Mrd. € (31. Dezember 2013: 4,3 Mrd. €) und blieb auch nach Abzug der netto stillen Lasten auf Wertpapiere im Anlagebestand auf 4,1 Mrd. € (31. Dezember 2013: 3,7 Mrd. €). Wie im Going-Concern-Ansatz ist ein kleinerer Effekt durch die Berücksichtigung eines zusätzlichen Puffers zur Deckung von unerwarteten Verlusten aus dem Portfolio ausgefallener Engagements und zur Deckung des Adressrisikos potenzieller Prolongationen hervorgerufen. Der Rückgang der Credit Spreads vieler europäischer öffentlicher Schuldner in 2014 führte zu einer deutlichen Erholung der netto stillen Lasten bei Wertpapieren im Anlagebuch der pbb, so dass zum Stichtag 31. Dezember 2014 keine netto stillen Lasten mehr abzuziehen waren. Der Rückgang der netto stillen Lasten ist somit auch die Hauptursache für die Erhöhung der Risikodeckungsmasse um 0,4 Mrd. €.

Falls sich die europäische Staatsschuldenkrise verschärfen und sich in Folge dessen die Credit Spreads vieler europäischer Schuldner wieder erhöhen sollten, ist ungeachtet etwaiger Gegensteuerungsmaßnahmen mit einer entsprechenden Erhöhung sowohl der Credit Spread Risiken als auch der stillen Lasten zu rechnen.

Methodik der einzelnen Risikoarten

Das ökonomische Kapital jeder Risikoart wird über einen quantitativen Ansatz ermittelt und unter Berücksichtigung von spezifischen Korrelationen zum Gesamtbankrisiko aggregiert. Gemäß gängigem Marktstandard werden die Risikoarten für einen Zeitraum von einem Jahr und zu einem bestimmten Konfidenzniveau (99,91% im Gone-Concern, 95% im Going-Concern) berechnet.

Nachfolgend wird die Berechnungsmethodik des ökonomischen Kapitals für die einzelnen materiellen Risikoarten für 2014 erläutert.

Adressrisiko Zur Berechnung des Adressrisikos auf Portfolioebene setzt die pbb ein Kreditportfoliomodell ein, das dem Ansatz eines sogenannten Asset-Value-Modells folgt. Der wesentliche Grundgedanke dieses Ansatzes besteht darin, dass über die wiederholte Simulation korrelierter Ratingmigrationen und Ausfälle der Kreditnehmer sowie eine Berechnung hieraus resultierender Wertveränderungen über eine entsprechende Neubewertung des Portfolios Wahrscheinlichkeitsaussagen über potenzielle Verluste aus dem Kreditgeschäft getroffen werden können. Aus der auf diesem Weg berechneten Verlustverteilung lässt sich dann das ökonomische Adressrisikokapital als unerwarteter Verlust ableiten. Dieses beziffert den auf einem vorgegebenen Konfidenzniveau berechneten maximalen unerwarteten Verlust, der sich aufgrund von Ratingmigrationen und Ausfällen im Kreditgeschäft innerhalb eines Jahres ergeben kann. Neben der Verlustverteilung des Kreditportfolios ist ein wesentliches Ergebnis die risikoadäquate Allokation des so gemessenen Adressrisikokapitals auf die einzelnen Kreditnehmereinheiten nach dem sogenannten Expected-Shortfall-Prinzip. Hierbei wird eine verursachungsgerechte Zuordnung auf die Kreditnehmer gewährleistet und damit ein wesentlicher Baustein zur risikoorientierten Steuerung des Kreditportfolios gelegt.

Im zweiten Quartal 2014 wurde das Adressrisiko aus möglichen Geschäftsprolongationen in die Berechnung für das Adressrisiko mit aufgenommen und in Form eines Risikopuffers in der

Risikodeckungsmasse berücksichtigt. Zusätzlich wurde im zweiten Quartal 2014 das Risiko von Änderungen von Wertberichtigungen bei bereits ausgefallenen Engagements modelliert und ebenfalls in Form eines zusätzlichen Risikopuffers bei der Bestimmung der Risikodeckungsmasse berücksichtigt.

Marktrisiko Die Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Marktrisiko dient dazu, mögliche finanzielle Verluste aus Preisänderungen der Anlage- und Handelsbuchpositionen zu erfassen. Dabei werden die potenziellen unsystematischen Verluste aus einer Analyse historischer Zeitreihen bestimmter Einflussfaktoren (Risikofaktoren) wie zum Beispiel Zinsen, Wechselkurse und Credit Spreads über die letzten sieben Jahre abgeleitet. Der relativ lange Zeitraum von sieben Jahren stellt sicher, dass auch für die Bank ungünstige ökonomische Konjunkturphasen im Modell erfasst werden. Schließlich wird mittels eines Simulationsverfahrens und unter Verwendung der linearen Sensitivitäten der Finanzinstrumente die Jahresverlustverteilung des Portfoliomarktwertes ermittelt, woraus sich das ökonomische Kapital zum Konfidenzniveau von 95% und 99,91% bestimmen lässt. Im zweiten Halbjahr 2014 wurde das Modell angepasst, was zu einem leichten Anstieg des Marktrisikokapitals geführt hat. Die Hauptänderung ist dabei auf eine verbesserte Modellierung der Credit-Spread-Risiken zurückzuführen.

Operationelles Risiko In die Berechnung des ökonomischen Kapitals für operationelle Risiken gehen sowohl das Ergebnis der Berechnung nach dem Standardansatz gemäß Basel II/Basel III, als auch das Ergebnis eines mit internen Daten parametrisierten mathematischen Modells zur Berechnung von Verlusten aus operationellen Risiken ein. Zudem wird der vergangenheitsbezogene Standardansatz nach Basel II durch die Berücksichtigung zukunftsgerichteter Planzahlen über drei Jahre angereichert. Für die Zwecke des Kapitaladäquanzverfahrens wird der regulatorisch bestimmte Kapitalbedarf im Going-Concern-Ansatz entsprechend dem Konfidenzniveau von 95% skaliert. Im Gone-Concern-Ansatz erfolgt eine Skalierung auf das höhere Konfidenzniveau von 99,91%.

Geschäftsrisiko Das Geschäftsrisiko wird in der pbb allgemein definiert als das Risiko von Gewinneinbußen aufgrund von Veränderungen des externen Geschäftsumfelds, die die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Bank beeinflussen. Dazu gehören neben nicht quantifizierbaren Risiken, wie etwa regulatorisches Risiko und strategisches Risiko, auch Risiken von erhöhten Refinanzierungskosten bzw. eines erhöhten Refinanzierungsbedarfs sowie Ertragsrisiken. Die Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Geschäftsrisiko beinhaltet einen Szenario-basierten Anstieg der Finanzierungskosten infolge eines gestiegenen Finanzierungsbedarfs bei einer gleichzeitigen Erhöhung des unbesicherten Refinanzierungssatzes. Dem Ertragsrisiko wird unter anderem auch dadurch Rechnung getragen, dass geplante Erträge aus Neugeschäft nicht in der Risikodeckungsmasse berücksichtigt werden.

Immobilienrisiko Das Immobilienrisiko der pbb wird mit Hilfe eines mathematisch-statistischen Modells berechnet, welches es erlaubt, Wahrscheinlichkeitsaussagen über potenzielle Wertverluste von Immobilien im Eigenbestand zu treffen. Die Parametrisierung des Modells basiert im Wesentlichen auf Zeitreihen repräsentativer Immobilienindizes für das Portfolio.

Liquiditätsrisiko Eine Kapitalisierung von Liquiditätsrisiken im engeren Sinne ist nicht möglich. Liquiditätsrisiken im weiteren Sinne einer Erhöhung der Refinanzierungskosten für potenzielle Finanzierungslücken sind im ökonomischen Kapital für das Geschäftsrisiko abgebildet.

Stresstests

In der jüngsten Vergangenheit haben Stresstests nicht zuletzt auch wegen der europäischen Staatsschuldenkrise sowohl aufsichtlich als auch im Rahmen der bankinternen Steuerung eine immer größere Bedeutung erlangt. Innerhalb des direkt an das Risiko-Komitee berichtenden Stresstest-Komitees werden sämtliche Aktivitäten, Entwicklungen und Entscheidungen auf dem Gebiet der Stresstests gebündelt. Im Rahmen eines integrierten Ansatzes wurde im Berichtszeitraum die Auswirkung von makroökonomischen Stress-Szenarien auf alle wesentlichen Risiken und das Risikodeckungspotenzial unter gestressten Marktparametern über einen mehrjährigen Zeithorizont hinweg ermittelt. Der Fokus dieser Szenarien liegt auf der Fortsetzung beziehungsweise Verschärfung der aktuellen Staatsschuldenkrise.

Des Weiteren werden Stresstests in Bezug auf das ökonomische Kapital und die Risikodeckungsmasse eingesetzt, um ein tieferes Verständnis für die Sensitivität der Risikotragfähigkeitsrechnungen auf adverse

Bewegungen der ökonomischen Einflussfaktoren zu entwickeln. Darüber hinaus werden regelmäßig auch sogenannte inverse Stresstests durchgeführt, die als Ergebnis bestimmte Parameterkonstellationen beschreiben, bei denen die Risikotragfähigkeit gefährdet wäre. Neben institutionalisierten Stresstests haben im Berichtszeitraum Ad-hoc-Anfragen seitens des Vorstands eine wichtige Rolle gespielt.

SREP

Am 19. Dezember 2014 hat die EBA die finale Leitlinie zum aufsichtlichen Überprüfungs- und Überwachungsprozess (SREP – Supervisory Review and Evaluation Process) nach einer vorangegangenen mehrmonatigen Konsultationsphase veröffentlicht. Die gut 200 Seiten starke Richtlinie (EBA/GL/2014/13) richtet sich an die Aufsichtsbehörden der Staaten der Europäischen Union und soll 2015 in den Instituten umgesetzt und ab 2016 angewendet werden. Die EBA verfolgt in der Leitlinie einen ganzheitlichen SREP-Ansatz, der die Beurteilung von ausgewählten Schlüsselindikatoren, des Geschäftsmodells, der Governance und der Kapital- und Liquiditätsrisiken umfasst.

Der SREP läuft also auf eine ganzheitliche Bewertung eines Instituts hinaus und endet mit einer gesamthafter Bonitätseinordnung eines Instituts. Damit bildet der SREP künftig die Brücke zwischen der bisherigen Säule II nach den Artikeln 76–87, 97 der CRDIV und der auf Abwicklung und Sanierung ausgerichteten BRRD (Bank Recovery and Resolution Directive – Richtlinie 2014/59/EU).

Die pbb hat bereits auf Basis der in 2014 stattfindenden Konsultationen ein Projekt initiiert, welches die vollständige Umsetzung des SREP zum Ziel hat.

Im Rahmen der EZB-Umsetzung der EBA-Leitlinie wurden am 12. März 2015 Mindestquoten inklusive CET 1 Ratio und Own Funds Ratio für die HRE vorgegeben. Diese Quoten werden zum 31. Dezember 2014 erfüllt. Wie die EZB weiterhin mit der SREP-Thematik im Übergangsjahr 2015 umgeht bleibt abzuwarten.

Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen gemäß Solvabilitätsverordnung

Die pbb ist gemäß der Waiver-Regelung nach Art. 7 Capital Requirements Regulation (CRR) davon befreit, auf Institutsebene die Eigenmittel- und Kernkapitalquoten zu ermitteln.

Ergebnis der »Umfassenden Bewertung« (Comprehensive Assessment) der EZB

Gemäß EZB-Methodik musste das Comprehensive Assessment auf höchster konsolidierter Ebene durchgeführt werden. Die pbb war daher über die Hypo Real Estate Group (HRE) in das Comprehensive Assessment der EZB eingebunden. Die nachfolgenden dargestellten Ergebnisse beziehen sich insofern auch nicht auf die pbb, sondern auf die Hypo Real Estate Group.

2014 hat die EZB in Zusammenarbeit mit den zuständigen nationalen Aufsichtsbehörden einen EU-weiten Bilanz- und Stresstest durchgeführt. Die Analyse umfasste 130 Banken und bestand im Wesentlichen aus zwei Elementen: Im Rahmen eines Asset Quality Review, der eine Verbesserung der Transparenz der Bankbilanzen zum Ziel hatte, wurde die Qualität der Vermögenswerte einschließlich der Angemessenheit der Bewertung von Forderungen und Verbindlichkeiten und der Risikovorsorge untersucht. Dem folgte ein Stresstest in Zusammenarbeit mit der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde European Banking Authority (EBA).

Die HRE hat beim Bilanz- und Stresstest der EZB gut abgeschnitten. Beim Bilanztest, dem sogenannten Asset Quality Review (AQR), ergaben sich gemäß EZB-Prüfungsvorgaben Bewertungsanpassungen von 37 Mio. € bezogen auf das gesamte Exposure des Konzerns, der für diese Untersuchung zum Stichtag 31. Dezember 2013 noch die Gesamtbilanzen der Tochtergesellschaften Deutsche Pfandbriefbank AG und der DEPFA Bank plc umfasste. Daraus ergab sich eine Reduktion der harten Kernkapitalquote (CET1-Quote) per 31. Dezember 2013 um 0,15 Prozentpunkte.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse des AQR errechnete sich für die HRE unter den Stressannahmen des adversen Szenarios am Ende der Stresstestperiode im Jahr 2016 eine harte Kernkapitalquote (CET1-

Quote) von 10,78%. Diese liegt deutlich über der Mindestanforderung der EZB von 5,5%. Im Baseline-Szenario erreichte die HRE eine CET1 Ratio von 18,16% gegenüber der Mindestquote von 8%.

Die DEPFA Bank plc war mit Blick auf den geplanten Verkauf bis Ende des Jahres 2014 im Einklang mit den Vorgaben der EZB nicht in den Stresstestergebnissen enthalten. Entsprechend verringerten sich die Aktiva, jedoch auch das Eigenkapital des Konzerns. Die Ergebnisse enthielten nicht die Stille Einlage des SoFFin in Höhe von 1 Mrd. €, die regulatorisch nur auf Einzelinstitutsebene der Deutsche Pfandbriefbank AG angerechnet wird.

Die HRE sowie auch die pbb haben sich in der Folge intensiv mit den Ergebnissen des Comprehensive Assessments auseinandergesetzt. Insbesondere wurden die sich auf Basis der EZB-Prüfungsvorgaben aus dem AQR ergebenden Bewertungsanpassungen für den jeweiligen Einzelfall noch einmal im Kontext der für die Rechnungslegung maßgeblichen Bilanzierungsvorgaben überprüft. Unter Berücksichtigung des Ermessensspielraums in der Bilanzierung wurden gegebenenfalls Anpassungen in die Rechnungslegung übernommen.

Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Konzeption

Das interne Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung sowie der Einhaltung der rechtlichen Vorschriften. Ziel des internen Kontrollsystems und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist es, die Regelkonformität des Abschlusses sicherzustellen. Risiken, die diesem übergeordneten Ziel entgegenstehen, werden im Prozess identifiziert und bewertet; erkannte Risiken werden begrenzt und auf ihren Einfluss auf den Abschluss und die entsprechende Abbildung dieser Risiken hin überprüft. Das interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist ein integraler Bestandteil des Risikomanagementsystems. Es soll durch die Implementierung von Kontrollen hinreichende Sicherheit gewährleisten, dass trotz der identifizierten Risiken ein regelungskonformer Abschluss erstellt wird. Ein internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess kann jedoch keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der Ziele geben.

Bei der pbb spiegelt sich das interne Kontrollsystem und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess in der Aufbau- und der Ablauforganisation wider. Aufbauorganisatorisch umfasst das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess vor allem den Vorstand, den Aufsichtsrat als Kontrollorgan des Vorstands, den vom Aufsichtsrat gebildeten Prüfungsausschuss, den Bereich Finance sowie das Group Finance Committee (GFC) der HRE. Die Aufgabe des CFO wird von einem der beiden Co-Vorsitzenden wahrgenommen.

Der Vorstand als gesetzlicher Vertreter der pbb hat gemäß § 264 i.V.m. § 242 HGB einen Jahresabschluss und einen Lagebericht aufzustellen. Der Gesamtvorstand der pbb trägt im Zusammenhang mit der Pflicht zur Einführung eines internen Kontroll- und Risikomanagementsystems auch die Verantwortung für die Ausgestaltung, das heißt die Konzeption, Implementierung, Aufrechterhaltung sowie Überwachung eines angemessenen und wirksamen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess. Der Gesamtvorstand entscheidet hierzu über alle Strategien auf Vorschlag des Co-Vorsitzenden, der die Aufgaben des CFO wahrnimmt, oder des GFC.

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu beraten und zu überwachen. Daneben hat der Aufsichtsrat Prüfungspflichten und Berichtspflichten. Der Aufsichtsrat der pbb hat zur Unterstützung seiner Tätigkeit einen Prüfungsausschuss gebildet. Gemäß § 100 Abs. 5 AktG muss mindestens ein Mitglied des Aufsichtsrats über Sachverstand in den Gebieten Rechnungslegung oder Prüfung verfügen.

Der Bereich Group Internal Audit unterstützt den Vorstand und den Aufsichtsrat in seiner Kontrollfunktion durch unabhängige Prüfungen.

Der Co-Vorsitzende, der die Aufgabe des CFO wahrnimmt, leitete am 31. Dezember 2014 die Bereiche Communications, Corporate Office/Compliance, Finance und Legal. Der Bereich Finance beinhaltet die Abteilungen Accounting, Financial Reporting, Procurement Services & Corporate Controlling, Regulatory Reporting und Tax. Im Bereich Finance wird der Einzelabschluss gemäß HGB erstellt und die rechnungslegungsrelevanten Kapitalmarktinformationen werden bereitgestellt. Für Rechnungslegungszwecke werden die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gemäß HGB in den Abschlüssen der Zentrale und der Niederlassungen vereinheitlicht. Hierfür ist ein HGB-Bilanzierungshandbuch in das Prozess-/ Anweisungswesen (ATLAS) der pbb eingestellt. Jede einbezogene Einheit meldet daraufhin die Bilanz, Gewinn-und-Verlustrechnung und die Anhangangaben an eine zentrale Stelle im Rechnungswesen. Dort werden die Daten der Fremdwährungspositionen IT-unterstützt in Euro umgerechnet. Darüber hinaus werden die Daten plausibilisiert, analysiert und konsolidiert.

Das GFC der HRE, das auch für die pbb tätig ist, gibt Empfehlungen an den Vorstand. Dazu gehören unter anderem die Festlegung und Überwachung der Richtlinien und Abläufe für das Rechnungs- und Berichtswesen für alle Einheiten. Das GFC setzt sich aus den Vorstandsmitgliedern sowie den Bereichsleitern Finance, Risk Management & Control und Treasury zusammen.

Ablauforganisatorisch basiert das interne Kontrollsystem und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess auf einer angestrebten weitgehenden Standardisierung von Prozessen und eingesetzter Software. Für Kernaktivitäten und -prozesse existieren ein Richtlinienwesen und ein Verhaltenskodex. Danach ist das Vieraugenprinzip für wesentliche Vorgänge verpflichtend anzuwenden. Daten und EDV-Systeme sind vor unbefugten Zugriffen geschützt. Ferner werden bestimmte relevante Informationen nur Mitarbeitern zur Verfügung gestellt, die diese Informationen für ihre Arbeit benötigen. Ergebnisse werden, soweit notwendig, bereichsübergreifend abgestimmt.

Implementierung

Die pbb hat das Konzept des internen Kontrollsystems und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken implementiert. Die Gremien der HRE Holding und der pbb sind weitgehend personenidentisch besetzt, wodurch eine einheitliche Steuerung ermöglicht wird. Zum Beispiel bilden die Mitglieder des Vorstands der HRE Holding gleichzeitig den Vorstand der pbb.

Zur Stärkung des internen Kontrollsystems hat die pbb einen sogenannten Control Attestation Prozess eingeführt. Hierbei werden risikoadjustiert alle wesentlichen Kontrollen sämtlicher Fachbereiche des pbb Konzerns erfasst und kontrolliert. Diese Schlüsselkontrollen sind in einem regelmäßigen Meldeprozess von den Fachbereichen zu überprüfen und zu bestätigen. Die Bereiche Corporate Office/Compliance und Group Internal Audit überprüfen diese in einem nachgelagerten Prozess.

Innerhalb des Bereichs Finance herrscht eine klare Funktionstrennung, was sich zum Beispiel in separaten Abteilungen zur Zahlenerstellung (Accounting) und zum Berichtswesen (Financial Reporting) widerspiegelt. Das GFC und weitere Komitees sowie Abteilungsbesprechungen bilden Klammerfunktionenzwischen den verschiedenen Aufgaben. Darüber hinaus sind ausführende, buchende und verwaltende Tätigkeiten wie zum Beispiel die Zahlung und die Buchung der Zahlung klar getrennt oder unterliegen dem Vieraugenprinzip. Ferner melden die in den Abschluss einbezogenen Einheiten die Daten an eine zentrale Stelle innerhalb der pbb, sodass die Weiterverarbeitung in einem einheitlichen Prozess bewirkt wird.

Innerhalb der Ablauforganisation bestehen systembasierte und nicht systembasierte Maßnahmen zum Management der Risiken und für interne Kontrollen. Systembasiert wird zur Vermeidung von Fehlern so weit wie möglich Standardsoftware für die Buchung, Abstimmung, Kontrolle und das Berichten der Daten eingesetzt. Zum Schutz vor Verlust werden die Daten der Konsolidierungssoftware täglich gesichert und die Sicherung auf Band ausgelagert. Allgemein ist die Software der pbb gegen unbefugte Zugriffe durch eine klar geregelte Administration und Freigabe von Berechtigungen geschützt.

Neben den systembasierten Maßnahmen hat die pbb manuelle beziehungsweise nicht systembasierte Verfahren implementiert. So werden die Meldungen in einem standardisierten Prozess auf Richtigkeit und Vollständigkeit geprüft. Verbindlich anzuwendende Rechnungslegungsvorgaben werden definiert und kommuniziert, unter anderem in Form eines Handbuchs. Diese Vorgaben umfassen die Analyse und

Auslegung der relevanten Vorschriften um eine einheitliche Bilanzierung und Bewertung zu ermöglichen. Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewandten Verfahren sowie die zugrundeliegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und, soweit erforderlich, angepasst.

Zur Erhöhung der Kontrollqualität sind verschiedene Bereiche in bestimmte Prozesse eingebunden und zur Abstimmung verpflichtet. Zum Beispiel dienen der bereichsübergreifende Neuproduktprozess und die Überprüfung der bestehenden Produkte mit Vetorecht durch den Bereich Finance der Sicherstellung einer einheitlichen und systematischen bilanziellen Abbildung der Produkte. Zudem werden die Verfahren der durch den Bereich Risk Management & Control vorgenommenen Marktbewertungen im GFC abgestimmt.

Im Rahmen des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ergreift die pbb Maßnahmen zur Abwehr von betrügerischen Handlungen und bewussten Verstößen zulasten der pbb. Als betrügerische Handlung zulasten der pbb werden zum Beispiel Diebstahl, Unterschlagung oder Untreue gezählt. In Bezug auf den Rechnungslegungsprozess wird darüber hinaus auch die bewusste falsche Bilanzierung als betrügerische Handlung definiert. Die pbb identifiziert und bewertet die Risiken und stellt Maßnahmen zur Abwehr solcher betrügerischen Handlungen und bewussten Verstöße auf. Durch ein systembasiertes Konzept werden darüber hinaus die Mitarbeiter in Compliance-Regelungen geschult.

Aufrechterhaltung

Die pbb überprüft und verbessert sein internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess fortlaufend unter anderem im Rahmen der Sitzungen des Vorstands und des GFC zur Sicherstellung einer möglichst richtigen und umfassenden Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken. Als Ergebnis werden auch Anpassungen des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess an neue Gegebenheiten wie zum Beispiel bei Veränderungen in der Struktur und im Geschäftsmodell der pbb oder auf neue gesetzliche Anforderungen vorgenommen.

Das Risiko betrügerischer Handlungen und bewusster Verstöße wird regelmäßig analysiert, um Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Dazu werden unter anderem auffällige Vorkommnisse und Veränderungen in der Situation der pbb und einzelner Mitarbeiter berücksichtigt.

Die bei Änderung der Gesetze notwendigen Anpassungen an die Prozesse und IT-Systeme werden gegebenenfalls in eigenen Projekten abteilungsübergreifend und mit klarer Funktionszuordnung umgesetzt. Im Rahmen der Umsetzung wird auch das Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess an die geänderten Vorschriften angepasst.

Die IT-Landschaft der pbb wird kontinuierlich weiterentwickelt. Im Berichtsjahr erfolgte im Rahmen eines Projektes die Trennung der IT-Systeme der pbb und der DEPFA. Zudem wurden im Jahr 2014 die Anzahl der Buchungskreise reduziert und das Hauptbuch verbessert. Im Jahr 2013 wurden Nebenbücher zusammengelegt.

Überwachung

Der Bereich Group Internal Audit berichtet an den Co-Vorsitzenden, der nicht die Aufgaben des CFO wahrnimmt. Ihm kommt die Aufgabe zu, Prozesse und Vorgänge auf Ordnungsmäßigkeit zu prüfen und Unwirtschaftlichkeit, Unregelmäßigkeiten oder Manipulationen aufzudecken. Dabei prüft der Bereich Group Internal Audit entsprechend den Regeln der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (Ma-Risk) unabhängig und risikoorientiert auch die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems und deckt gegebenenfalls Schwächen in der Identifizierung, Bewertung und Reduzierung der Risiken auf. Darin eingeschlossen ist auch eine Prüfung der IT Systeme sowie der Prozesse und Kontrollen in den Finance-Funktionen. Zur Abarbeitung der aufgedeckten Mängel werden konkrete Maßnahmenpläne mit konkreten Terminvorgaben erstellt und nachgehalten. Der Bereich Group Internal Audit ist weder in den Arbeitsablauf integriert noch für das Ergebnis des zu prüfenden Prozesses verantwortlich. Zur Wahrung seiner Aufgaben hat der Bereich Group Internal Audit ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht über die Aktivitäten und Prozesse sowie die IT-Systeme.

Als Kontroll- und Beratungsgremium des Vorstands kann der Aufsichtsrat gemäß § 111 Abs. 2 AktG die Bücher und die Vermögenswerte der Gesellschaft einsehen und prüfen. Darüber hinaus berichtet der Vorstand regelmäßig an den Aufsichtsrat. Der Bereich Group Internal Audit berichtet in angemessenen Abständen, mindestens aber vierteljährlich an den Gesamtvorstand und den Prüfungsausschuss. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann unmittelbar bei den Leitern der Bereiche Finance, Group Internal Audit und Risk Management & Control Auskünfte einholen. Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist Gegenstand der Beratungen des Aufsichtsrats. Der Aufsichtsrat erteilt dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag für den Abschluss und den Lagebericht. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten und vom unabhängigen Wirtschaftsprüfer testierten Abschluss und Lagebericht.

Der Abschlussprüfer nimmt an den abschlussbezogenen Sitzungen des Aufsichtsrats und an allen Sitzungen des Prüfungsausschusses der pbb teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung, unter anderem auch über wesentliche Schwächen des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess. Sofern relevant, berichtet der Abschlussprüfer unverzüglich über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Durchführung der Prüfung ergeben. Im Vorfeld bespricht der Aufsichtsrat mit dem Abschlussprüfer die Schwerpunkte der Prüfung.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Prognose

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sollten sich im Jahr 2015 weiterhin positiv entwickeln. Die Weltwirtschaft dürfte trotz der derzeitigen geopolitischen Krisenherde in Abwesenheit weiterer finanzieller, wirtschaftlicher oder politischer Schocks etwas an Dynamik gewinnen. Allerdings wird die wirtschaftliche Erholung in der Eurozone unvermindert schleppend, und zudem von Land zu Land stark differenziert verlaufen. Der fiskalpolitische Konsolidierungskurs wird im Allgemeinen seine Fortsetzung finden müssen und dürfte auch weiterhin das kurzfristige Wachstumspotenzial der Mitgliedsstaaten belasten. Im Umkehrschluss sollte der Konsolidierungskurs der Staatshaushalte aber die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen positiv beeinflussen. Das Wachstum des BIP in der Eurozone im Jahr 2015 sollte sich dabei im Besonderen aufgrund einer Stabilisierung der Investitionsnachfrage sowie des Außenbeitrags – auch angesichts des derzeit schwächeren Euro – beschleunigen. Für Spanien und Deutschland dürften die Wachstumsraten dabei höher liegen als für Frankreich und Italien, welche beide jedoch ihren volkswirtschaftlichen Stillstand endlich überwinden sollten. Eine entscheidende Rolle kommt hierbei der US-amerikanischen Volkswirtschaft zu, deren erwartete Beschleunigung einen positiven Einfluss auf den Außenbeitrag in der Eurozone haben sollte. In Großbritannien ist nach dem starken Wachstum im Vorjahr mit einer Abkühlung der Konjunktur – allerdings auf vergleichsweise hohem Niveau zu rechnen. Auch in Skandinavien sowie der Region Mittel- und Osteuropa werden sich die Wachstumsraten vermutlich weiterhin auf erfreulich hohen Niveaus bewegen. Die Inflation dürfte sich in der Weltwirtschaft, und speziell in der Eurozone, im Jahr 2015 weiterhin sehr gemächlich entwickeln. Eine anhaltende Schwäche der Energiepreise würde vermutlich zu noch spürbar tieferen Inflationsraten führen und Deflationsängsten Vorschub leisten. Angesichts des anhaltenden disinflationären Trends, dürfte die EZB an Ihren Aufkaufprogrammen für Finanzaktiva – insbesondere von Staatsanleihen der Eurozone – festhalten, sowie der Liquiditätszuteilung für den Bankensektor weiterhin oberste Priorität einräumen.

Aufgrund der nach wie vor expansiven Geldpolitik der EZB sollte sich eine weitere Abkopplung der kurz- und langfristigen Zinsen zwischen dem Euro- und dem Dollarraum ergeben. Während die Zinsen im Euroraum relativ nah bei ihren historischen Tiefständen verharren sollten, muss in den USA mit einem spürbaren Anstieg der kurz- und der langfristigen Zinsen gerechnet werden.¹⁾

Branchenspezifische Rahmenbedingungen

Gesamtsituation der Bankbranche

Trotz der umfangreichen Versorgung mit Liquidität sieht sich der internationale Bankensektor im Jahr 2015 weiter einem schwierigen operativen Umfeld ausgesetzt.

In der Eurozone leiden im Besonderen die Banken aus den Eurokrisenstaaten unter der Last von Problemkrediten. Der negative Ratingdruck auf den Bankensektor beschränkt sich jedoch nicht ausschließlich auf diese Länder, sondern betrifft den europäischen Bankensektor im Allgemeinen. Die schwache Dynamik der derzeitigen wirtschaftlichen Erholung begrenzt die Rentabilität. Bereits angestoßene Pläne, Investoren nachrangiger Anleihen bei Abwicklungen stark einzubeziehen, wirken sich negativ auf die Kapitalkosten der Banken aus. Im Allgemeinen hat die zunehmend strengere Regulierung weiterhin einen negativen Einfluss auf die Rentabilität des Sektors.

Trotzdem beurteilen die Finanzmärkte das Kreditausfallrisiko der größten europäischen Banken nach wie vor optimistischer als noch vor Jahresfrist, nicht zuletzt aufgrund der verbesserten Kapitalausstattung. Während das operative Umfeld der Banken herausfordernd bleibt, dürfte die starke Ausdehnung der Bilanz

¹⁾ Quelle: Bloomberg, EZB, IWF

der Europäischen Zentralbank das von den Märkten implizierte Kreditausfallrisiko des Sektors weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau halten.

Im Jahr 2014 ist weltweit die Anzahl der geopolitischen Konflikte gestiegen. Eine zukünftige Verschärfung oder Ausweitung der Konflikte könnte die Märkte und damit die Ertragskraft der pbb negativ beeinflussen.¹⁾

Gewerbliche Immobilienfinanzierung

Die Dynamik auf den gewerblichen Immobilienmärkten wird auch in 2015 hoch bleiben. Insbesondere vor dem Hintergrund des allgemein niedrigen Zinsniveaus planen Investoren weiterhin hohe Zuflüsse in die Anlageklasse Immobilien. Vor diesem Hintergrund kann für 2015 von einem weiteren Anstieg des Investitionsvolumens in Gewerbeimmobilien ausgegangen werden.

Unverändert sollte das Hauptinteresse der Investoren auf den sehr liquiden Märkten in Deutschland, Frankreich und Großbritannien liegen, gefolgt von den skandinavischen und osteuropäischen Märkten. Durch das steigende Interesse von eher opportunistischen Investoren sollten sich aber auch die Märkte in Ländern wie Spanien oder in den Niederlanden günstig entwickeln.

Vor dem Hintergrund der sehr niedrigen Zinsen und dem hohen Anlagedruck vieler institutioneller Marktteilnehmer sollten sich die Renditen insgesamt in 2015 leicht rückläufig bewegen. Der Trend in eher dezentralen Regionen und Lagen zu investieren sollte sich verstärken, auch im Hinblick auf die Immobilientyphen.

Von dieser positiven Entwicklung auf der Eigenkapitalseite werden auch die finanzierenden Institute profitieren können. Durch die zunehmende Bereitschaften auch von Nichtbanken Kreditfinanzierungen anzubieten, ist allerdings von anhaltendem Druck auf die Kreditmargen auszugehen.²⁾

Öffentliche Investitionsfinanzierung

Die finanzierenden Banken in der öffentlichen Investitionsfinanzierung werden in absehbarer Zeit weiterhin hohe Transparenzanforderungen an die öffentlichen Kreditnehmer stellen. Insbesondere die Länder im Fokus, wie Spanien und Italien, dürften unter bestimmten Rahmenbedingungen bei den finanzierenden Banken zunehmend selektiv auf Neugeschäftsmöglichkeiten geprüft werden. Neben der transparenten Offenlegung der finanziellen Situation und der Analyse des genauen Investitionszwecks der angefragten Finanzierung werden vor allem wirtschaftliche Lage und Ausblick bei einer Finanzierungsentscheidung maßgeblich sein.

In diesem Marktumfeld wird es auch weiterhin deutliche Bewegung bei Wettbewerbern geben mit der Konsequenz, dass ehemals zurückhaltende Banken länderspezifisch wieder stärker in Finanzierungen eintreten oder Finanzierungen zum Teil von anderen Marktteilnehmern wie Versicherungen und Kreditfonds angeboten werden.

Die Situation auf den Märkten Deutschland und Frankreich dürfte gegenüber dem Jahr 2014 im Wesentlichen unverändert bleiben. Der deutsche Markt wird nach wie vor von den öffentlich-rechtlichen Banken und Förderbanken bei niedrigem Margenniveau dominiert werden. In Frankreich hat sich der intensive Wettbewerb in sinkenden Margen niedergeschlagen, dieser Trend könnte sich auch im nächsten Jahr fortsetzen. Es werden sich in Frankreich aber erneut gute Chancen ergeben, Geschäfte mit attraktiven Risiko-/Ertragsprofilen abzuschließen.

Im Bereich der Exportfinanzierungen wird es auch in Zukunft ausreichend Möglichkeiten für Neugeschäft geben, teilweise aufgrund einer veränderten strategischen Ausrichtung von ehemals sehr aktiven Banken.

¹⁾ Quelle: Bloomberg, EZB

²⁾ Quellen: Research von CBRE

Öffentliche Budgetfinanzierung

Spekulationen über die mögliche Durchführung eines sogenannten Quantitative Easing durch die EZB haben bereits Ende 2014 auf breiter Front zu Renditetiefs bei Staatsanleihen geführt. In Abhängigkeit der Ausgestaltung und des Umfangs des Ankaufprogramms bleibt abzuwarten, wie stark sich ein Effekt auf die ohnehin schon sehr niedrigen Renditen – auch für Länder wie zum Beispiel Italien – ergibt.

Refinanzierungsmärkte

Taktgeber der Kapitalmärkte bleiben weiterhin die Notenbanken. In Europa wird das dritte Covered-Bond-Ankaufprogramm die Refinanzierungskosten für gedeckte Anleihen auf niedrigen Niveaus halten. Gleichzeitig führen sie jedoch zur Verdrängung der bisherigen Investorenschicht in risikoreichere Produkte.

Ein weiter anhaltendes Umfeld historisch niedriger Zinsen, mit teilweise negativen Zinsen auf Spareinlagen, dürfte die Nachfrage von Investoren nach unbesicherten Anleihen begünstigen und die Anleger weiter entlang der Kreditkurve in risikoreichere Assets treiben.

Das regulatorische Umfeld hat sich in den letzten Jahren stark verändert und wird auch weiterhin Emittenten wie Investoren vor große Herausforderungen stellen. Regulatorische und gesetzliche Änderungen könnten sich negativ auf die Platzierbarkeit von unbesicherten Anleihen auswirken.

Unternehmensprognosen

Die Prognosen zur zukünftigen Entwicklung der pbb stellen Einschätzungen dar, die auf Basis der zur Verfügung stehenden Informationen getroffen wurden. Sollten die den Prognosen zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder Risiken und Chancen nicht in kalkulierter Höhe eintreten, können die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten Ergebnissen wesentlich abweichen.

Privatisierungsprojekt

Im Sommer des Jahres 2014 hat die Muttergesellschaft der pbb, die HRE Holding, den Privatisierungsprozess für die pbb gestartet. Der Vorstand der pbb hat daraufhin ein Projekt aufgesetzt und betreibt die Privatisierung mit höchster Priorität. Dabei arbeitet der Vorstand eng mit den Gremien der Muttergesellschaft sowie der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung und dem Bundesministerium der Finanzen zusammen. Als Joint Global Coordinators & Financial Advisors wurden Citigroup Global Markets Deutschland AG und Deutsche Bank AG mandatiert.

Als ersten formalen Schritt in diesem Prozess hat die HRE Holding am 17. Februar 2015 ein Bieterverfahren für bis zu 100% der Anteile an der pbb gestartet, das nicht abgeschlossen ist. Ebenfalls angelaufen sind die Vorbereitungen für einen Börsengang der pbb, der einen alternativen Privatisierungsweg zu dem Bieterverfahren darstellt.

Die pbb hat in den letzten Jahren durch die erfolgreiche Restrukturierung und Neuausrichtung und den Wiedereintritt in die Kredit- und Kapitalmärkte sowie die nachhaltige Steigerung der Ertragskraft die Voraussetzungen für die Privatisierung geschaffen.

Die Privatisierung der pbb ist eine Auflage der Europäischen Kommission aus der Beihilfeentscheidung aus dem Sommer 2011. Diese Auflage betrifft die Bundesrepublik Deutschland als letztlichen Eigentümer der HRE Holding. Die Privatisierung der pbb durch die Bundesrepublik Deutschland muss entsprechend dem Beschluss der Europäischen Kommission bis Ende 2015 abgeschlossen sein.

Im Rahmen des Privatisierungsvorhabens werden die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für eine Entflechtung von HRE Holding und pbb Konzern vorbereitet und geschaffen.

Zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die pbb hat im Geschäftsjahr 2014 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 203 Mio. € erzielt. Das Vorsteuerergebnis lag damit auf dem höchsten Niveau seit fünf Jahren. Für das Jahr 2015 wird ein deutlich höheres Vorsteuerergebnis angestrebt.

Für das Neugeschäftsvolumen wird eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr angestrebt (2014: 10,2 Mrd. €). Aufgrund der erfreulichen Entwicklung des Neugeschäfts wird für die Nominalvolumina (2014: 29,8 Mrd. €) der REF-Finanzierungen und der PIF-Finanzierungen weiterhin eine leichte Steigerung angestrebt.

Gewinne werden als eine Auflage im Sinne des von der EU-Kommission geforderten Burden Sharing bis zur Privatisierung zur Rückführung der stillen Einlage des Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS thesauriert. Nach erfolgter Privatisierung wird diese Auflage entfallen.

Bei der Bilanzsumme wird angestrebt, dass sich der Anstieg der Aktiva in Real Estate Finance und in der öffentlichen Investitionsfinanzierung mit dem strategiekonformen Rückgang in der Budgetfinanzierung weitgehend ausgleicht. Als Folge daraus wird eine weitgehend konstante Summe der Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten angestrebt.

Chancen Die pbb hat im Jahr 2014 das höchste Vorsteuerergebnis seit fünf Jahren erzielt. Diese Entwicklung verdeutlicht den positiven Trend, aus dem sich für die Zukunft die folgenden Chancen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben:

- Die pbb hat sich in den letzten Jahren eine gute Markstellung erarbeitet, was sich auch in der Steigerung des Neugeschäftsvolumens im Geschäftsjahr 2014 gegenüber dem Vorjahr gezeigt hat. Durch die Erfolge in der Neuausrichtung der pbb wurde die Möglichkeit geschaffen, die positive Entwicklung fortzusetzen und in den Kerngeschäftsfeldern gewerbliche Immobilienfinanzierung und öffentliche Investitionsfinanzierung die Profitabilität zu steigern, mit dem Ziel zu wachsen.
- Nach der weitest gehenden Beendigung der Dienstleistungen für den Betrieb der FMS Wertmanagement im September 2013 und der IT-Dienstleistungen gegenüber der DEPFA Ende 2014 kann der Fokus noch stärker auf die relevanten Kundenmärkte in der gewerblichen Immobilienfinanzierung und der öffentlichen Investitionsfinanzierung gerichtet werden. Die Fokussierung auf das Geschäft wird sich positiv auf die Neugeschäftshöhe auswirken und somit auch auf die Vermögens- und Ertragslage.
- In den für die pbb relevanten Märkten besteht eine große Nachfrage nach Finanzierungen. Vor diesem Hintergrund sieht die pbb langfristig ein attraktives Marktumfeld in der gewerblichen Immobilienfinanzierung, was sich positiv auf die Neugeschäftshöhe auswirken würde und somit auch auf die Vermögens- und Ertragslage.
- Auch in der öffentlichen Investitionsfinanzierung, sieht die pbb ein attraktives Marktumfeld. Es wird weiterhin von einer hohen Nachfrage nach Finanzierungen öffentlicher Infrastrukturen ausgegangen, was sich positiv auf die Neugeschäftshöhe und folglich auf die Vermögens- und Ertragslage auswirken würde.
- Der Bestand des nicht-strategischen Value Portfolios hat sich in den letzten Jahren deutlich reduziert. Auch zukünftig wird das Volumen weiter zurückgehen. Durch die damit verbundene Freisetzung der Risikoaktiva wird Potenzial für Wachstum geschaffen, was sich positiv auf die Ertragslage auswirkt.
- Nach erfolgter Privatisierung entfallen die Auflagen der Europäischen Kommission an die pbb hinsichtlich der beschränkten Neugeschäftsaktivitäten. Die pbb könnte ihre Geschäftstätigkeit in neue Märkte ausdehnen und dadurch ihre Profitabilität steigern, beabsichtigt aber derzeit nicht, ihr konservatives Risikoprofil im Portfolio zu ändern.

- Der Pfandbrief ist eine solide Anlage mit bewährter Marktinfrastruktur, was sich auch in der hohen Nachfrage durch Investoren ausdrückt. Die pbb hat große Erfahrung im Pfandbriefmarkt und kann auf bestehende Kundenbeziehungen aufbauen. Dadurch konnten in den letzten Jahren Emissionen von Hypotheken- und öffentlichen Pfandbriefen erfolgreich abgesetzt werden. So konnte im Berichtsjahr erstmals ein Hypothekenspfandbrief mit einer Laufzeit von drei Jahren zum gültigen Referenzkurs Swap-Markt ohne Aufschlag emittiert werden. Die pbb greift damit auf ein weiterhin gesuchtes Instrument am Kapitalmarkt zurück, was sich positiv auf die Finanzlage auswirkt.
- Darüber hinaus begibt die pbb unbesicherte Emissionen, was das Vertrauen der Anleger verdeutlicht. Durch diese wichtige Möglichkeit der Mittelaufnahmen ergeben sich positive Effekte auf die Liquidität und auf die Finanzlage.
- Die pbb nimmt ferner durch die pbb direkt Tagesgelder und Festgelder mit Laufzeiten bis zu zehn Jahren auf. Das Einlagevolumen der pbb direkt ist im Geschäftsjahr 2014 kontinuierlich gestiegen. Die pbb hat damit eine zusätzliche Refinanzierungsquelle und kann flexibel auf Marktchancen reagieren. Dadurch ergeben sich positive Effekte auf die Liquidität und auf die Finanzlage.
- Eine weitere Chance stellt der strikte Kostenfokus der pbb dar. Der verringerte Verwaltungsaufwand in den Geschäftsjahren 2014 und 2013 zeigt die bereits erzielten Erfolge. Auch zukünftig wird der jeweilige Status von Prozessen kontinuierlich analysiert, um entsprechende Verbesserungsmaßnahmen abzuleiten. Die pbb strebt an, durch diese Maßnahmen ihre Kostenbasis bei aktivem Wachstum stabil zu halten, sodass sich die Profitabilität erhöht. Hieraus würde die Liquidität und die Ertragslage positiv beeinflusst werden.
- Durch die weitere Vereinheitlichung der IT-Systeme werden sich zusätzliche Effizienzsteigerungen ergeben. Dies wird von einem im Berichtsjahr neu abgeschlossenen Rahmenvertrag mit einem externen Dienstleister flankiert, durch den eine weitere Reduktion der IT-Aufwendungen erzielt werden soll.
- Die pbb ist ein attraktiver Arbeitgeber. Leistungsfähige und hoch qualifizierte Mitarbeiter und Führungskräfte können gewonnen und gebunden werden und die pbb bei der Erreichung ihrer ambitionierten Ziele unterstützen.

Risiken Allerdings sind auch zukünftig Belastungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht auszuschließen. Die Höhe der möglichen Belastungen wird insbesondere beeinflusst durch den Eintritt oder Nichteintritt beziehungsweise den Grad der Materialisierung der nachfolgend genannten, möglicherweise eintretenden Risiken:

- Einige europäische Staaten konnten sich in den letzten Jahren nur mit der Unterstützung von internationalen Hilfsprogrammen refinanzieren. Sollte sich die Schuldenkrise einiger Staaten verschärfen und sollten Forderungsverzichte auch für die Papiere anderer Staaten notwendig werden oder sollte es zu einer Insolvenz von öffentlichen Schuldnern kommen, drohen auch der pbb erhebliche Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere. Diese Wertberichtigungen könnten sich erhöhen, wenn sich die Krise einzelner Staaten aufgrund von Verflechtungen oder Marktturbulenzen auf andere, derzeit als solvent geltende Schuldner negativ auswirkt. Zudem können sich rechtliche Rahmenbedingungen für Bürgschaften oder Garantien ändern. Unter anderem aufgrund des erfolgreichen Portfoliomanagements der pbb waren in den letzten Jahren nur für wenige Einzelengagements Wertberichtigungen notwendig. Dennoch sind zukünftig signifikante Wertberichtigungen für Forderungen nicht auszuschließen. Der Wertberichtigungsbedarf hängt primär von der wirtschaftlichen Situation der finanzierten Objekte ab. Ursache kann aber auch eine generelle Krise einzelner Märkte, wie die Immobilienmärkte, in verschiedenen Ländern sein. Zudem können sich rechtliche Rahmenbedingungen für Bürgschaften oder Garantien ändern.
- Im Jahr 2014 ist weltweit die Anzahl der geopolitischen Konflikte gestiegen. Eine zukünftige Verschärfung oder Ausweitung der Konflikte könnte die Märkte und damit die Ertragskraft der pbb negativ beeinflussen.

- Die Lage auf den Refinanzierungsmärkten hat sich im Jahr 2014 weiter verbessert; zudem steht die EZB mit weiteren Maßnahmen bereit. Die Interventionen der EZB zeigen jedoch auch, dass die Refinanzierungsmärkte weiterhin störungsanfällig sind. Ein erneutes Abgleiten der europäischen Wirtschaft in eine Rezession könnte die Erholung einiger Staaten von der Schuldenkrise gefährden und zu einem erneuten Vertrauensverlust führen, verbunden mit signifikant geringeren Umsätzen an den Emissionsmärkten oder dem Interbankenmarkt. Ferner kann eine Veränderung des Zinsniveaus Auswirkungen auf die Liquidität im Markt haben. Sollte es zu solchen Störungen der Refinanzierungsmärkte kommen, könnten sich trotz eines vorhandenen Puffers negative Auswirkungen auf die Liquiditätssituation der pbb ergeben. Dies könnte eine gezielte Reduzierung des Neugeschäftsvolumens zur Folge haben.
- Ratingagenturen passen ihre Methoden und Modelle fortlaufend an, auch um veränderte makroökonomische Rahmenbedingungen und mögliche Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise zu berücksichtigen. Hierzu zählen auch die neuen gesetzlichen Regelungen bezüglich einheitlicher Bankenaufsicht für große Banken sowie zur Bankenrestrukturierung und -abwicklung und Verlustbeteiligung erstrangiger unbesicherter Gläubiger. Die vor diesem Hintergrund angekündigten Anpassungen der Ratingmethoden waren auch zu Beginn des Geschäftsjahres 2015 noch nicht vollumfänglich abgeschlossen, aber eine Implementierung ist im weiteren Verlauf des Jahres zu erwarten. Das mögliche Ausmaß von Ratingherabstufungen hängt von dem in den Senior Unsecured Ratings jeweils in unterschiedlichem Umfang enthaltenen systemischen Support Uplift und von der abschließenden Handhabung der Thematik seitens der Ratingagenturen ab. Auch für Covered-Bond-Ratings gab es vor dem oben erläuterten Hintergrund und darüber hinaus bereits diverse Methodenänderungen beziehungsweise Ankündigungen von weiteren Anpassungen, die bei Implementierung zu Ratingveränderungen führen können. Zudem können aus Veränderungen der spezifischen Ratingtreiber der Bank und der Pfandbriefe und aus der bis Ende 2015 geplanten Privatisierung der pbb Ratingveränderungen resultieren. Die Privatisierung kann – in Abhängigkeit von unter anderem der künftigen Eigentümerstruktur, -bonität und -strategie – grundsätzlich sowohl ratingneutral, als auch ratingverbessernd oder -verschlechternd wirken. Veränderungen der Emittentenratings können aufgrund bestehender Abhängigkeiten jeweils gleichgerichtete Auswirkungen auch auf die Covered-Bond-Ratings haben. Herabstufungen der Ratings der pbb und/oder ihrer Pfandbriefe können sich insbesondere negativ auf die Refinanzierungsbedingungen der Bank, auf Trigger und Kündigungsrechte in Derivate- und sonstigen Verträgen und auf den Zugang zu geeigneten Hedge Counterparties auswirken und damit zu einer Beeinträchtigung der Liquiditätssituation der pbb und ihrer Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führen.
- Die geplante Rentabilität der pbb basiert auf einem ausreichenden Wachstum und einer hohen Profitabilität des Portfolios. Sollte die angestrebte Entwicklung der Größe und der Margen des Portfolios zum Beispiel durch zunehmenden Wettbewerb am Markt nicht erreicht werden, wird die pbb nicht das notwendige Verhältnis von Kosten und Erträgen erreichen können.
- Das Marktzinsniveau ist momentan auf einem sehr niedrigen Niveau. Sollten die Marktzinssätze langfristig auf diesem niedrigen Stand bleiben oder noch weiter sinken, können sich negative Auswirkungen auf einige Portfolios der pbb wie zum Beispiel die Anlage der Liquiditätsreserve und die Anlage der Eigenmittel ergeben. Dadurch kann die Ertragslage beeinträchtigt werden. Negative Auswirkungen können sich zudem auf andere Marktteilnehmer ergeben, was den Wettbewerb positiv und negativ beeinflussen kann. Im Extremfall können durch die Verflechtungen Turbulenzen am Markt nicht ausgeschlossen werden.
- Die pbb ist gemäß der Waiver-Regelung nach Art. 7 CRR unter anderem davon befreit die Eigenmittel- und Kernkapitalquoten sowie die Großkreditgrenzen zu ermitteln beziehungsweise zu überwachen. Im Zuge der angestrebten Privatisierung soll die pbb von der HRE Holding separiert werden. In diesem Zusammenhang wird voraussichtlich die Befreiung durch den Waiver entfallen. Dadurch können sich ein zusätzlicher Kapitalbedarf oder eine Einschränkung der Geschäftsaktivitäten (zum Beispiel durch niedrigere Großkreditgrenzen) ergeben, was sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der pbb auswirken kann.
- Die Fortentwicklung von nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen kann sich auf die Struktur der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auswirken und somit auch die Er-

tragslage beeinflussen. So kann beispielsweise durch die künftige Weiterentwicklung der – vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht vorgestellten und mittlerweile via Capital Requirements Regulation (CRR) in der EU eingeführten – Verpflichtungen (»Basel III«-Regelwerk) an höhere Liquiditätsanforderungen die Profitabilität geschmälert oder durch strengere Eigenkapitalanforderungen die Rentabilität reduziert werden. Zudem ist es möglich, dass aktuell diskutierte, zusätzliche Anforderungen an die Kapitalstruktur (Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities – MREL) und den Verschuldungsgrad (Leverage Ratio) die Refinanzierung und die Geschäftstätigkeit der pbb beeinträchtigen. Weiterhin können sich Auswirkungen auf bereits heute gültige regulatorische und ökonomische Kennzahlen ergeben, die beispielsweise eine geänderte Kapitalausstattung erfordern.

- Die EBA hat mit der »Guidelines for common procedures and methodologies for the supervisory review and evaluation process« (SREP Guidelines) im Dezember 2014 eine einheitliche Vorgehensweise vorgeschlagen, die die EZB bei der Überprüfung und Bewertung der Institute anwenden soll. Im Fokus stehen vor allem Kredit-, Marktpreis- und operationale Risiken, Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs, Risiken einer übermäßigen Verschuldung, Liquiditätsrisiken und das Management dieser. Im Rahmen des Monitoring wurden Mindestquoten für die HRE vorgegeben. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die EZB zukünftig eine noch höhere Eigenkapitalausstattung und noch höhere Eigenkapitalquoten fordert. Hierdurch können sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des pbb Konzerns ergeben.
- Die Europäische Kommission hat im Rahmen der Genehmigungsentscheidung im Beihilfeverfahren die Privatisierung der pbb so schnell wie möglich, spätestens aber bis 31. Dezember 2015 vorgeschrieben. Soweit die Privatisierung nicht bis zum 31. Dezember 2015 durchgeführt wurde, veräußert ein eingesetzter Veräußerungstreuhänder die pbb ohne Vorgabe eines Mindestpreises an einen Käufer, sofern die Kommission den Käufer und den endgültigen verbindlichen Kaufvertrag genehmigt hat. Der Verkauf oder alternative Überlegungen des Aktionärs in Abstimmung mit der Europäischen Kommission können sich positiv, aber auch negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der pbb auswirken.
- Die Methoden zur Bewertung von Finanzinstrumenten werden fortlaufend am Markt weiterentwickelt. Zum Beispiel verändern sich die Marktkonventionen zur Bewertung von Derivaten. Aus solchen oder vergleichbaren Anpassungen können sich künftig negative Auswirkungen auf die Ertragslage der pbb ergeben.
- Das Risikotragfähigkeitskonzept wird laufend weiterentwickelt. Aus der Weiterentwicklung beziehungsweise aus neuen regulatorischen Anforderungen können sich Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeitsanalyse im Going-Concern-Ansatz und im Gone-Concern-Ansatz ergeben. Ein Einflussfaktor auf die Risikotragfähigkeit im Gone-Concern-Ansatz ist zudem die Entwicklung der Marktwerte der Aktiva und Passiva. Sollten die stillen Lasten aufgrund von Marktwertveränderungen steigen, könnte das Deckungskapital den ökonomischen Kapitalbedarf unterschreiten.
- Die Zugehörigkeit zum HRE Konzern hat das Image der pbb in den letzten Jahren belastet. Negative Folgen sind für die Zielerreichung der pbb nicht auszuschließen.
- Aufgrund der Natur und der internationalen Erstreckung seiner Geschäftstätigkeit und der Vielzahl der maßgeblichen Vorgaben und Vorschriften ist die pbb in einigen Ländern an Gerichts-, Schieds- und aufsichtsbehördlichen Verfahren beteiligt. Derzeit anhängige (insbesondere in Zusammenhang mit emittierten Genussscheinen, beschrieben in der Anhangangabe 38 Rechtsrisiken) wie auch künftig noch anhängig werdende Rechtsstreitigkeiten können das Ergebnis und die Eigenkapital-situation der pbb erheblich beeinträchtigen.
- Neue Entwicklungen in der Gesetzgebung und der Rechtsprechung können sich negativ auf das Geschäft und somit auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der pbb auswirken.
- Die pbb ist operationellen Risiken ausgesetzt, die zum Beispiel aus Technologierisiken resultieren. Obwohl die pbb Projekte zur Optimierung von Prozessen und der IT-Infrastruktur teilweise bereits

erfolgreich abgeschlossen hat, können aus den operationellen Risiken wesentliche Verluste entstehen.

- Ein weiteres operationelles Risiko ergibt sich aus der Abhängigkeit von Mitarbeitern, die Inhaber von risikobegründenden Positionen sind. Abgänge von Mitarbeitern in Schlüsselpositionen sind nicht auszuschließen. Hieraus können sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.
- Im Großteil der Länder der Europäischen Union sind zusätzliche Abgaben für Banken geplant oder diskutiert. Die Einführung eines europäischen Restrukturierungsfonds oder einer Abgabe auf Finanzmarkttransaktionen sind Beispiele hierfür. Derartige Abgaben könnten das Ergebnis der pbb belasten und Geschäfte unrentabel werden lassen.

Zusammenfassung

Aus der positiven Entwicklung der pbb der letzten Jahre ergeben sich für die Zukunft zahlreiche Chancen auf eine Erhöhung der Profitabilität. Diese Einschätzung setzt jedoch voraus, dass Risiken, die sich zum Beispiel aus nicht beeinflussbaren Faktoren wie der Staatsschuldenkrise ergeben, nicht schlagend werden. Insgesamt strebt die pbb unter Abwägung der Chancen und Risiken für das Jahr 2015 ein deutlich über dem Niveau des Jahres 2014 liegendes Ergebnis vor Steuern (203 Mio. €) an.

Jahresabschluss der Deutschen Pfandbriefbank AG für das Geschäftsjahr 2014

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2014

in Tsd. €	1.1. - 31.12.2014		1.1. - 31.12.2013
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	3.568.881		4.069.251
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	712.811	4.281.692	822.921
2. Zinsaufwendungen		-3.802.260	-4.840.358
		479.432	51.814
3. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		34	-
b) Beteiligungen		-	54
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		1	-
		35	54
4. Erträge aus Gew inngemeinschaften, Gew innabführungs- oder Teilgew innabführungs- verträgen			-
5. Provisionserträge		11.861	16.645
6. Provisionsaufwendungen		-11.507	-5.466
		354	11.179
7. Sonstige betriebliche Erträge		88.735	240.910
8. Allgemeine Verw altungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	-90.199		-96.364
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-28.706	-118.905	-28.821
darunter: für Altersversorgung 13.877 Tsd. € (2013: 12.290 Tsd. €)			
b) andere Verw altungsaufwendungen		-141.168	-185.978
		-260.073	-311.163
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagew erte und Sachanlagen		-7.879	-12.079
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-19.980	-131.669
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		-41.552	-
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		-	14.914
		-41.552	14.914
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		-63.677	-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-	72.173
		-63.677	72.173
15. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		-	-
16. Aufwendungen aus Verlustübernahme		-3.491	-41
17. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		171.904	-63.908
18. Außerordentliche Erträge		31.213	7.863
19. Außerordentliche Aufwendungen		-	-
20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-43.152	3.433
21. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 10 ausgew iesen		-713	-173
		-43.865	3.260
22. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		159.252	-52.785
23. Verlustvortrag/Gew innvortrag aus dem Vorjahr		-3.286.936	-3.266.160
		-3.127.684	-3.318.945
24. Entnahme aus der Kapitalrücklage		1.770.928	-
25. Entnahmen aus Genussrechtskapital		-	5.159
26. Entnahme aus stiller Beteiligung		-	37.186
27. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals		-24.857	-10.336
28. Bilanzgew inn/Bilanzverlust		-1.381.613	-3.286.936

Bilanz zum 31.12.2014

Aktivseite

in Tsd. €	31.12.2014	31.12.2013
1. Barreserve		
a) Kassenbestand	1	2
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	56.976	3.531.687
darunter: bei der Deutschen Bundesbank 56.976 Tsd. € (2013: 3.531.687 Tsd. €)		
	56.977	3.531.689
2. Forderungen an Kreditinstitute		
a) Hypothekendarlehen	-	51.145
b) Kommunalkredite	1.134.920	1.966.462
c) andere Forderungen	6.379.098	4.641.000
darunter: täglich fällig 2.000.328 Tsd. € (2013: 171.030 Tsd. €)		
gegen Beleihung von Wertpapieren - Tsd. € (2013: - Tsd. €)		
	7.514.018	6.658.607
3. Forderungen an Kunden		
a) Hypothekendarlehen	21.797.757	20.475.819
b) Kommunalkredite	14.442.362	14.049.988
c) andere Forderungen	158.789	374.192
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren - Tsd. € (2013: - Tsd. €)		
	36.398.908	34.899.999
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
a) Geldmarktpapiere		
aa) von öffentlichen Emittenten	-	-
darunter:		
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank - Tsd. € (2013: - Tsd. €)		
ab) von anderen Emittenten	-	-
darunter:		
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank - Tsd. € (2013: - Tsd. €)		
	-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten	10.061.159	10.173.298
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 1.579.687 Tsd. € (2013: 7.917.077 Tsd. €)		
bb) von anderen Emittenten	8.086.474	8.949.507
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 16.642.280 Tsd. € (2013: 6.164.358 Tsd. €)		
	18.147.633	19.122.805
c) eigene Schuldverschreibungen	2.658.712	3.399.551
Nennbetrag 2.603.326 Tsd. € (2013: 3.365.966 Tsd. €)		
	20.806.345	22.522.356
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.219	1.535
6. Beteiligungen	196	196
darunter: an Kreditinstituten - Tsd. € (2013: - Tsd. €)		
an Finanzdienstleistungsinstituten - Tsd. € (2013: - Tsd. €)		
7. Anteile an verbundenen Unternehmen	213.687	211.466
darunter: an Kreditinstituten - Tsd. € (2013: - Tsd. €)		
an Finanzdienstleistungsinstituten - Tsd. € (2013: 45 Tsd. €)		
8. Treuhandvermögen	234	2.886
darunter: Treuhandkredite 234 Tsd. € (2013: 2.886 Tsd. €)		
Übertrag	64.992.584	67.828.734

	31.12.2014	31.12.2013
Übertrag		
9. Immaterielle Anlagevermögen		
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	-	-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.988	15.907
c) Geschäfts- oder Firmenwert	-	-
d) geleistete Anzahlungen	-	-
	6.988	15.907
10. Sachanlagen	8.283	1.810
11. Sonstige Vermögensgegenstände	225.825	175.728
darunter: Zinsbezogene Kompensationsgeschäfte im Zusammenhang mit der Auslagerung auf die FMS Wertmanagement - Tsd. € (2013: 2.117 Tsd. €)		
12. Rechnungsabgrenzungsposten		
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	92.623	98.760
b) andere	299.037	303.546
	391.660	402.306
13. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	5.227	18.180
Summe der Aktiva	65.630.567	68.442.665
Passivseite		
in Tsd. €	31.12.2014	31.12.2013
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	229.349	317.652
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	355.882	322.014
c) andere Verbindlichkeiten	3.875.866	4.313.457
darunter: täglich fällig 1.692.897 Tsd. € (2013: 148.649 Tsd. €)		
	4.461.097	4.953.123
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe - Tsd. € (2013: - Tsd. €)		
öffentliche Namenspfandbriefe - Tsd. € (2013: - Tsd. €)		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	5.170.289	5.586.787
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	11.328.243	11.768.089
c) Spareinlagen		
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	-	-
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	-	-
d) andere Verbindlichkeiten	12.254.721	12.420.629
darunter: täglich fällig 1.160.069 Tsd. € (2013: 477.520 Tsd. €)		
	28.753.253	29.775.505
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe 6.790 Tsd. € (2013: 12.296 Tsd. €)		
öffentliche Namenspfandbriefe 20.230 Tsd. € (2013: 21.234 Tsd. €)		
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) begebene Schuldverschreibungen		
aa) Hypothekenspfandbriefe	10.075.491	9.130.794
ab) öffentliche Pfandbriefe	9.712.673	11.886.034
ac) sonstige Schuldverschreibungen	7.408.764	7.401.473
	27.196.928	28.418.301
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	123.638	113.017
darunter: Geldmarktpapiere 123.638 Tsd. € (2013: 113.017 Tsd. €)		
	27.320.566	28.531.318
Übertrag	60.534.916	63.259.946

	31.12.2014	31.12.2013
Übertrag	60.534.916	63.259.946
4. Treuhandverbindlichkeiten	234	2.886
darunter: Treuhandkredite 234 Tsd. € (2013: 3.225 Tsd. €)		
5. Sonstige Verbindlichkeiten	79.182	177.516
darunter: Zinsbezogene Kompensationsgeschäfte im Zusammenhang mit der Auslagerung auf die FMS Wertmanagement - Tsd. € (8.148 Tsd. €)		
6. Rechnungsabgrenzungsposten		
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	153.512	98.599
b) andere	518.724	541.489
	672.236	640.088
7. Rückstellungen		
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	36.273	43.236
b) Steuerrückstellungen	79.477	61.203
c) andere Rückstellungen	273.041	270.473
	388.791	374.912
8. Nachrangige Verbindlichkeiten	1.271.745	1.438.249
9. Genusssrechtskapital	-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig - Tsd. € (2013: - Tsd. €)		
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken	46.680	46.680
11. Eigenkapital		
a) gezeichnetes Kapital		
aa) Grundkapital	380.376	380.376
ab) stille Einlagen		
Nominalbetrag	1.000.000	1.000.000
Verlustzureisung	-908.376	-908.376
	91.624	91.624
	472.000	472.000
b) Kapitalrücklage	3.267.195	5.038.123
c) Gewinnrücklage		
ca) gesetzliche Rücklage	12.655	12.655
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-	-
cc) satzungsmäßige Rücklagen	-	-
cd) andere Gewinnrücklagen	266.546	266.546
	279.201	279.201
d) Bilanzverlust	-1.381.613	-3.286.936
	2.636.783	2.502.388
Summe der Passiva	65.630.567	68.442.665
1. Eventualverbindlichkeiten		
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen (zu bestehenden Patronatserklärungen vgl. Angaben im Anhang)	84.463	55.784
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	-	-
	84.463	55.784
2. Andere Verpflichtungen		
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	2.237.716	2.538.359
	2.237.716	2.538.359

Anhang

Allgemeine Grundsätze der Bilanzierung und Bewertung

1. Vorschriften zur Rechnungslegung

Der Jahresabschluss 2014 der pbb wurde in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den rechtsform- bzw. branchenspezifischen Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG), des Kreditwesengesetzes (KWG) und des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt. Maßgeblich für die Gliederung und den Inhalt der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung ist die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV). Die vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC) herausgegebenen Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) wurden beachtet.

Der Jahresabschluss beinhaltet Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz und Anhang. Ergänzend wurde ein Lagebericht nach den Vorgaben des § 289 HGB aufgestellt.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Vorstand der pbb hat den Jahresabschluss am 18. März 2015 unter der Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt.

Die Barreserve ist zu Nennbeträgen bilanziert.

Forderungen wurden mit dem Nennbetrag gemäß § 340e Abs. 2 HGB angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und Auszahlungsbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und wird kapital- und zeitanteilig aufgelöst und erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt.

Für alle erkennbaren Einzelausfallrisiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen vorgesorgt. Latente Ausfallrisiken im Kreditgeschäft sind durch Pauschalwertberichtigungen (PWB) gedeckt. Die Ermittlung erfolgte auf Basis der Erwarteten Verluste.

Die Wahlrechte gemäß § 340f Abs. 3 i.V.m. § 340c Abs. 2 HGB wurden in Anspruch genommen.

Die Wertpapiere des Liquiditätsvorsorgebestandes werden gemäß dem strengen Niederstwertprinzip bilanziert, soweit sie nicht Gegenstand einer Bewertungseinheit nach § 254 HGB sind oder zinsinduzierten Wertänderungen im Rahmen der Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos des Bankbuches unterliegen.

Bei Wertpapieren des Anlagevermögens entspricht der Buchwert den fortgeführten Anschaffungskosten.

Die Buchwerte der strukturierten Wertpapiere (CDOs) entsprechen den Anschaffungskosten, sofern nicht aufgrund einer dauerhaften Wertminderung eine Abschreibung in Höhe des erwarteten Ausfalls vorgenommen wurde.

Zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte werden grundsätzlich stichtagsbezogene Transaktions- bzw. Börsenkurse herangezogen. Sollten diese nicht vorhanden sein, werden anerkannte Bewertungsmodelle verwendet, bei denen die Modellparameter aus vergleichbaren Markttransaktionen abgeleitet werden. Falls für Transaktionen keine Transaktions- bzw. Börsenpreise vorlagen, wurde auf interne Bewertungsmodelle zurückgegriffen. Bei der Bewertung finden grundsätzlich Marktparameter oder Marktpreise, die aus zwangsweisen Liquidationen oder Notverkäufen stammen, keine Anwendung.

Für latente Ausfallrisiken der Wertpapiere des Anlagevermögens wurde eine pauschale Vorsorge gebildet. Die Ermittlung erfolgte auf Basis der Erwarteten Verluste.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten bilanziert, ggf. vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert. Sofern die Gründe der außerplanmäßigen Abschreibung entfallen sind, erfolgt eine Wertaufholung.

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgte zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und, sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen. Den planmäßigen linearen Abschreibungen liegen die der geschätzten Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde, die auch steuerlich geltend gemacht werden.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150 € wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Für abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von mehr als 150 € bis 1.000 € wurde gem. § 6 Abs. 2a EStG ein Sammelposten gebildet. Dieser Sammelposten wird über fünf Geschäftsjahre linear abgeschrieben.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten vermindert um planmäßige und, sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen werden anhand der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Für selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wird das Aktivierungswahlrecht nicht in Anspruch genommen.

An Mitarbeiter abgetretene Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen stellen Vermögensgegenstände dar, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen. Diese Ansprüche werden daher nach § 253 Abs. 1 Satz 4 i.V.m. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB zum beizulegenden Zeitwert bewertet und mit den Rückstellungen des jeweiligen Versorgungsplans verrechnet. Als beizulegende Zeitwerte werden dabei die jeweiligen Rückkaufswerte angesetzt. Entsprechend werden Aufwendungen und Erträge aus den Rückdeckungsversicherungen und aus der Abzinsung der zugehörigen Pensionsrückstellungen verrechnet. Aktivüberhänge aus dieser Vermögensverrechnung werden unter der entsprechenden Bezeichnung in einem gesonderten Posten ausgewiesen.

Erstattungen aus HRE konzerninternen Personalverrechnungen werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente dienen überwiegend der Absicherung von Zins- und Währungsrisiken im Rahmen der Gesamtbankrisikosteuerung. Kundenderivate zur Sicherung von Zinsänderungsrisiken werden abgeschlossen, die regelmäßig durch gegenläufige Geschäfte am Interbankenmarkt abgesichert werden. Zinsbezogene derivative Finanzinstrumente werden überwiegend im Rahmen von Bewertungseinheiten nach § 254 HGB oder im Rahmen der Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos des Bankbuches (Bankbuchsteuerung) abgebildet. Währungsbezogene derivative Finanzinstrumente werden im Rahmen der Fremdwährungsumrechnung nach § 340h HGB berücksichtigt.

Zinserträge und -aufwendungen aus derivativen Finanzgeschäften werden brutto ausgewiesen.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Erfüllungs- und Ausgabebetrag der Verbindlichkeiten wird in Ausübung des Wahlrechts nach § 250 Abs. 3 HGB in die Rechnungsabgrenzung eingestellt, kapital- und zeitanteilig aufgelöst und erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt. Der Ansatz von Zero-Bonds erfolgt mit dem Emissionsbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen gemäß der Emissionsrendite.

Für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste werden Rückstellungen in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Sofern die ursprüngliche Restlaufzeit einer Rückstellung mehr als ein Jahr beträgt, erfolgt eine Abzinsung mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten, restlaufzeitspezifischen Zinssätzen. Sofern sich Drohverlustrückstellungen aus einer Zeitwertbewertung von schwebenden Geschäften auf Basis barwertiger Marktwertberechnungen ergeben, werden diese im Sinne des IDW RS HFA 4 Tz. 44 nicht abgezinst, sondern mit ihrem negativen Zeitwert angesetzt. Bei Rückstellungen mit einer ursprünglichen Restlaufzeit von bis zu einem Jahr wird vom Abzinsungswahlrecht kein Gebrauch gemacht. Die durch Zeitablauf bedingte Erhöhung des Barwerts der Rückstellungen wird monatsgenau gerechnet.

In die Bemessung der Rückstellungen für Rechtsrisiken gehen vor allem der Streitwert und mögliche Inanspruchnahmen ein. Dabei greift die HRE Holding auch auf Gutachten von externen Anwälten zurück.

Ergebnisse aus der Auf- und Abzinsung von Rückstellungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nach der Projected Unit Credit Method bewertet. Bei dieser Methode handelt es sich um ein sachgerechtes Verfahren, welches objektiv nachprüfbar Kriterien zugrunde legt. Für die Berechnungen lagen folgende Prämissen zugrunde:

- Abzinsungssatz: 4,53 % p.a. (2013: 4,88 % p.a.)
- Einkommenstrend: 2,50 % p.a. (2013: 2,50 % p.a.)
- Rentendynamik: 1,75 % p.a. (2013: 2,00 % p.a.)
- Sterbetafel: K. Heubeck „Richttafeln 2005 G“

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen werden zum Nennbetrag abzüglich gebildeter Rückstellungen unter dem Strich ausgewiesen.

Im Jahresabschluss der pbb werden Bewertungseinheiten nach § 254 HGB abgebildet. Hierbei handelt es sich um Mikro-Bewertungseinheiten, bei denen das Zinsänderungsrisiko abgesichert wird. Berücksichtigt werden dabei nur solche Sicherungsbeziehungen, bei denen eine hohe Effektivität hinsichtlich der Sicherungswirkung zu erwarten ist. Der effektive Teil der Wertänderungen wird bei Grund- und Sicherungsgeschäften nicht gebucht (Einfrierungsmethode). Der ineffektive Teil aus dem abgesicherten Risiko von Bewertungseinheiten wird imparitatisch als Drohverlustrückstellung berücksichtigt. Wertänderungen aus nicht abgesicherten Risiken werden nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ohne Berücksichtigung der bestehenden Bewertungseinheiten abgebildet. Sofern der beizulegende Zeitwert von Derivaten, die nicht Teil einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB sind, unter deren Restbuchwert sinkt, wird in Höhe der Differenz eine Drohverlustrückstellung gebildet, soweit keine Berücksichtigung im Rahmen der Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos des Bankbuches erfolgt.

Die pbb hat gemäß der Stellungnahme zur verlustfreien Bewertung von zinstragenden Geschäften des Bankbuches (IDW RS BFA 3) zum Bilanzstichtag eine verlustfreie Bewertung unter Anwendung der barwertigen Methode durchgeführt. Als Bewertungsobjekt wird – dem Risikomanagement folgend – ein Zinsbuch mit bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften betrachtet. Der errechneten barwertigen Marge der Bestandsgeschäfte im Zinsbuch werden darauf entfallende, bis zum Ablauf des Bestandes betrachtete, barwertig ermittelte Verwaltungs- und Risikokosten gegenübergestellt. Zum 31. Dezember 2014 besteht kein Verpflichtungsüberschuss aus dem Bewertungsobjekt.

Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände, Schulden und außerbilanzielle Geschäfte werden im Rahmen der besonderen Deckung nach § 340h i.V.m. § 256a HGB zum Bilanzstichtag mit dem Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Die im Rahmen der Währungsumrechnung durch die Bank genutzte Konzeption der besonderen Deckung bezieht lediglich Fremdwährungsaktiva und -passiva ein, die eine Betrags- sowie Währungsidentität aufweisen. Sichergestellt wird die Erfüllung dieser zwei Kriterien durch ein internes Refinanzierungsmodell. Der Ausweis der hieraus resultierenden Umrechnungserträge und -aufwendungen erfolgte, abweichend von § 340a (1) i.V.m. § 277 (5) Satz 2 HGB, im Hinblick auf Klarheit und Übersichtlichkeit, nicht als gesonderte Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten sonstige betriebliche Erträge bzw. sonstige betriebliche Aufwendungen. Die entsprechenden Angaben erfolgten im Anhang unter den GuV Posten 7 und 10. Offene Fremdwährungspositionen aus Grundgeschäften werden weitestgehend durch Kassageschäfte oder geeignete Derivate geschlossen. Umrechnungsergebnisse aus Positionsspitzen in einer Währung werden grundsätzlich imparitatisch behandelt. Erträge und Aufwendungen in fremder Währung werden mit dem Kurs ihres Entstehungstages erfasst. In diesem Gesamtkontext wurden die Besonderheiten der handelsrechtlichen Fremdwährungsumrechnung bei Instituten (IDW RS BFA 4) vollumfänglich beachtet.

Latente Steuern werden auf temporäre Differenzen zwischen den handelsrechtlichen und den steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Für den Ansatz latenter Steuern nach § 274 Abs. 1 HGB nimmt die pbb die Möglichkeit der Saldierung aktiver

und passiver latenter Steuern in Anspruch. Ein Überhang aktiver über passiver latenter Steuern wird nicht angesetzt. Da auch nach den durch das BilMoG geänderten handelsrechtlichen Regelungen die aktiven Steuerlatenzen die passiven Latenzen der pbb übersteigen, sind im Jahresabschluss der pbb weiterhin keine latenten Steuern abzubilden.

Aktive Latenzen entstehen bei der pbb insbesondere durch die nicht dauerhafte Wertminderung von Wertpapieren des Umlaufvermögens, die Bildung steuerlich nicht anerkannter sonstiger Rückstellungen und aus einer steuerrechtlich abweichenden Bewertung von Pensionsrückstellungen. Passive Latenzen bestehen im Wesentlichen aus Forderungen an Kunden sowie der Nichtaktivierung von sogenannten Close Out Aufwendungen in der Steuerbilanz. Die bestehenden steuerlichen Verlustvorträge erhöhen die aktiven Steuerlatenzen in Höhe ihrer Nutzbarkeit. Die Bewertung der latenten Steuer erfolgt durch einen kombinierten Ertragsteuersatz von 27,7% (Vorjahr 27,8%), der die Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag umfasst.

Im Falle des § 285 Abs. 17 HGB zur Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar wurde die Erleichterung in Anspruch genommen, d.h. die Angabe ist im Konzernabschluss enthalten.

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit wurde der Jahresabschluss in Tausend Euro (Tsd. €) oder in einigen Posten auch in Millionen Euro (Mio. €) aufgestellt. Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügig Abweichungen ergeben.

Nachfolgend werden die für Kreditinstitute in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft erforderlichen Pflichtangaben aufgeführt, die sich aus den eingangs genannten gesetzlichen Grundlagen ergeben.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

3. Zinsüberschuss (GuV Pos. 1 und 2)

Im Hinblick auf die Klarheit und Übersichtlichkeit wurden die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen, abweichend von § 340a (1) i.V.m. § 277 Abs. 5 Satz 1 HGB, nicht gesondert in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von -4.557 Tsd. € (2013: -11.620 Tsd. €) sind unter den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

4. Provisionsüberschuss (GuV Pos. 5 und 6)

Die Provisionserträge enthalten im Wesentlichen Einnahmen aus Vorausgebühren in Höhe von 8.923 Tsd. € (2013: 12.124 Tsd. €) und Gebühren für die Übernahme des Kreditrisikos aus von einer Tochtergesellschaft gewährten Kredite in Höhe von 2.012 Tsd. € (2013: 3.708 Tsd. €).

Die Provisionsaufwendungen beinhalten unter anderem Aufwendungen für Gebühren aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft in Höhe von -1.720 Tsd. € (2013: -1.319 Tsd. €).

5. Sonstige betriebliche Erträge (GuV Pos. 7)

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind folgende wesentliche Einzelposten enthalten:

in Tsd. €	2014	2013
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (ohne Kreditgeschäft)	26.548	27.382
Erträge aus weiterverrechneten Kosten im Darlehensgeschäft	-	1.350
Erträge aus Verwaltungskostenumlagen	7.787	16.450
Erträge aus Währungsveränderung	6.435	2.425
Erträge aus Servicing Fees FMS-Wertmanagement ¹⁾	-	125.892
Erträge aus IT Leistungen	31.995	36.956
Erträge aus Vorjahren (periodenfremd)	5.610	9.610

¹⁾ Den Erträgen stehen Verwaltungsaufwendungen für die Erbringung der Dienstleistungen und sonstige betriebliche Aufwendungen aus der Verrechnung für Leistungen mit Konzerneinheiten weitgehend gegenüber. Das Servicing wurde Ende September 2013 grundsätzlich beendet.

Die Verwaltungskostenumlage resultiert aus Leistungen gegenüber Schwesterunternehmen.

6. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (GuV Pos. 8)

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen setzen sich aus Personalaufwendungen in Höhe von -118.905 Tsd. € (2013: -125.185 Tsd. €) und anderen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von -141.168 Tsd. € (2013: -185.978 Tsd. €) zusammen.

Bezüge des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrates

Seitens der pbb wurden an den Vorstand im Geschäftsjahr 2014 wie auch im Vorjahr keine Fixbezüge bzw. Abfindungen gezahlt. Zwar wurden im Laufe des Jahres 2014 im Vorgriff auf die Reprivatisierung der pbb die Dienstverträge mit den Vorständen mit der pbb abgeschlossen, die Vergütung wurde jedoch wieder vollständig an die HRE Holding verrechnet.

Für das Jahr 2014 belaufen sich die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen auf -5.136 Tsd. € (2013: -5.173 Tsd. €).

Die Bezüge des Aufsichtsrates betragen für das Berichtsjahr –96 Tsd. € (2013: –100 Tsd. €). Dabei handelt es sich ausschließlich um Fixbezüge.

7. Sonstige betriebliche Aufwendungen (GuV Pos. 10)

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthielten im Wesentlichen Zuführungen zu sonstigen Rückstellungen im Nichtkreditgeschäft in Höhe von –13.667 Tsd. € (2013: –10.771 Tsd. €) und Aufwendungen aus Softwareablösungen in Höhe von –3.285 Tsd. € (2013: – Tsd. €).

8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere (GuV Pos. 13 und 14)

In dem GuV-Posten sind Zuschreibungen, Verkaufsgewinne bzw. Abschreibungen bei Wertpapieren des Anlagevermögens in Höhe von netto 70.216 Tsd. € (2013: –2.892 Tsd. €) enthalten. Erträge aus Anteilen an Beteiligungen und an verbundenen Unternehmen fielen in Höhe von 6.539 Tsd. € (2013: 79.273 Tsd. €) an. Die Abschreibungen auf Beteiligungen beliefen sich auf – Tsd. € (2013: –4.208 Tsd. €).

9. Außerordentliche Aufwendungen und Erträge (GuV Pos. 18 und 19)

In dem Saldo außerordentliche Aufwendungen und Erträge ist vor allem eine Zahlung in Höhe von 30 Mio. € der HRE Holding zur Kompensation von bereits in den Vorjahren zurückgestellten Zahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit der Übertragung von Positionen auf die FMS Wertmanagement im Jahr 2010 enthalten.

10. Steuern vom Einkommen und Ertrag (GuV Pos. 20)

Der Steueraufwand für die Steuern vom Einkommen und Ertrag beträgt –43.152 Tsd. € (2013 Ertrag: 3.433 Tsd. €). Dabei beträgt der Steueraufwand für das laufende Jahr –24.792 Tsd. € (2013: –2.816 Tsd. €) und für Vorjahre –18.360 Tsd. € (2013: Steuerertrag 6.249 Tsd. €).

Mit der HRE Holding AG besteht eine umsatzsteuerliche Organschaft.

Angaben zur Bilanz

11. Hypothekendarlehen (Aktivpos. 2 und 3)/ Pfandbriefumlauf (Passivpos. 1, 2 und 3)

Deckungsrechnung

in Tsd. €		2014	2013
A. Hypothekendarlehen			
Deckungswerte	Forderungen an Kreditinstitute		
	Hypothekendarlehen	-	-
	Forderungen an Kunden		
	Hypothekendarlehen	13.453.501	13.038.721
	Sachanlagen (Grundsschulden auf bankeigene Grundstücke)	-	-
	sonst. Vermögensgegenstände	-	-
	13.453.501	13.038.721	
Weitere Deckungswerte	andere Forderungen an Kreditinstitute	-	500.000
	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.873.104	6.036.768
	Forderungen aus Derivaten gem. §19 (1) Nr. 4 PfandBG	-	-
Deckungswerte insgesamt	19.326.605	19.575.489	
	Summe der deckungspflichtigen Hypothekendarlehen	15.372.141	14.927.808
	davon Verbindlichkeiten aus Derivaten gem. §19 (1) Nr. 4 PfandBG	-	-
Überdeckung		3.954.464	4.647.681
B. Öffentliche Pfandbriefe			
Deckungswerte	Forderungen an Kreditinstitute		
	a) Hypothekendarlehen	-	-
	b) Kommunalkredite	817.192	1.490.726
	Forderungen an Kunden		
	a) Hypothekendarlehen ¹⁾	49.981	61.905
	b) Kommunalkredite	14.237.919	14.086.409
	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9.195.563	10.223.654
	24.300.655	25.862.694	
Weitere Deckungswerte	andere Forderungen an Kreditinstitute	-	573.000
	Forderungen aus Derivaten gem. §19(1) Nr. 4 PfandBG	-	-
Deckungswerte insgesamt	24.300.655	26.435.694	
	Summe der deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefe	20.994.675	23.476.385
	davon Verbindlichkeiten aus Derivaten gem. §19 (1) Nr. 4 PfandBG	-	-
Überdeckung		3.305.980	2.959.309

¹⁾ Von den Hypothekendarlehen wurden kommunal verbürgte Hypothekendarlehen zur Deckung von öffentlichen Pfandbriefen verwendet.

Angaben nach § 28 Pfandbriefgesetz (PfandBG)

Durch das CRD IV-Umsetzungsgesetz wurden die Transparenzangaben des § 28 PfandBG geändert und sind im Jahresabschluss zum 31.12.2014 erstmals zu berichten. Hierbei sind Vorjahreswerte nur bei denjenigen Transparenzangaben zu machen, die sich materiell nicht geändert haben. Für die materiell geänderten Angaben sind zum 31.12.2014 keine Vorjahreswerte anzugeben.

Umlaufende Hypothekendarfbriefe und dafür verwendete Deckungswerte

in Mio. €	Nominal		Barwert		Risikobarwert ¹⁾	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen						
Hypothekendarfbriefe	15.372,1	14.927,8	16.962,9	15.935,7	17.308,2	16.453,3
Deckungsmasse	19.326,6	19.575,5	21.320,0	20.749,4	21.196,2	20.729,1
Überdeckung	3.954,5	4.647,7	4.357,1	4.813,7	3.888,0	4.275,8
Überdeckung in % vom Darfbrief-Umlauf	25,7%	31,1%	25,7%	30,2%	22,5%	26,0%
Überdeckung unter Berücksichtigung des vdp-Bonitätsdifferenzierungsmodells	3.916,6		4.312,2			
Überdeckung in % vom Darfbrief-Umlauf	25,5%		25,4%			

¹⁾Für die Berechnung des Risikobarwertes wurde der dynamische Ansatz gem. § 5 Abs. 1 Nr. 1 DarfBarwertV verwendet.

Laufzeitstruktur¹⁾ (Restlaufzeit) nominal

in Mio. €	Hypothekendarfbriefe		Deckungsmasse	
	2014	2013	2014	2013
bis 0,5 Jahre	281,6	2.731,3	2.172,0	4.248,5
mehr als 0,5 Jahre bis 1 Jahr	393,2		2.096,7	
mehr als 1 Jahr bis 1,5 Jahre	1.532,9	970,9	1.195,6	3.883,0
mehr als 1,5 Jahre bis 2 Jahre	1.581,4		1.474,7	
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	2.890,7	3.001,0	3.411,7	2.979,1
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.390,9	1.634,5	2.951,6	3.288,7
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	2.548,8	1.298,9	2.029,2	1.597,7
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	2.739,8	3.237,0	2.799,8	1.996,8
mehr als 10 Jahre	2.012,8	2.054,2	1.195,3	1.581,7

¹⁾Die Laufzeitbänder der im Umlauf befindlichen Hypothekendarfbriefe und der dafür verwendeten Deckungsmasse wurden 2014 neu festgelegt; die entsprechenden Werte des Vorjahres erfolgen nach der Aufteilung des Vorjahres.

Weitere Deckungswerte für Hypothekendarfbriefe

in Mio. €	Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien
	2014	2014	2014	2014
Ausgleichsforderungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Geldforderungen	351,6	0,0	43,6	207,8
davon: gedeckte Schuldverschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Schuldverschreibungen	225,0	169,0	0,0	0,0
Insgesamt	576,6	169,0	43,6	207,8

in Mio. €	Italien	Japan	Österreich	Polen
	2014	2014	2014	2014
Ausgleichsforderungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Geldforderungen	552,7	48,1	103,6	569,6
davon: gedeckte Schuldverschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Schuldverschreibungen	1.270,3	0,0	729,0	0,0
Insgesamt	1.823,0	48,1	832,6	569,6

in Mio. €	Portugal	Slowenien	Spanien	Tschechien
	2014	2014	2014	2014
Ausgleichsforderungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Geldforderungen	122,2	17,5	0,0	0,0
davon: gedeckte Schuldverschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Schuldverschreibungen	0,0	0,0	786,2	45,0
Insgesamt	122,2	17,5	786,2	45,0

	Ungarn	Luxemburg	Insgesamt ¹
in Mio. €	2014	2014	2014
Ausgleichsforderungen	0,0	0,0	0,0
Geldforderungen	96,0	0,0	2.112,7
davon: gedeckte Schuldverschreibungen	0,0	0,0	0,0
Schuldverschreibungen	128,4	100,0	3.452,9
Insgesamt	224,4	100,0	5.565,6

¹ohne Anteil sichernde Überdeckung (307,5 Mio. €)

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Gebieten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen und nach Nutzungsart

in Mio. €	Deutschland				Frankreich			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Wohnungen	0,0	0,0	178,1	21,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Ein- und Zweifamilienhäuser	0,0	0,0	28,5	71,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	2.315,8	2.832,9	0,0	0,0	11,5	11,7
Bürogebäude	1.530,7	1.864,6	0,0	0,0	725,6	784,9	0,0	0,0
Handelsgebäude	1.793,8	1.675,1	0,0	0,0	167,0	113,6	0,0	0,0
Industriegebäude	72,4	28,7	0,0	0,0	46,2	51,3	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	795,0	527,6	0,0	0,0	225,1	202,8	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	41,7	7,4	91,5	34,6	53,2	53,2	0,0	0,0
Bauplätze	87,9	103,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	4.321,5	4.206,6	2.613,9	2.960,6	1.217,1	1.205,8	11,5	11,7

in Mio. €	Großbritannien				Niederlande			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Ein- und Zweifamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5	0,7
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	25,7	49,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	675,3	521,4	0,0	0,0	27,3	70,1	0,0	0,0
Handelsgebäude	940,8	787,3	0,0	0,0	48,9	95,3	0,0	0,0
Industriegebäude	47,0	43,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	452,3	330,5	0,0	0,0	72,6	3,2	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	21,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	2.115,4	1.704,9	25,7	49,3	148,8	168,6	0,6	0,8

in Mio. €	Österreich				Schweiz			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ein- und Zweifamilienhäuser	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	14,4	14,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Handelsgebäude	46,0	45,8	0,0	0,0	121,3	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	114,3	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	60,4	59,9	0,1	0,1	121,3	114,3	0,0	0,0

in Mio. €	Finnland				Italien			
	Gew erblich		Wohnw irtschaftlich		Gew erblich		Wohnw irtschaftlich	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ein- und Zw eifamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	41,3	41,2	0,0	0,0	7,8	0,0	0,0	0,0
Handelsgebäude	63,7	19,5	0,0	0,0	0,0	87,7	0,0	0,0
Industriegebäude	86,2	89,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gew erblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	191,2	149,9	0,0	0,0	7,8	87,7	0,0	0,0

in Mio. €	Luxemburg				Japan			
	Gew erblich		Wohnw irtschaftlich		Gew erblich		Wohnw irtschaftlich	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ein- und Zw eifamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	0,0	8,4	0,0	0,0	0,0	149,7	0,0	0,0
Handelsgebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gew erblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	0,0	8,4	0,0	0,0	0,0	149,7	0,0	0,0

in Mio. €	Polen				Schweden			
	Gew erblich		Wohnw irtschaftlich		Gew erblich		Wohnw irtschaftlich	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ein- und Zw eifamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	231,7	175,4
Bürogebäude	163,1	118,7	0,0	0,0	309,6	205,4	0,0	0,0
Handelsgebäude	423,7	209,6	0,0	0,0	119,0	76,2	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	215,2	230,7	0,0	0,0
sonstige gew erblich genutzte Gebäude	186,4	81,3	0,0	0,0	0,0	32,5	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	773,2	409,6	0,0	0,0	643,8	544,8	231,7	175,4

in Mio. €	Slowakei				Spanien			
	Gew erblich		Wohnw irtschaftlich		Gew erblich		Wohnw irtschaftlich	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ein- und Zw eifamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	98,3	119,2	0,0	0,0
Handelsgebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	187,3	228,8	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gew erblich genutzte Gebäude	16,2	0,0	0,0	0,0	11,0	11,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	16,2	0,0	0,0	0,0	296,6	359,0	0,0	0,0

in Mio. €	Tschechien				Ungarn			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ein- und Zweifamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	166,2	74,3	0,0	0,0	102,0	84,7	0,0	0,0
Handelsgebäude	51,5	22,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	22,4	22,4	0,0	0,0	172,1	172,1	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	240,1	119,2	0,0	0,0	274,1	256,8	0,0	0,0

in Mio. €	Slowenien				Rumänien			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ein- und Zweifamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	19,1	0,0	0,0
Handelsgebäude	37,5	47,2	0,0	0,0	0,0	120,6	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	105,0	108,7	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	37,5	47,2	0,0	0,0	105,0	248,4	0,0	0,0

in Mio. €	Insgesamt ¹⁾			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2014	2013	2014	2013
Wohnungen	0,0	0,0	178,2	21,9
Ein- und Zweifamilienhäuser	0,0	0,0	29,1	72,1
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	2.584,7	3.069,3
Bürogebäude	3.861,6	4.075,8	0,0	0,0
Handelsgebäude	4.000,5	3.529,2	0,0	0,0
Industriegebäude	467,0	443,8	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	2.058,1	1.606,4	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	94,9	82,4	91,5	34,6
Bauplätze	87,9	103,2	0,0	0,0
Deckungswerte	10.570,0	9.840,8	2.883,5	3.197,9

	2014	2013
Deckungswerte Gewerblich und Wohnwirtschaftlich insgesamt¹⁾	13.453,5	13.038,7

¹⁾ Ohne weitere Deckungswerte (5.873,1 Mio. €; 2013: 6.536,8 Mio.€)

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Größengruppen¹⁾

in Mio. €	2014	2013
bis einschließlich 300 Tsd. €	211,8	248,8
mehr als 300 Tsd. € bis einschließlich 1 Mio. €	479,6	1.929,2
mehr als 1 Mio. € bis einschließlich 5 Mio. €	1.980,3	
mehr als 5 Mio. €	10.781,8	10.860,7
Insgesamt	13.453,5	13.038,7

¹⁾Die Größengruppen der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehen wurden 2014 neu festgelegt; die entsprechenden Werte des Vorjahres erfolgen nach der Aufteilung des Vorjahres.

Kennzahlen zu Hypothekendarlehen und dafür verwendeter Deckungswerte

in Mio. €	2014	
Umlaufende Hypothekendarlehen	15.372,1	
davon Anteil festverzinslicher Darlehen	83,5%	
Deckungsmasse	19.326,6	
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen nach § 13 Abs. 1 überschreiten	0,0	
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen des § 19 Abs. 1 Nr. 2 übersteigen	0,0	
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen des § 19 Abs. 1 Nr. 3 übersteigen	378,4	
davon Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	38,1%	
Nettobarwert je Fremdwährung in Euro (Saldo aus Aktiv-/Passivseite)	CHF	746,0
	DKK	13,0
	GBP	1.449,1
	JPY	75,6
	NOK	1,9
	SEK	533,9
	USD	48,5
volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (seasoning) in Jahren	5,2	
durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	38,9%	
durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf auf Marktwertbasis - freiwillige Angabe -	0,0	

Rückständige Leistungen auf zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen

in Mio. €	2014	2013
Deutschland	4,0	4,6
Niederlande	14,4	0,0
Spanien	5,8	0,0
Insgesamt	24,2	4,6

Nachfolgende Angaben beziehen sich auf zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen:

Zwangmaßnahmen (Aktivpos. 2 und 3)

	Anzahl der Fälle		davon gewerblich genutzt		davon Wohnzwecken dienend	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Am 31. Dezember anhängige						
Zwangsversteigerungsverfahren	8	10	0	1	8	9
Zwangsverwaltungsverfahren	2	9	0	2	2	7
davon in den anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren enthalten	2	7	0	1	2	6
Insgesamt	8	12	0	2	8	10
Im Geschäftsjahr durchgeführte Zwangsversteigerungsverfahren	1	2	0	0	1	2

Eingesteigerte bzw. übernommene Objekte (Aktivpos. 10 und 11)

Im Berichtsjahr hat die pbb wie auch im Vorjahr keinen Rettungserwerb zur Verhütung von Verlusten an Hypotheken tätigen müssen.

Zinsrückstände (Aktivpos. 2 und 3)

in Mio. €	davon gewerblich genutzt		davon Wohnzwecken dienend	
	2014	2013	2014	2013
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Hypothekenschuldern zu entrichtenden Zinsen, soweit nicht in den Vorjahren abgeschrieben	0,1	0,3	0,0	0,2

Umlaufende öffentliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte

in Mio. €	Nominal		Barwert		Risikobarwert ¹⁾	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen						
öffentlichen Pfandbriefe	20.994,7	23.476,4	25.728,5	26.525,1	27.215,1	28.263,7
Deckungsmasse	24.300,7	26.435,7	28.229,2	29.630,5	28.807,6	30.637,3
Überdeckung	3.306,0	2.959,3	2.500,7	3.105,4	1.592,5	2.373,6
Überdeckung in % vom Pfandbrief-Umlauf	15,7%	12,6%	9,7%	11,7%	5,9%	8,4%
Überdeckung unter Berücksichtigung des vdp-Bonitätsdifferenzierungsmodells	3.277,4		2.472,2			
Überdeckung in % vom Pfandbrief-Umlauf	15,6%		9,6%			

¹⁾Für die Berechnung des Risikobarwertes wurde der dynamische Ansatz gem. § 5 Abs. 1 Nr. 1 PfandBarwertV verwendet.

Laufzeitstruktur¹⁾ (Restlaufzeit) nominal

in Mio. €	Öffentliche Pfandbriefe		Deckungsmasse	
	2014	2013	2014	2013
bis 0,5 Jahre	1.961,7		1.729,3	3.941,1
mehr als 0,5 Jahre bis 1 Jahr	1.904,5	2.188,7	1.561,1	
mehr als 1 Jahr bis 1,5 Jahre	926,6	3.855,5	1.495,8	2.530,9
mehr als 1,5 Jahre bis 2 Jahre	444,7		1.246,5	
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	2.060,7	1.365,7	2.552,6	2.857,4
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.485,0	2.088,1	1.657,6	2.596,8
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.872,3	1.485,0	1.347,6	1.533,4
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	2.983,0	4.197,7	4.238,2	4.806,7
mehr als 10 Jahre	7.356,2	8.295,7	8.472,0	8.169,4

¹⁾Die Laufzeitbänder der im Umlauf befindlichen öffentlichen Pfandbriefe und der dafür verwendeten Deckungsmasse wurden 2014 neu festgelegt; die entsprechenden Werte des Vorjahres erfolgen nach der Aufteilung des Vorjahres.

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen

in Mio. €	Deutschland		Belgien		Dänemark	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Zentralstaat	4.355,8	4.828,4	50,0	50,0	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaften	6.702,7	7.480,7	200,7	238,5	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaften	706,9	755,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	1.497,1	2.139,9	0,0	0,0	41,2	36,3
Insgesamt	13.262,5	15.204,7	250,7	288,5	41,2	36,3

in Mio. €	Finnland		Frankreich		Tschechien	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Zentralstaat	0,0	0,0	633,7	955,5	0,0	40,0
Regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	730,8	443,5	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaften	46,7	50,0	195,3	93,3	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	144,5	71,2	644,2	471,3	0,0	0,0
Insgesamt	191,2	121,2	2.204,0	1.963,6	0,0	40,0

in Mio. €	Großbritannien		Italien		Japan	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Zentralstaat	17,0	0,0	410,4	14,1	134,0	134,5
Regionale Gebietskörperschaften	16,0	15,0	19,6	22,6	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaften	19,3	18,0	25,3	29,3	60,0	60,0
Sonstige Schuldner	106,9	99,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	159,2	132,9	455,3	66,0	194,0	194,5

in Mio. €	Niederlande		Österreich		Polen	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Zentralstaat	0,0	100,3	3.779,8	3.518,9	99,8	97,8
Regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	459,4	490,1	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaften	0,5	1,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	345,8	645,4	0,0	0,0
Insgesamt	0,5	101,7	4.585,0	4.654,4	99,8	97,8

in Mio. €	Portugal		Schweden		Schweiz	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Zentralstaat	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaften	285,8	285,8	0,0	0,0	0,0	24,4
Örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	40,0	40,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	0,0	0,0	125,0	125,0
Insgesamt	285,8	285,8	40,0	40,0	125,0	149,4

in Mio. €	Slowakei		Slowenien		Spanien	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Zentralstaat	15,0	15,0	206,5	253,3	300,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0	737,6	652,4
Örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0	191,1	196,9
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	0,0	17,0	163,3	212,3
Insgesamt	15,0	15,0	206,5	270,3	1.392,0	1.061,6

in Mio. €	Internationale Organisationen		Insgesamt ¹⁾	
	2014	2013	2014	2013
Zentralstaat	0,0	0,0	10.002,0	10.007,8
Regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	9.152,6	9.653,0
Örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	1.285,1	1.244,6
Sonstige Schuldner	793,0	1.139,0	3.861,0	4.957,3
Insgesamt	793,0	1.139,0	24.300,7	25.862,7

¹⁾ Weitere Deckungswerte nach §20 (2) PfandBG über - Mio. € (2013: 573 Mio. €) sind nicht berücksichtigt.

Kennzahlen zu öffentlichen Pfandbriefen und dafür verwendeter Deckungswerte

in Mio. €		2014
Umlaufende öffentliche Pfandbriefe		20.994,7
davon Anteil festverzinslicher Pfandbriefe		79,4%
Deckungsmasse		24.300,7
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen des § 20 Abs. 2 übersteigen		0,0
davon Anteil festverzinslicher Deckungsmasse		68,3%
Nettobarwert je Fremdwährung in Euro (Saldo aus Aktiv-/Passivseite)	AUD	-106,2
	CAD	13,3
	CHF	-678,3
	GBP	188,7
	JPY	-37,4
	USD	479,2

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen

Zum Bilanzstichtag gab es wie im Vorjahr keine mindestens 90 Tage rückständige Leistungen.

12. Restlaufzeiten ausgewählter Bilanzposten

in Tsd. €	2014	2013
Forderungen an Kreditinstitute (Aktivpos. 2)	7.514.018	6.658.607
täglich fällig	2.000.328	171.030
Forderung mit Laufzeit	5.513.690	6.487.577
- bis drei Monate	4.417.550	4.487.625
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	130.000	380.540
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	402.266	635.641
- mehr als fünf Jahre	563.874	983.771
Forderungen an Kunden (Aktivpos. 3)	36.398.908	34.899.999
- mit unbestimmter Laufzeit	590.559	-
- bis drei Monate	1.208.075	2.285.807
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.405.386	2.931.347
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	16.567.821	14.854.586
- mehr als fünf Jahre	15.627.067	14.828.259
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivpos. 4)	20.806.345	22.522.356
davon im Folgejahr fällig werdend	4.243.846	2.531.084
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passivpos. 1)	4.461.097	4.953.123
täglich fällig	1.692.897	148.649
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.768.200	4.804.474
- bis drei Monate	1.204.006	3.007.474
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	181.054	334.455
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	637.419	798.294
- mehr als fünf Jahre	745.721	664.251
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Passivpos. 2)	28.753.253	29.775.505
täglich fällig	1.160.069	477.520
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	27.593.184	29.297.985
- bis drei Monate	1.816.844	1.701.364
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.851.934	2.603.345
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	9.447.122	9.350.214
- mehr als fünf Jahre	14.477.284	15.643.062
Verbriefte Verbindlichkeiten (Passivpos. 3)	27.320.566	28.531.318
a) begebene Schuldverschreibungen	27.196.928	28.418.301
davon im Folgejahr fällig werdend	6.983.126	5.206.215
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	123.638	113.017
- bis drei Monate	177	13.017
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	123.461	100.000
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	-	-
- mehr als fünf Jahre	-	-

13. Nachrangige Vermögensgegenstände (Aktivpos. 2, 3, 4 und 11)

In der Bilanz sind, wie auch im Vorjahr, keine nachrangigen Vermögensgegenstände enthalten.

14. Aufteilung der börsenfähigen Wertpapiere und Finanzanlagen (Aktivpos. 4, 5, 6 und 7)

Die in den entsprechenden Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere teilen sich nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren wie folgt auf:

in Tsd. €	davon börsennotiert		davon nicht börsennotiert	
	2014	2013	2014	2013
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	19.365.572	20.914.363	1.440.773	1.607.993
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	-	2.219	1.535
Beteiligungen	-	-	-	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	-	45

15. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivpos. 4)

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (Aktivpos. 4) hat die Bank fremde Anleihen mit einem Bilanzwert in Höhe von 18.147.633 Tsd. € (2013: 19.122.805 Tsd. €) im Bestand. Davon sind 14.622.135 Tsd. € (2013: 15.644.694 Tsd. €) wie Anlagevermögen und 3.525.498 Tsd. € (2013: 3.478.111 Tsd. €) wie Umlaufvermögen bewertet.

Insgesamt sind Wertpapiere des Anlagevermögens mit einem Buchwert von 9.943.892 Tsd. € (2013: 10.527.032 Tsd. €) nicht mit dem niedrigeren am Bilanzstichtag beizulegenden Zeitwert von 9.146.535 Tsd. € (2013: 9.166.606 Tsd. €) bewertet. Die unterlassenen Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert in Höhe von -797.357 Tsd. € (2013: -1.360.426 Tsd. €) teilen sich auf die folgenden Emittentengruppen auf:

in Tsd. €	davon öffentliche Emittenten	davon Kredit- institute	davon andere Emittenten	2014 Insgesamt	2013 Insgesamt
	Buchwert	4.508.455	3.386.641	2.048.796	9.943.892
Beizulegender Zeitwert	3.995.157	3.314.403	1.836.975	9.146.535	9.166.606
Unterlassene Abschreibungen im Anlagevermögen	513.298	72.238	211.821	797.357	1.360.426

Von den oben dargestellten unterlassenen Abschreibungen entfallen auf Anleihen der Staaten (Zentralstaat, Länder und Kommunen sowie staatlich garantiert) des Euroraumes, die im Fokus stehen:

in Tsd. €	Italien	Portugal	Spanien	Insgesamt
Buchwert	2.606.540	524.229	939.187	4.069.956
Beizulegender Zeitwert	2.223.318	491.851	900.176	3.615.345
Unterlassene Abschreibungen im Anlagevermögen	383.222	32.378	39.011	454.611

Die pbb hatte zum 31. Dezember 2014 und zum 31. Dezember 2013 kein Exposure gegenüber den Zentralstaaten Griechenland, Zypern und Irland. Gleiches gilt für Länder und Kommunen oder staatlich garantierte Kontrahenten dieser Staaten.

Bei allen Wertpapieren mit unterlassenen Abschreibungen geht die Bank davon aus, dass der Zeitwert lediglich vorübergehend unter dem Buchwert liegt. Zahlungsstörungen bzw. Zweifel an der Einbringlichkeit dieser Wertpapiere bestehen nicht. Hinsichtlich der Staaten des Euroraumes, die im Fokus stehen, konnte auch vor dem Hintergrund des etablierten Finanzstabilitätsmechanismus auf eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert verzichtet werden.

Im folgenden Jahr werden vom Bestand der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere 4.243.846 Tsd. € (2013: 2.531.084 Tsd. €) fällig.

16. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen (Aktivpos. 6 und 7)

Bei den Beteiligungen (Aktivpos. 6) und den Anteilen an verbundenen Unternehmen (Aktivpos. 7) war die Bank mit Ausnahme der Ragnarök Vermögensverwaltung AG & Co. KG, München, bei keinem Unternehmen unbeschränkt haftender Gesellschafter.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Name und Sitz	Kapitalanteil in % insgesamt § 16 Abs. 4 AktG	davon mittelbar	Eigen- kapital inTsd.	Jahres- ergebnis in Tsd.	Währung
GfI-Gesellschaft für Immobilienentwicklung und -verwaltung mbH i.L., Stuttgart	100,00%		10	-	EUR
Hypo Real Estate Capital India Corp. Private Ltd. i.L., Mumbai	100,00%		18.652	-980	INR
Hypo Real Estate Capital Japan Corp., Tokio mit folgender Beteiligung: Hayabusa Godo Kaisha, Tokio	100,00%	100,00%	30.486.256 -252.896	-117.223 -9.050	JPY
Hypo Real Estate International LLC I, Wilmington	100,00%		114.182	346.936	EUR
Hypo Real Estate International Trust I, Wilmington	100,00%		-113.700	119.000	EUR
IMMO Immobilien Management Beteiligungsgesellschaft mbH, München	100,00%		20	-8	EUR
IMMO Immobilien Management GmbH & Co. KG, München	100,00%		1.223	-11	EUR
IMMO Invest Real Estate GmbH, München mit folgender Beteiligung: RPPSE Espacio Oviedo S.L.U.	100,00%	100,00%	3.028 -2.543	- ¹⁾ -13.693	EUR
Ragnarök Vermögensverwaltung AG & Co. KG, München	100,00%	6,00%	1.158	-65 ²⁾	EUR

¹⁾ Ergebnisübernahme durch Gesellschafter aufgrund Ergebnisabführungsvertrag

²⁾ Komplementärhaftung

Beteiligungen

Name und Sitz	Kapitalanteil in % insgesamt § 16 Abs. 4 AktG	davon mittelbar	Eigen- kapital inTsd.	Jahres- ergebnis in Tsd.	Währung
SANO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dresden KG, Düsseldorf	33,33%		-3.331	546	EUR
SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Darmstadt KG, Düsseldorf	33,33%		-10.170	60	EUR
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs-KG, München	33,00%		-1.959	308	EUR

Alle anderen Beteiligungen liegen unter 20%.

Weitere Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5% der Stimmrechte überschreitet, liegen nicht vor
(Angabe gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB).

Alle anderen Beteiligungen liegen unter 20 %. Weitere Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet, liegen nicht vor.

Zum Zwecke eines Rettungserwerbs wurden mit Kauf- und Übertragungsvertrag vom 25. Februar 2014 alle Geschäftsanteile der spanischen Gesellschaft RPPSE Espacio Oviedo S.L.U., Madrid, durch die IMMO Invest Real Estate GmbH erworben. Der Kaufpreis der Geschäftsanteile betrug 1 €.

Mit Verkauf- und Übertragungsvertrag vom 18. Juli 2014 hat die pbb ihren Geschäftsanteil an der DEPFA Finance N.V., Amsterdam, verkauft. Aus dem Verkauf resultierte ein Ertrag in Höhe von 5.515 Tsd. €.

Folgende Devisenkurse wurden zum 31.12.2014 zugrunde gelegt:

Indien	1 € =	76,719	INR
Japan	1 € =	145,230	JPY

17. Treuhandgeschäfte (Aktivpos. 8 und Passivpos. 4)

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich in folgende Aktiv- und Passivposten des Formblatts auf:

in Tsd. €	2014	2013
Forderungen an Kunden	234	2.886
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	173	267
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	61	2.619

18. Immaterielle Anlagewerte (Aktivpos. 9)

Im ausgewiesenen Wert der immateriellen Anlagewerte ist entgeltlich erworbene Software mit 6.988 Tsd. € (2013: 15.907 Tsd. €) enthalten.

19. Sachanlagen (Aktivpos. 10)

Im ausgewiesenen Wert der Sachanlagen ist die Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 8.283 Tsd. € (2013: 1.810 Tsd. €) enthalten.

20. Entwicklung des Anlagevermögens - Anlagespiegel - (Aktivpos. 4, 6,7, 9 und 10)

in Tsd. €	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen	Wertpapiere des Anlage- vermögens	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
Buchwert 1.1.2013	26.947	2.601	19.215.529	196	273.677
Anschaffungs-/Herstellungskosten	120.935	17.175			
Veränderung Konsolidierungskreis	-	-			
Zugänge	1.507	72			
Abgänge	-4.737	-2.647			
Umbuchungen	-	-8			
Währungsveränderungen	1	-44			
Zuschreibungen	-	-			
Abschreibungen	-11.136	-943			
Abschreibungen kumuliert	-101.799	-12.738			
Veränderungen + / - ¹⁾			-3.570.834	-	-62.211
Buchwert 31.12.2013	15.907	1.810	15.644.695	196	211.466
Buchwert 1.1.2014	15.907	1.810	15.644.695	196	211.466
Anschaffungs-/Herstellungskosten	117.912	15.996			
Veränderung Konsolidierungskreis	-	-			
Zugänge	1.680	7.253			
Abgänge	-13.136	-1.005			
Umbuchungen	-	-			
Währungsveränderungen	3	141			
Zuschreibungen	-	-			
Abschreibungen	-7.390	-489			
Abschreibungen kumuliert	-99.471	-14.102			
Veränderungen + / - ¹⁾			-1.022.560	-	2.221
Buchwert 31.12.2014	6.988	8.283	14.622.135	196	213.687

¹⁾ Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

21. Sonstige Vermögensgegenstände (Aktivpos. 11)

Der Posten enthält im Wesentlichen den Ausgleichsposten aus der Bewertung der gesicherten Fremdwährungsgeschäfte in Höhe von 101.023 Tsd. € (2013: 64.030 Tsd. €) und 71.051 Tsd. € fällige Schuldverreibungen (2013: - Tsd. €).

Aufgrund des Verrechnungsverbot des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB werden in den sonstigen Vermögensgegenständen nicht verpfändete Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen für Pensionen in Höhe von 9.378 Tsd. € (2013: 9.199 Tsd. €) ausgewiesen. Die Zeitwerte der verpfändeten Ansprüche aus Altersversorgungsverpflichtungen werden nach Verrechnung mit den rückgedeckten Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für Altersteilzeit in der Position „aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

22. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung (Aktivpos. 13)

Der im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 ausgewiesene aktive Unterschiedsbetrag (§ 246 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB) in Höhe von 5.227 Tsd. € (2013: 18.180 Tsd. €) resultiert aus der Verrechnung von Rückdeckungsansprüchen für Pensionen mit einem beizulegenden Zeitwert von 181.453 Tsd. € (2013: 182.031 Tsd. €) mit Pensionsrückstellungen in Höhe von 176.226 Tsd. € (2013: 163.851 Tsd. €). Die Erträge aus der Rückdeckungsversicherung in Höhe von 8.385 Tsd. € (2013: 5.551 Tsd. €) sind mit Aufwendungen aus den Verpflichtungen in Höhe von -10.106 Tsd. € (2013: -10.386 Tsd. €) zu verrechnen. Es besteht keine Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem beizulegenden

Zeitwert der Rückdeckungsversicherung, sodass keine Ausschüttungssperre nach § 268 Abs. 8 HGB vorliegt.

23. Rechnungsabgrenzung (Aktivpos. 12 und Passivpos. 6)

in Tsd. €	2014	2013
Aktivpos. 12 a)		
Rechnungsabgrenzungsposten aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	92.623	98.760
davon:		
Disagio aus Schuldverschreibungen und aufgenommenen Darlehen	78.451	82.708
Agio aus Forderungen	14.172	16.052
Passivpos. 6 a)		
Rechnungsabgrenzungsposten aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	153.512	98.599
davon:		
Damnum aus Forderungen	101.043	83.854
Agio aus Schuldverschreibungen und aufgenommenen Darlehen	52.469	14.745

24. Sonstige Verbindlichkeiten (Passivpos. 5)

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen den Ausgleichsposten aus Währungsderivaten in Höhe von 55.353 Tsd. € (2013: - Tsd. €).

25. Pensionsrückstellungen (Passivpos. 7a)

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB unter diesem Posten ausschließlich Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach Verrechnung des Deckungsvermögens ausgewiesen (Pensionsrückstellung 212.499 Tsd. € (2013: 207.086 Tsd. €), davon mit Deckungsvermögen in Höhe von 176.226 Tsd. € (2013: 163.850 Tsd. € verrechnet).

Die Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene betragen 63.208 Tsd. € (2013: 62.117 Tsd. €).

26. Andere Rückstellungen (Passivpos. 7c)

In den anderen Rückstellungen sind folgende wesentlichen Einzelposten enthalten:

- Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 38.393 Tsd. € (2013: 45.486 Tsd. €)
- Rückstellungen aus Bewertungseinheiten in Höhe von 39.906 Tsd. € (2013: 47.180 Tsd. €)
- Rückstellungen für Prozessrisiken und die damit verbundenen Verzugszinsen in Höhe von 76.176 Tsd. € (2013: 29.195 Tsd. €)

27. Nachrangige Verbindlichkeiten (Passivpos. 8)

Es handelt sich bei diesem Posten um Schuldscheindarlehen, Inhaberschuldverschreibungen und Namensschuldverschreibungen. Für die festverzinslichen Emissionen liegt die Verzinsung zwischen 2,777 % p.a. und 8,06 % p.a. Die Fälligkeitstermine liegen in den Jahren 2015 bis 2037.

Bei den nachrangigen Verbindlichkeiten sind Zinsaufwendungen in Höhe von -76.216 Tsd. € (2013: -183.319 Tsd. €) angefallen. In der Bilanz sind unter diesem Posten anteilige Zinsen in Höhe von 46.169 Tsd. € (2013: 52.673 Tsd. €) enthalten.

Eine in diesem Posten enthaltene Emission übersteigt 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten:

in Tsd. €

<u>Emissionsjahr</u>	<u>Nominal</u>	<u>Zinssatz</u>	<u>Fälligkeit</u>
2007	350.076	5,879%	2037

Im Zuge der Verschmelzung mit der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG sind im Jahr 2009 Namensgenussscheine zugegangen. Für diese wurden den Inhabern gemäß § 23 UmwG gleichwertige Rechte gewährt. Der Rückzahlungsanspruch dieser Genusscheininhaber beträgt 77.000 Tsd. € (2013: 77.000 Tsd. €). Die Rückzahlungsansprüche sind nachrangig nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger.

Die Bedingungen der Mittelaufnahmen sind so ausgestaltet, dass sie den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG entsprechen.

28. Genussrechtskapital (Passivpos. 9)

Zum 31. Dezember 2014 hat die pbb kein Genussrechtskapital im Bestand. Der Vorjahresbestand betraf eine Emission eines Namensgenussrechts aus dem Jahr 1989 in Höhe von Nominal 10.226 Tsd. €, die jedoch aufgrund der gemäß den Genusscheinbedingungen erfolgten Verlustbeteiligungen in der Vergangenheit einen Rückzahlungsanspruch der Genussrechtsinhaber von Null auswies.

29. Entwicklung des Eigenkapitals (Passivpos. 11)

Das gezeichnete Kapital ist das Kapital, auf das die Haftung der Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Kapitalgesellschaft gegenüber den Gläubigern beschränkt ist. Die Kapitalrücklage enthält die Agiobeträge aus der Ausgabe der Aktien und die Einzahlung in die Rücklagen des Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS. Als Gewinnrücklagen werden grundsätzlich nur Beträge ausgewiesen, die im Geschäftsjahr oder in einem früheren Geschäftsjahr aus dem Ergebnis gebildet worden sind. Dazu gehören aus dem Ergebnis zu bildende gesetzliche Gewinnrücklagen und andere Gewinnrücklagen.

Eigenkapitalspiegel

in Tsd. €	Gezeichnetes Kapital			Kapital-	Gewinnrücklagen			Bilanz-	Insgesamt
	Grund-	stille	Ins-	rücklage	gesetzliche	andere		verlust	
						kapital	Einlage		
Eigenkapital zum 01.01.2013	380.376	128.810	509.186	5.038.123	12.655	266.546	279.201	-3.266.160	2.560.350
Jahresüberschuss			-				-	-52.785	-52.785
"Verlustbeteiligung" stille Einlagen		-37.186	-37.186				-	37.186	-
Veränderung Genusscheine			-				-	-5.177	-5.177
Eigenkapital zum 31.12.2013	380.376	91.624	472.000	5.038.123	12.655	266.546	279.201	-3.286.936	2.502.388
Eigenkapital zum 01.01.2014	380.376	91.624	472.000	5.038.123	12.655	266.546	279.201	-3.286.936	2.502.388
Jahresüberschuss			-				-	159.252	159.252
Kapitalumbuchungen			-	-1.770.928			-	1.770.928	-
"Verlustbeteiligung" stille Einlagen			-				-	-	-
Veränderung Genusscheine			-				-	-24.857	-24.857
Eigenkapital zum 31.12.2014	380.376	91.624	472.000	3.267.195	12.655	266.546	279.201	-1.381.613	2.636.783

30. Gezeichnetes Kapital (Passivpos. 11a)

Das Grundkapital beträgt zum 31. Dezember 2014 wie im gesamten Jahr 2014 380.376.059,67 € und ist eingeteilt in 134.475.308 auf den Inhaber lautende Stammaktien in Form von Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am gezeichneten Kapital von 2,83 € je Stückaktie. Am Aktienkapital der pbb hält die HRE Holding AG 100 %. Der Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS ist wiederum alleiniger Aktionär der HRE Holding AG. Zum 31. Dezember 2014 und 31. Dezember 2013 bestand weder genehmigtes noch bedingtes Kapital.

Im Jahr 2009 hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS der pbb eine stille Einlage in Höhe von 1,0 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Die stille Einlage nimmt am nach den handelsrechtlichen Vorschriften ermittelten Bilanzverlust im Verhältnis der stillen Einlage zum Gesamtbuchwert aller am Bilanzverlust teilnehmenden Haftkapitalanteile teil. Die Gesamtverlustbeteiligung des stillen Gesellschafters am Bilanzverlust ist auf seine stille Einlage begrenzt. Der Bilanzverlust, der auf das Jahr 2008 entfällt, wird zur Berechnung der Verlustteilnahme nicht einbezogen. Die stille Einlage belief sich zum 31. Dezember 2014 unverändert gegenüber dem Jahresende 2013 auf 91.624 Tsd. €. Es besteht eine Wiederauffüllungsverpflichtung seitens der pbb.

Der stille Gesellschafter ist zur Kündigung des Beteiligungsvertrages nicht berechtigt. Falls der Ausschluss der Kündigungsfrist nicht wirksam sein sollte, kann eine Kündigung nicht vor dem 31.12.2039 wirksam werden. Eine ganze oder teilweise Kündigung seitens der pbb ist keinesfalls vor Ablauf von fünf Jahren möglich. Die stille Beteiligung erfüllt das Kriterium der Nachrangigkeit gemäß § 10 Abs.5 und 5a KWG.

Das gezeichnete Kapital beträgt zum Bilanzstichtag 472.000.165,53 € (2013: 472.000.165,53 €).

31. Kapitalrücklage (Passivpos. 11b)

Zum teilweisen Ausgleich des Bilanzverlustes wurde eine Entnahme der Kapitalrücklagen nach § 272 Abs. 2 Nr. 1-3 HGB in Höhe von 1.770.928 Tsd. € vorgenommen.

Der Bestand der Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB belief sich zum Bilanzstichtag auf 3.241.811 Tsd. € (2013: 3.241.811 Tsd. €).

32. Fremdwährungspositionen

Der Gesamtbetrag an Vermögensgegenständen in Fremdwährung beläuft sich auf 9.272.038 Tsd. € (2013: 9.042.997 Tsd. €). Verbindlichkeiten in fremder Währung bestanden zum Jahresende in Höhe von 9.242.884 Tsd. € (2013: 8.776.792 Tsd. €).

33. Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Folgende Vermögensgegenstände wurden für eigene Verbindlichkeiten als Sicherheit übertragen:

in Tsd. €	Bilanzwert	
	2014	2013
Verpfändung von Wertpapieren aus Offenermarktgeschäften mit der EZB	-	-
Wertpapiere in Pension in Verbindung mit Repogeschäften	534.515	1.073.904
Darlehen in Pension in Verbindung mit Repogeschäften	93.894	102.100
Verpfändung von Darlehen als Sicherung aufgenommener Darlehen	166.056	77.151
Verpfändung eines Wertpapiers als Sicherung aufgenommener Darlehen	17.967	20.085
Bei Kreditinstituten hinterlegte Barsicherheiten	1.966.594	1.465.244

Alle Vermögensgegenstände wurden für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten übertragen.

34. Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber verbundene(n) Unternehmen und Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Tsd. €		an/gegenüber verbundene(n) Unternehmen		an/gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
		2014	2013	2014	2013
Forderungen an Kreditinstitute	(Aktivpos. 2)	-	55.078	-	-
Forderungen an Kunden	(Aktivpos. 3)	107.622	108.802	39.104	41.275
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	(Aktivpos. 4)	-	-	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(Passivpos. 1)	-	75.202	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(Passivpos. 2)	530.217	221.510	-	-
Verbriefte Verbindlichkeiten	(Passivpos. 3)	891.728	822.348	-	-
Nachrangige Verbindlichkeiten	(Passivpos. 8)	361.338	634.608	-	-

Sonstige Angaben

35. Eventualverbindlichkeiten (Passivpos. 1b unter dem Strich)

Die pbb, München, als Rechtsnachfolgerin der Hypo Real Estate Bank International AG hat mit Erklärung vom 2. Januar 2006 die unwiderrufliche und bedingungslose Garantie für die Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin übernommen. Durch den Verkauf sämtlicher Anteile an der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin wurde gemäß Garantievertrag die Haftung auf alle Verbindlichkeiten beschränkt, die bis zum Zeitpunkt des Verkaufes bestanden. Aufgrund der derzeitigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin, sowie ihrer erwarteten zukünftigen Entwicklung hält die pbb einen Ausfall der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin, zwar nicht für ausgeschlossen, jedoch für sehr unwahrscheinlich.

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen in Höhe von 84.463 Tsd. € (2013: 55.784 Tsd. €) wurden im Rahmen des Bankgeschäfts gewährt. Vor Gewährung erfolgt eine sorgfältige Bonitätsprüfung der potenziellen Bürgschafts- bzw. Garantiennehmer. Nachfolgende Bonitätsverschlechterungen werden intensiv beobachtet. Ihnen wird ggf. durch eine entsprechende Rückstellungsbildung Rechnung getragen. Latente Risiken aus den Bürgschafts- bzw. Gewährleistungsverträgen werden durch zusätzliche PWB berücksichtigt. Für weitergehende zukünftige Ausfälle in diesem Zusammenhang hat die pbb keine Anhaltspunkte.

36. Andere Verpflichtungen (Passivpos. 2c unter dem Strich)

Die ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 2.237.716 Tsd. € (2013: 2.538.359 Tsd. €) betreffen mit 1.887.803 Tsd. € (2013: 2.330.990 Tsd. €) Hypothekendarlehen und mit 349.913 Tsd. € (2013: 207.369 Tsd. €) an den öffentlichen Sektor gewährte Darlehen. Vor Zusageerteilung erfolgt eine sorgfältige Bonitätsprüfung der potenziellen Darlehensnehmer. Nachfolgende Bonitätsverschlechterungen werden intensiv beobachtet. Ihnen wird ggf. durch eine entsprechende Rückstellung Rechnung getragen. Latente Risiken in den unwiderruflichen Kreditzusagen werden durch zusätzliche PWB berücksichtigt. Für weitergehende zukünftige Ausfälle hat die pbb keine Anhaltspunkte.

37. Außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag liegen folgende außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen vor:

Die pbb, München, als Rechtsnachfolgerin der Hypo Real Estate Bank International AG hat sich gegenüber der Hypo Real Estate Bank International LLC I, Wilmington, dazu verpflichtet, diese Gesellschaft so zu unterstützen, dass sie bei Fälligkeit in der Lage ist, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Aufgrund der derzeitigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Hypo Real Estate Bank International LLC I, Wilmington, sowie ihrer erwarteten zukünftigen Entwicklung hält die pbb einen Ausfall der Hypo Real Estate Bank International LLC I, Wilmington, zwar nicht für ausgeschlossen jedoch für sehr unwahrscheinlich.

Gemäß Rahmenvertrag zur Übertragung von Risikopositionen und nicht-strategischen Geschäftsbereichen auf eine bundesrechtliche Abwicklungsanstalt nach § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz übernimmt die pbb die gesamtschuldnerische Haftung für alle aus den Transaktionsverträgen folgenden Zahlungsverpflichtungen ihrer Tochterunternehmen, die im Rahmen der Übertragung von Positionen auf die FMS Wertmanagement übergangen.

Die Restrukturierungsfonds-Verordnung sieht für die sogenannte Bankenabgabe eine Nacherhebung vor. Danach kann die Differenz zwischen der tatsächlich festgesetzten Bankenabgabe und dem errechneten Regelbetrag für die Beitragsjahre 2011 bis 2019 in den jeweils folgenden zwei Jahren nacherhoben werden. Die Verpflichtung zur Zahlung des Nacherhebungsbeitrags entsteht jedoch erst bei Erzielung entsprechender Gewinne in späteren Geschäftsjahren bis zur Höhe der in der Verordnung vorgesehenen Zumutbarkeits- oder Belastungsobergrenze. Entstehung und Höhe des Nacherhebungsbeitrags sind somit von der Gewinnerzielung in Folgejahren abhängig. Der Nacherhebungsbeitrag der pbb, der in den Beitragsjahren 2015 und 2016 insgesamt nacherhoben werden kann, beträgt 13 Mio. €.

Gewinne werden als eine Auflage im Sinne des von der Europäischen Kommission geforderten Burden Sharing bis zur Privatisierung bei der pbb thesauriert und zur Rückführung der stillen Einlage des Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS verwendet.

Andere zum Bilanzstichtag bestehende sonstige finanzielle Verpflichtungen liegen im geschäftsüblichen Rahmen.

38. Rechtsrisiken (Prozessrisiken)

Die pbb ist verpflichtet, in allen Jurisdikationen, in denen sie ihre Geschäftstätigkeit ausübt, eine Vielzahl von rechtlichen und aufsichtlichen Vorgaben und Vorschriften einzuhalten, unter anderem bestimmte Verhaltensgebote zur Vermeidung von Interessenskonflikten, zur Bekämpfung von Geldwäsche, zur Verhinderung von Terrorismusfinanzierung, zur Verhütung von strafbaren Handlungen zum Nachteil der Finanzwirtschaft, zur Regelung des Außenhandels und zur Wahrung von Bank-, Geschäfts- und Datengeheimnis. Aufgrund der Natur und der internationalen Erstreckung ihrer Geschäftstätigkeit und der Vielzahl der maßgeblichen Vorgaben und Vorschriften ist die pbb in einigen Ländern an Gerichts-, Schieds- und aufsichtsbehördlichen Verfahren beteiligt. Zu diesen Fällen gehören auch Strafverfahren und behördliche Verfahren sowie die Geltendmachung von Ansprüchen, bei denen die Anspruchshöhe von denen, die entsprechende Ansprüche geltend machen, nicht beziffert wird. Für die ungewissen Verbindlichkeiten aus diesen Verfahren bildet die pbb Rückstellungen, wenn der mögliche Ressourcenabfluss hinreichend wahrscheinlich und die Höhe der Verpflichtung schätzbar ist. Die Wahrscheinlichkeit für den Ressourcenabfluss, der aber regelmäßig nicht mit Gewissheit eingeschätzt werden kann, hängt im hohen Maße von dem Ausgang der Verfahren ab. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung der ungewissen Verbindlichkeit hängen überwiegend von Einschätzungen ab. Die tatsächliche Verbindlichkeit kann erheblich von dieser Einschätzung abweichen. Bei der Bilanzierung der einzelnen Fälle analysiert die pbb die Entwicklungen der einzelnen Verfahren wie auch vergleichbarer Verfahren und verlässt sich hierbei, abhängig von der Bedeutung und der Schwierigkeit des konkreten Falles, auf die eigene Expertise oder die Gutachten externer Berater, vor allem Rechtsberater. Die für die Verfahren gebildeten Rückstellungen werden nicht einzeln ausgewiesen, da die pbb davon ausgeht, dass die Offenlegung deren Ausgang ernsthaft beeinträchtigen würde.

Für eine inzwischen vollständig getilgte französische Finanzierung hat die pbb vertragsgemäß eine Entschädigungsgebühr in Höhe von 6 Mio. € erhalten. Der Kunde hat auf Rückzahlung der Gebühr wegen Unangemessenheit vor dem Handelsgericht Paris geklagt. Das Gericht hat am 7. Oktober 2014 die Klage vollständig abgewiesen. Die Klägerin hat gegen diese Klageabweisung Berufung eingelegt.

In einem Spruchverfahren anlässlich der Verschmelzung von drei Hypothekenbankenvorgängern der pbb in 2001 ergibt sich auf der Grundlage einer vom Gericht angeordneten Neubegutachtung eine Zuzahlung von durchschnittlich 1,00 € je Aktie. Die möglichen Nachzahlungsansprüche belaufen sich auf bis zu 9,4 Mio. € zuzüglich Zinsen seit 2001.

Durch die seit 2008 entstandenen Jahresfehlbeträge beziehungsweise die seitdem bestehenden Bilanzverluste der pbb entfielen auf die von den Vorgängerinstituten emittierten Genussscheine erhebliche Verlustteilnahmen, wodurch sich die Rückzahlungsbeträge reduzierten. Die Verzinsung war deshalb ausgefallen. Einzelne Investoren haben deswegen Klage erhoben und insbesondere einzelne unterschiedliche Klauseln der Verlustbeteiligung und der Wiederauffüllung nach Verlustbeteiligung angegriffen. Hierbei sind vor allem die Fragen relevant, welche Bilanzpositionen bei der Berechnung der Verlustbeteiligung zu berücksichtigen sind und ob eine Wiederauffüllung bei Vorliegen eines Jahresüberschusses, eines Bilanzgewinns oder eines anderweitigen Gewinns vorzunehmen sei. Gerichte haben im Hinblick auf die einzelnen Genussscheine Entscheidungen entgegen der Rechtsauffassung der pbb getroffen. Die Bank hat in diesen Fällen Rechtsmittel eingelegt. Die streitbehafteten Genussscheine hatten ein Nominalvolumen von insgesamt 221 Mio. €. Davon sind aus einem Nominalvolumen von 15,4 Mio. € Verfahren anhängig, in denen die Kläger die Rückzahlung von 6,3 Mio. € fordern. Diese Klagen können im Ergebnis zu einer teilweisen oder vollständigen Erhöhung der Rückzahlungsansprüche und gegebenenfalls Zinsansprüche der Kläger führen.

Die Bank sieht sich seit den Entscheidungen des BGH im Jahre 2014 zur Unzulässigkeit eines Kreditbearbeitungsentgelts in Kreditverträgen mit Privatkunden Anfragen früherer Privatkunden auf Rückzahlung

angeblicher Kreditbearbeitungsentgelte ausgesetzt. Keine dieser Forderungen erwies sich bis jetzt als begründet. Seit Ende letzten Jahres haben vereinzelt gewerbliche Kunden die Rückforderung von Kreditbearbeitungsentgelten verlangt.

Im Februar 2014 hat die pbb beim Bundeszentralamt für Steuern für die Jahre 2006 bis 2012 einen Antrag auf Einleitung eines Verständigungsverfahrens nach den Regelungen der EU-Schiedskonvention beantragt. Inhalt dieses Verständigungsverfahrens wird die steuerliche Einkünftezurechnung zur Zweigniederlassung Paris, Frankreich sein. Diese Beantragung erfolgte, weil zwischen der deutschen und der französischen Finanzverwaltung im Rahmen von Verhandlungen eines »Advanced Pricing Agreements« sowie zwischenzeitlich bei der Betriebsprüfung für die Niederlassung Paris eine Einigung über die steuerliche Ergebniszuordnung nicht erzielt werden konnte und deshalb eine doppelte Besteuerung von Einkünften möglich ist. In Abhängigkeit vom Ausgang des Verständigungsverfahrens können sich auch ein Steueraufwand oder ein Steuerertrag für die pbb ergeben.

Im Übrigen hat kein Verfahren, bei dem die Möglichkeit eines Abflusses von Ressourcen bei der Erfüllung nach der Einschätzung des Vorstandes nicht unwahrscheinlich oder das aus anderen Gründen für die pbb von materieller Bedeutung ist, einen bezifferten Streitwert von mehr als 5 Mio.

39. Finanzderivate

Nachstehend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten derivativen Geschäfte entsprechend den Empfehlungen des Ausschusses für Bilanzierung des Bundesverbandes deutscher Banken i.V.m. § 285 Nummer 19 HGB dargestellt.

Die Finanzderivate werden fast ausschließlich zur Sicherung gegen Zins- und Währungsrisiken (nur OTC-Produkte) im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung und der Mikro-Steuerung abgeschlossen. Dem negativen Saldo aus den Marktwerten der Finanzderivate stehen insoweit grundsätzlich positive Marktwerte aus den korrespondierenden Bilanzgeschäften gegenüber. Kontrahenten bei den Derivaten sind Staaten, Banken und Finanzinstitute aus dem OECD-Raum sowie Kunden. Die Kundenderivate werden ausschließlich zur Absicherung von Risiken im Zusammenhang mit einem Kreditgeschäft abgeschlossen.

Zur Reduzierung sowohl des ökonomischen als auch des regulatorischen Kreditrisikos (Adressenausfallrisikos) werden zweiseitige Aufrechnungsvereinbarungen abgeschlossen. Dadurch können die positiven und negativen Marktwerte der unter einer Aufrechnungsvereinbarung einbezogenen derivativen Kontrakte miteinander verrechnet (Netting) sowie die regulatorischen zukünftigen Risikozuschläge dieser Produkte verringert werden. Im Rahmen des Netting-Prozesses reduziert sich das Kreditrisiko auf eine einzige Nettoforderung gegenüber dem einzelnen Vertragspartner.

Sowohl für die regulatorischen Meldungen als auch für die interne Messung und Überwachung der Kreditengagements werden derartige risikoreduzierende Techniken nur dann eingesetzt, wenn sie bei Insolvenz des Geschäftspartners in der jeweiligen Rechtsordnung auch durchsetzbar sind. Zur Prüfung der Durchsetzbarkeit werden dafür erstellte Rechtsgutachten genutzt.

Darüber hinaus geht die pbb mit ihren Geschäftspartnern auch Sicherheitenvereinbarungen ein, um die sich nach einem Netting ergebende Nettoforderung/-verbindlichkeit abzusichern (Erhalt oder Stellung von Sicherheiten). Dieses Sicherheitenmanagement führt zur Kreditrisikominderung durch zeitnahe (meist tägliche) Bewertung und Anpassung des unbesicherten Kreditrisikos je Kontrahent.

Das Nominalvolumen der nicht bilanzwirksamen Geschäfte beträgt zum 31. Dezember 2014 97.928 Mio. € (2013: 101.649 Mio. €). Das Adressenausfallrisiko beläuft sich zu diesem Zeitpunkt nach der Marktbewertungsmethode (ungenettet) auf 8.465 Mio. € (2013: 6.243 Mio. €) - entspricht 9 % des Nominalvolumens (2013: 6 %). Der beizulegende Zeitwert der Derivate wurde auf der Basis allgemein anerkannter finanzmathematischer Modelle berechnet (Discounted Cashflow-, Black Scholes-, Hull-White-Modell).

Finanzderivate

in Mio. €	Nominalbetrag					Marktwert			
	Restlaufzeit			Insgesamt		positiv		negativ	
	<= 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Zinsbezogene Geschäfte	11.880	42.817	37.248	91.945	96.507	8.411	6.176	7.939	5.830
OTC-Produkte									
FRA's	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zins-Swaps (gleiche Währung)	10.464	38.001	37.190	85.655	92.024	8.407	6.165	7.934	5.815
Zinsoptionen - Käufe	677	2.408	29	3.114	2.194	4	11	-	-
Zinsoptionen - Verkäufe	739	2.408	29	3.176	2.289	-	-	5	15
Sonstige Zinskontrakte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Währungsbezogene Geschäfte	4.355	1.284	344	5.983	5.142	54	67	104	64
OTC-Produkte									
Devisentermin-Geschäfte	4.194	-	-	4.194	3.854	19	17	55	38
Cross Currency Swaps	161	1.284	344	1.789	1.288	35	50	49	26
Devisenoptionen - Käufe	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Devisenoptionen - Verkäufe	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	16.235	44.101	37.592	97.928	101.649	8.465	6.243	8.043	5.894

Für die Finanzderivate werden folgende Wertkomponenten in der Bilanz gezeigt:

Anteilige Zinsen

in Mio. €		2014			2013
		Zins- bezogene Geschäfte	Währungs- bezogene Geschäfte	Insgesamt	Insgesamt
Forderungen an Kreditinstitute	(Aktivpos. 2)	710	3	713	818
Forderungen an Kunden	(Aktivpos. 3)	71	-	71	81
Sonstige Vermögensgegenstände	(Aktivpos. 11)	-	-	-	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(Passivpos. 1)	649	3	652	691
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(Passivpos. 2)	4	-	4	10
Sonstige Verbindlichkeiten	(Passivpos. 5)	-	-	-	-
Insgesamt		128	-	128	199

Währungseffekt

Währungseffekt

in Mio. €		2014			2013
		Zins- bezogene Geschäfte	Währungs- bezogene Geschäfte	Insgesamt	Insgesamt
sonstige Vermögensgegenstände	(Aktivpos. 11)	-	101	101	63
sonstige Verbindlichkeiten	(Passivpos. 5)	-	55	55	-
Insgesamt		-	46	46	63

Options-/Upfrontprämien

in Mio. €		2014			2013
		Zins- bezogene Geschäfte	Währungs- bezogene Geschäfte	Insgesamt	Insgesamt
Rechnungsabgrenzungsposten (aktiv)	(Aktivpos. 12)	286	5	291	301
Rechnungsabgrenzungsposten (passiv)	(Passivpos. 6)	515	1	516	540
Insgesamt		-229	4	-225	-239

Drohverlustrückstellungen

in Mio. €		2014			2013
		Zins- bezogene Geschäfte	Währungs- bezogene Geschäfte	Insgesamt	Insgesamt
sonstige Rückstellungen	(Passivpos. 7)	40	-	40	47

40. Kreditderivate

Die pbb tritt wie im Vorjahr nicht als Sicherungsgeber in Form von Kreditderivaten auf.

41. Bewertungseinheiten

Bei der pbb werden derzeit nur Zinsrisiken im Rahmen von Mikro-Bewertungseinheiten abgebildet. Die Buchwerte der in Bewertungseinheiten einbezogenen Grundgeschäfte (bei Derivaten der Fair Value) sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Buchwert in Tsd. €	2014	2013
Aktiva		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9.196.673	10.293.878
Forderungen an Kunden	8.724.069	8.726.894
Forderungen an Kreditinstitute	114.293	165.014
Passiva		
Verbriefte Verbindlichkeiten	19.766.599	19.206.026
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	17.660.024	19.900.430
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	835.480	972.213
Derivate Positive Marktwerte (clean)	5.333.003	3.443.439
Derivate Negative Marktwerte (clean)	5.128.035	3.480.233

Die Höhe der in Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken (entspricht dem risikoinduzierten Fair Value Anteil) ergibt sich aus folgender Übersicht:

in Tsd. €	wirksamer Teil	negativer unwirk- samer Teil	wirksamer Teil	negativer unwirk- samer Teil
	2014	2014	2013	2013
Aktiva				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.373.260	-10	1.808.200	-40
Forderungen an Kunden	2.619.539	-	1.396.617	-240
Forderungen an Kreditinstitute	1.105	-	9.835	-
Passiva				
Verbriefte Verbindlichkeiten	828.767	8.239	566.027	3.546
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.211.736	25.484	2.404.065	27.306
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	69.655	492	50.631	567
Derivate Positive Marktwerte	5.144.789	-	3.240.525	-
Derivate Negative Marktwerte	5.028.535	5.681	3.434.454	15.481
Insgesamt	-	-39.906	-	-47.180

Der negative unwirksame Teil stellt die aus Bewertungseinheiten mit negativer Ineffektivität resultierenden Effekte dar, für die eine Drohverlustrückstellung aus schwebenden Geschäften zu bilden ist. Im aktuellen

Jahr wurden 7,3 Mio. € an Drohverlustrückstellungen aufgelöst (2013: Auflösung von 11,0 Mio. €). Zum 31. Dezember 2014 besteht eine Drohverlustrückstellung in Höhe von 39,9 Mio. € (2013: 47,2 Mio. €).

Aufgrund der Vorgehensweise der pbb, Grund- und Sicherungsgeschäfte zu analogen oder sehr ähnlichen Konditionen abzuschließen, ist zu erwarten, dass die Risiken der zu Bewertungseinheiten zusammengefassten Geschäfte vergleichbar sind und sich weitestgehend gegenläufig entwickeln. Grundsätzlich werden die Sicherungsbeziehungen bis zur Fälligkeit der Sicherungsgeschäfte abgeschlossen, frühere Auflösungen, oder zeitlich begrenzte Absicherungen sind in Einzelfällen möglich.

Zur Beurteilung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen werden Sensitivitäts- und Regressionsanalysen herangezogen. Zur rechnerischen Ermittlung des Betrages der bisherigen Unwirksamkeit werden die risikoinduzierten Werte von Grund- und Sicherungsgeschäft gegenübergestellt.

42. Organe

Aufsichtsrat

Name, Wohnsitz Funktion im Aufsichtsrat	Haupttätigkeit Funktion in den Ausschüssen des Aufsichtsrats
Dr. Günther Bräunig , Frankfurt am Main Vorsitzender (ab 26.8.2014)	Mitglied des Vorstands der KfW Vorsitzender des Präsidial- und Nominierungsausschusses sowie des Vergütungskontrollausschusses, Mitglied im Prüfungsausschuss und im Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss
Dr. Bernd Thiemann , Münster Vorsitzender (bis 26.8.2014)	Ehemaliger Vorsitzender des Vorstands der DG Bank AG Vorsitzender des Präsidial- und Nominierungsausschusses sowie des Vergütungskontrollausschusses, Mitglied im Prüfungsausschuss und im Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss
Dagmar Kollmann , Wien Stellvertretende Vorsitzende	Unternehmerin Vorsitzende des Prüfungsausschusses und Mitglied im Präsidial- und Nominierungsausschuss, im Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss sowie im Vergütungskontrollausschuss
Dr. Christian Gebauer-Rochholz , Hochheim Arbeitnehmersvertreter	Bankangestellter
Dr. Alexander Groß , Teltow Mitglied (bis 25.2.2014)	Leiter der Abteilung I, Wirtschaftspolitik, im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Georg Kordick , Pöng Arbeitnehmersvertreter	Bankangestellter
Joachim Plesser , Ratingen Mitglied (ab 26.8.2014)	Ehemaliges Mitglied des Vorstands der Eurohypo AG Vorsitzender des Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschusses, Mitglied im Präsidial- und Nominierungsausschuss, im Prüfungsausschuss sowie im Vergütungskontrollausschuss
Dr. Ludger Schuknecht , Frankfurt am Main Mitglied	Leiter der Abteilung finanzpolitische und volkswirtschaftliche Grundsatzfragen; Internationale Finanz- und Währungspolitik im Bundesministerium der Finanzen
Heike Theißing , München Arbeitnehmersvertreterin	Bankangestellte Mitglied im Vergütungskontrollausschuss
Dr. Hedda von Wedel , Andernach Mitglied	Präsidentin des Bundesrechnungshofs a.D. Mitglied im Prüfungsausschuss
Dr. Jeromin Zettelmeyer , Berlin Mitglied (ab 15.4.2014)	Leiter der Abteilung I, Wirtschaftspolitik, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Vorstand

Name, Wohnsitz	Funktion im Vorstand	Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften
Andreas Arndt , München	Co-Vorsitzender (ab 1.10.2014) CFO (ab 15.4.2014 bis 30.9.2014)	
Manuela Better , München	CEO (bis 3.6.2014)/CRO (bis 1.3.2014)	Non Executive Director der DEPFA Bank plc (bis 5.6.2014) Non Executive Director der DEPFA ACS Bank (bis 5.6.2014) Non Executive Director der Hypo Public Finance Bank (bis 5.6.2014) AXA Konzern AG (ab 27.5.2014)
Thomas Köntgen , Frankfurt am Main	Co-Vorsitzender (ab 1.10.2014)	
Wolfgang Groth , Taw ern	Treasury/ Asset Management	Non Executive Director der DEPFA Bank plc Vorsitzender und Non Executive Director der DEPFA ACS Bank (ab 24.7.2014) Vorsitzender und Non Executive Director der Hypo Public Finance Bank
Andreas Schenk , Dreieich	CRO (ab 1.3.2014)	
Dr. Bernhard Scholz , Regensburg	Real Estate Finance/ Public Investment Finance	
Alexander von Uslar , Grünwald	CFO/COO (bis 16.5.2014)	Non Executive Director der DEPFA Bank plc (bis 16.5.2014) Non Executive Director der DEPFA ACS Bank (bis 16.5.2014)

43. Mitarbeiter

Jahresdurchschnitt	2014			2013
	männlich	weiblich	Insgesamt	Insgesamt
Vollzeitbeschäftigte	494	226	720	825
Teilzeitbeschäftigte	10	92	102	118
Summe	504	318	822	943

Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Wechsel von Mitarbeitern der pbb zur FMS Wertmanagement Service GmbH ab dem vierten Quartal 2013.

44. Kredite an Organmitglieder

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Forderungen gegenüber amtierenden Organmitgliedern aus Krediten oder Vorschüssen.

45. Eigene Aktien oder Anteile

Im Berichtsjahr hat die pbb keine Stückaktien von der HRE Holding AG, München, erworben. Zum Bilanzstichtag sind keine eigenen Aktien im Bestand.

46. Konzernabschluss

Die HRE Holding AG, München, erstellt einen Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), in den die pbb einbezogen ist. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht. Daneben besteht die Möglichkeit, den Konzernabschluss im Internet einzusehen.

Entsprechenserklärung zum Public-Corporate-Governance-Kodex des Bundes

Der Vorstand der Gesellschaft hat für dieses als ein mittelbar vollständig im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland stehendes Unternehmen die Anwendung des Public-Corporate-Governance-Kodex des Bundes mit der Maßgabe »comply or explain« und unter dem Vorbehalt einer gleichlautenden Beschlussfassung des Aufsichtsrats beschlossen. Vorstand und Aufsichtsrat haben daher eine Entsprechenserklärung zum Public-Corporate-Governance-Kodex des Bundes nach entsprechender Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat auf der Internetseite (www.pfandbriefbank.com) veröffentlicht.

München, den 18. März 2015

Deutsche Pfandbriefbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Andreas Arndt



Thomas Köntgen



Wolfgang Groth



Andreas Schenk



Dr. Bernhard Scholz

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der pbb, München, vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

München, den 18. März 2015

Deutsche Pfandbriefbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Andreas Arndt



Thomas Köntgen



Wolfgang Groth



Andreas Schenk



Dr. Bernhard Scholz

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss –bestehend aus Bilanz, Gewinn-und-Verlustrechnung (GuV) sowie Anhang– unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Pfandbriefbank AG, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 18. März 2015

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Wiechens
Wirtschaftsprüfer

Schmidt
Wirtschaftsprüferin